Neue Dimensionen Raketen, Drohnen und Kampfjets aus China, Russland und den USA **Seite 2**

Preußische Allgemeine

75 Jahre

Nr. 41 · 10. Oktober 2025 | Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt | Einzelverkaufspreis: 4,40 €

Wer ist Bärbel Bas?

Der denkwürdige Aufstieg jener Frau, in deren Händen das Schicksal des deutschen Sozialstaats liegt? **Seite 3**

Eiserne Lady Wie eine Krämerstochter Britannien umkrempelte **Seite 11**

Albanien Ein kleines Land der großen Widersprüche strebt in die EU **Seite 12**

BILDER: PICTURE ALLIANCE/DPA/ BERND VON JUTRCZENKA; WIKIMEDIA; KAUFMANN

SICHERHEITSPOLITIK

Eine notwendige, aber nicht hinreichende Debatte

Im Streit um die Neugestaltung des Wehrdienstes debattieren Union und SPD zwischen Pflicht und Freiwilligkeit. Doch wichtige Fragen blenden sie aus

VON RENÉ NEHRING

Die Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht gewinnt an Dynamik. Ein halbes Jahr nach ihrer umstrittenen Lockerung der verfassungsmäßigen Schuldenbremse für den Bereich der Verteidigungsausgaben streiten Christ- und Sozialdemokraten nun über die personellen Grundlagen der deutschen Streitkräfte.

Unbestritten ist, dass die Bundeswehr unter einem erheblichen Personalmangel leidet. Zwar konnte die Truppe im Juli 2025 ein Einstellungsplus von 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr verzeichnen, womit sie nun rund 183.000 Soldaten umfasst. Doch bleibt der Personalbedarf, um die gerade in jüngster Zeit gewachsenen Aufgaben erfüllen zu können, nach wie vor ungedeckt. Ohne zusätzliche Rekruten droht eine Überlastung der vorhandenen Kapazitäten.

Freiwilligkeit oder Pflicht?

Doch über den richtigen Weg zum allseits gewünschten Personalaufwuchs herrscht Uneinigkeit bei den Regierungspartnern. Hatten sich CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag noch auf „einen neuen attraktiven Wehrdienst, der zunächst auf Freiwilligkeit basiert“ verständigt, äußern nun zahlreiche Politiker der Union bis hin zu Bundeskanzler Friedrich Merz Zweifel daran, dass es mit einem Freiwilligen-Modell gelingen wird, die bis 2031 geplanten zusätzlichen 80.000 Soldaten zu gewinnen.

Die SPD wiederum, deren Verteidigungsminister Boris Pistorius gerade erst einen Gesetzentwurf für einen „neuen Wehrdienst“ vorgelegt hat, mit dem ab 2026 alle 18-jährigen Männer einen Fragebogen erhalten sollen, um ihr Interesse zu prüfen, lehnt jede Debatte über ein verpflichtendes Modell ab und verweist dabei sowohl auf den Koalitionsvertrag als auch auf die eingangs geschilderte jüngste Personalentwicklung. Woraufhin die Union die Bundestagsberatung über Pistorius’ Entwurf blockiert und einen „Automatismus“ für die Wehrpflicht fordert, falls die Zahl der Freiwilligen den Personalbedarf nicht decken sollte.

Generalinspekteur Carsten Breuer positioniert sich als Brückenbauer zwischen den Regierungspartnern. Einerseits fordert er vor allem eine „schnelle Umsetzung“ des neuen Wehrdiensts. Ab Januar 2026 sollen die ersten Fragebögen verschickt werden, damit im Idealfall ab Mai die ersten neuen Rekruten nach diesem Modell ihren Dienst antreten können. Zugleich warnt Breuer vor Illusionen: Ohne eine Pflichtoption drohe möglicherweise ein Engpass, besonders bei Reservisten.

Dass die Frontlinien in der Wehrpflicht-Debatte mitunter auch innerhalb der politischen Lager verlaufen, zeigt die AfD. Obwohl es in ihrem Grundsatzprogramm deutlich heißt „Die AfD tritt dafür ein, für alle männlichen deutschen Staatsbürger im Alter zwischen 18 und 25 Jahren den Grundwehrdienst wieder einzusetzen“, hat ein entsprechender Antrag des verteidigungspolitischen Sprechers ihrer Bundestagsfraktion, Rüdiger Lucassen, erheblichen Streit in der Partei ausgelöst. Die Spitzen der Ost-Landesverbände posierten gar für ein gemeinsames Bild unter dem Slogan „Keine Wehrpflicht für fremde Kriege“. Dabei unterschlugen sie freilich, dass weder bislang Wehrdienstleistende für „fremde Kriege“ eingesetzt wurden, noch dies im Rahmen der derzeit diskutierten Modelle gefordert wird.

Am weitgehendsten sind die Überlegungen der Grünen. Galten diese noch vor wenigen Jahren als Partei der Wehrdienstverweigerer, sprechen sich unter ihnen immer mehr Akteure dafür aus, alle Frauen und Männer für einen verpflichtenden „Freiheitsdienst“ heranzuziehen, der dann sowohl in der Bundeswehr als auch im Bevölkerungsschutz, bei der Feuerwehr oder anderen sozialen Organisationen geleistet werden kann.

Was dringend fehlt

Was in der Debatte über die Zukunft der Streitkräfte noch immer fehlt, ist eine Verständigung über deren zeitgemäßen Auftrag. Zwar erklärte Kanzler Merz, dass seine Regierung der Bundeswehr alle finanziellen Mittel zur Verfügung stellen werde, die sie brauche, „um konventionell zur stärksten Armee Europas zu werden“, doch war bislang wenig von ihm darüber zu vernehmen, was die deutschen Streitkräfte mit der angestrebten Größe eigentlich anfangen sollen. Auch von anderen Politikern ist jenseits von Standardfloskeln wie den „sicherheitspolitischen Herausforderungen“ (Pistorius im September im Bundestag) in dieser Hinsicht wenig zu hören.

Was fehlt ist auch eine Bewertung der sicherheitspolitischen Entwicklungen der jüngeren Vergangenheit. Nach den ersten, noch hoch umstrittenen Blauhelm-Einsätzen der Bundeswehr Mitte der 90er Jahre wurden deutsche militärische Auslandsmissionen zunehmend zur Gewohnheit. Ist Deutschland dadurch sicherer geworden? Und was – auch dies gehört in die Debatte – bringt die Präsenz deutscher Soldaten am Horn von Afrika oder in der Westsahara, wenn ihre Regierung zugleich erklärte Feinde unserer gesellschaftlichen Ordnung ins Land sickern lässt?

Zu reden ist nicht zuletzt auch über die Stellung der Bundeswehr in der deutschen Gesellschaft. Aus Sicht der Streitkräfte gilt noch immer das Leitbild vom Soldaten als Staatsbürger in Uniform – doch sieht die Gesellschaft ihre Soldaten auch als gleichwertige Glieder an? Wo sind die regelmäßigen Bekenntnisse in Politik, Kultur oder Sport, dass Soldaten einen unverzichtbaren Dienst zur Verteidigung des Rechts und der Freiheit des deutschen Volkes leisten, wie es im Gelöbnistext der Bundeswehr heißt? In anderen – auch demokratischen – Ländern ist derlei gang und gäbe.

Der biblische Spruch, dass „der Mensch … nicht vom Brot allein“ lebt, also nicht nur materielle Güter braucht, sondern auch geistige und soziale Bedürfnisse hat, die für ein erfülltes Dasein entscheidend sind, gilt abgewandelt auch für die Streitkräfte. Auch sie leben nicht allein von materiellen Gütern.

IN DIESER AUSGABE

Politik
In den meisten Kitas des Landes sind zu wenig Fachkräfte tätig
Seite 4

Kultur
Vor 200 Jahren wurde der Klassiker des Realismus C. F. Meyer geboren
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Der Milchproduzent Polmlek errichtet in Heilsberg eine hochmoderne Anlage
Seite 13

Lebensstil
Innere Einkehr – Was man entlang des Harzer Klosterwanderweges erleben kann
Seite 21

Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 304401 41

ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Raketen, Drohnen und Kampfjets aus China, Russland und den USA in der Entwicklung – Ein Superflugzeug mit drei Paralleltriebwerken – Tarntechnologie, die Soldaten unsichtbar macht – Abwehr mit Elektromagnetik

Militärtechnik der neuen Dimension

Immer effektiver, gefährlicher und tödlicher werden die Waffen der nächsten Generation

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Ukrainekrieg ist der erste Krieg der Geschichte, in dem massenhaft Drohnen zum Einsatz kommen. Diese unbemannten Fluggeräte betreiben Aufklärung, attackieren den Feind oder zerstören Ziele in dessen Hinterland. Deswegen geschieht nun das, was immer passiert, wenn eine neue gefährliche Waffe auftaucht: Es wird fieberhaft nach effektiven Abwehrmöglichkeiten gesucht – und zwar nicht bloß aufseiten der Kriegsparteien, sondern weltweit.

Dabei setzen die Großmächte jetzt vor allem auf Laserkanonen. Doch diese sind noch alles andere als perfekt. Das resultiert unter anderem aus ihrer geringen Reichweite. So kann das chinesische System Silent Hunter lediglich Ziele in bis zu 1,5 Kilometern Entfernung bekämpfen. Darüber hinaus liegt die Feuergeschwindigkeit von Laserwaffen auch nicht sonderlich hoch. Damit ist oft nur die Abwehr langsam fliegender Drohnen möglich (siehe rechts). Und wenn abgeschossene Drohnen dann nahe den Standorten der eigenen Drohnenabwehrstellungen niedergehen, verursachen sie dort entsprechende Schäden. Nach Einschätzung von Oberst Markus Reisner vom Generalstab des österreichischen Bundesheeres geht die Zerstörung ziviler Ziele in der Ukraine oft auf das Konto von zum Absturz gebrachten Drohnen des Gegners.

Gegenwehr kostet 128 Millionen

Allerdings testen die USA jetzt ein neuartiges System zur Drohnenabwehr mit größerer Reichweite und Schlagkraft namens Leonidas. Dieses schaltet Drohnen mit gerichteten elektromagnetischen Impulsen aus, welche die Elektronik der Fluggeräte komplett lahmlegen. Bei einer Demonstration im Camp Atterbury im US-Bundesstaat Indiana sorgte die Waffe des Herstellers Epirus kürzlich für die gleichzeitige Eliminierung aller 49 anfliegenden Drohnen. Durch Leonidas könnten Drohnen also erheblich an militärischem Wert verlieren, was faktisch auf die nächste Revolutionierung der Kriegführung hinauslaufen würde.

Ein weiteres Novum im Ukrainekrieg ist der verbreitete Einsatz von Hyperschallraketen wie der russischen Kinschal. Diese stellen die vorhandenen Raketenabwehrsysteme, zu denen beispielsweise die US-amerikanischen Patriot-Batterien gehören, vor gravierende Probleme. Flugkörper, welche mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit unterwegs sind, bilden einen Plasmamantel, der die Radarortung erschwert oder gar völlig verhindert. Wie die Erfahrungen aus dem Ukrainekrieg zeigen, erfordert das erfolgreiche Abfangen einer einzigen Kinschal-Rakete den Abschuss von bis zu 32 Patriot-Raketen im Gesamtwert von 128 Millionen Dollar. Gleichzeitig ist die Zahl der verfügbaren Lenkflugkörper begrenzt, weshalb auf Massenangriffe nicht wirksam reagiert werden kann.

Für Wärmebildkameras unsichtbar

Die Drohnen und Hyperschallraketen Russlands und Chinas sind allerdings nicht die einzigen Waffensysteme, die den westlichen Militärstrategen aktuell großes Kopfzerbrechen bereiten. So arbeitet man in Russland ebenso an neuartigen Tarntechnologien, um das eigene Kriegsgerät sowie die Soldaten im Einsatz für Wärmebildkameras unsichtbar zu machen. Das Nakidka-System der Panzertypen T-90 und T-14 senkt die Wahrscheinlichkeit der Erfassung durch Infrarotsensoren bereits um den Faktor Drei. Außerdem produziert die Firma HiderX entsprechende Spezialanzüge für Infanteristen. Diese wiegen kaum mehr als 300 Gramm und halten die Wärmestrahlung des Körpers derart zurück, sodass die Drohnen, welche Soldaten am Boden vernichten sollen, nur unscharfe oder gar keine Signale empfangen können.

Eine noch größere Herausforderung für den Westen könnte allerdings das neue chinesische Kampfflugzeug J-36 darstellen. Hierbei handelt es sich um den ersten flugfähigen Militärjet der Sechsten Generation. Sie verfügt – was ein absolutes Novum darstellt – über drei parallel angeordnete Triebwerke, mit denen der Jet trotz seines gewaltigen Startgewichts von über 60 Tonnen binnen kürzester Zeit bis in die Stratosphäre vorstoßen kann. Gleichzeitig vermag der Bombenschacht der Maschine acht Langstrecken- oder zwei schwere Hyperschallraketen zu fassen. Aufgrund ihrer drastisch reduzierten Radarrückstrahlfläche dürfte die J-36 erst in rund 30 Kilometern Entfernung zu orten sein, was die Frühwarnzeit dramatisch verkürzt.

Unikat muss getestet werden

Anlässlich des Auftauchens der J-36 warnte der US-Flugzeughersteller Boeing: Wenn die Maschine einsatzbereit sei, „wird die Welt eine vollständige Verschiebung der Vorherrschaft in der Luft erleben“. Allerdings gibt es bislang nur einen Prototyp des Superjets, der nun gründlich getestet werden muss, weshalb bis zur Serienfertigung wohl noch Jahre vergehen werden. Ob der Westen diese Zeit nutzen kann, um mit seinen geplanten eigenen Modellen der Sechsten Generation Boeing F-47, FCAS und Tempest nachzuziehen, wird sich zeigen.

BILD: PICTURE ALLIANCE/XINHUA NEWS AGENCY/TANG CHENGZHUO

Auch am Himmel ließ China bei seiner Militärparade die militärischen Muskeln spielen: Die Piloten der chinesischen Volksbefreiungsarmee zeigten mit ihren Kampfjets im September, wozu sie und ihre Maschinen in der Lage sind

SAUDIS EMPÖRT

Chinesisches Abwehrsystem ist untauglich

Am 14. September 2019 griffen die im Jemen sitzenden islamistischen Huthi-Milizen zwei Anlagen der Ölgesellschaft Saudi Aramco bei Abqaiq und Churais mit Drohnen und Marschflugkörpern an, woraufhin diese in Brand gerieten. Anschließend brach die saudi-arabische Ölproduktion kurzzeitig um rund die Hälfte ein. Um künftig solche Schäden zu verhindern, kaufte das saudische Militär das chinesische Drohnen-Abwehrsystem SkyShield. Dieses besteht aus vier Hauptkomponenten: Einem 3-D-Radar zur Erfassung niedrig fliegender Ziele, einem AESA-Radar mit aktiver Strahlschwenkung, zwei Störsendern und der Laserkanone namens Silent Hunter.

Wie jetzt bekannt wurde, erfüllte SkyShield die Erwartungen der Saudis allerdings nicht. Bei Tests unter realistischen Einsatzbedingungen benötigte das System oft 15 bis 30 Minuten, um das Ziel anzuvisieren und den Laser zu aktivieren. Damit erwies sich dieser zumindest als weitgehend unwirksam. Da die maximale Zerstörungsreichweite des Silent Hunter bei 1,5 Kilometern liegt, viele Drohnen aber bis zu 180 Stundenkilometer schnell sind, reagierte der Laser fast immer zu spät. Selbst kleine Quadrokopter mit 50 Stundenkilometern Höchstgeschwindigkeit konnten ihr Ziel meist noch erreichen. Brauchbar waren daher einzig und allein die beiden eingebauten Störsender.

Das Versagen von SkyShield resultierte aus dem über der Wüste schwebenden Staub, der die Zielerfassung erschwerte. Außerdem konnte das System auch nicht mit voller Kraft feuern, weil die Kühlung enorm viel Energie verschlang und der Staub den Laserstrahl streute.

Saudi-Arabien hat den chinesischen Hersteller aufgefordert, das System zu überarbeiten und an Wüstenbedingungen anzupassen. Laserwaffen sind also kein Allheilmittel gegen Drohnen. Hitze, Staub sowie feine Wassertropfen in der Luft, die Lasern zu schaffen machen, gibt es an etlichen Orten der Welt, wo Drohnen zum Einsatz kommen. *W.K.*

SCHLAGKRAFT

Demonstration der Stärke

Bei einer Militärparade zeigte China seine angsteinflößende Feuerkraft – Peking ist bis an die Zähne hochmodern gerüstet

Zum 80. Jahrestag des Sieges der Chinesen über die japanischen Invasoren veranstaltete die Volksbefreiungsarmee (PLA) am 3. September eine Militärparade auf dem Platz des Himmlischen Friedens, bei der 12.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte aufmarschierten und zahlreiche innovative Waffensysteme präsentierten. Diese zeugen davon, dass Peking das von Partei- und Staatschef Xi Jinping vorgegebene Ziel, „Kriege gewinnen zu können“, de facto erreicht hat.

Beispielsweise verfügt es jetzt bereits über zwei Dutzend Typen hochmoderner Raketen und Marschflugkörper zur Luftabwehr, zu Angriffszwecken und zum Einsatz von Atomwaffen, die alle auf ihren Transportfahrzeugen an der Ehrentribüne vorbeirollten. Besondere Erwähnung verdienen dabei die neuen Interkontinentalraketen DF-61 und DF-5C, welche praktisch jedes Ziel auf der Welt treffen können und jeweils mit zehn oder mehr Kernsprengköpfen ausgestattet sind.

Daneben zeigte die PLA eine Vielzahl von unbemannten Systemen für den Einsatz an Land sowie auch in der Luft oder auf See. Dazu zählten vier Arten von autonom operierenden Bodenkampffahrzeugen, von denen das CWB221 auch Roboterhunde mitführte, zwei Varianten von Unterwasserkampfdrohnen und sechs verschiedene geflügelte Drohnen sowie ein schiffsgestützter Drohnen-Hubschrauber für die U-Boot-Jagd. Einige der Fluggeräte besitzen dabei Tarnkappen-Eigenschaften oder sind so groß und schwer wie Bomber.

Des Weiteren donnerten etliche Maschinen der Luftstreitkräfte über den Platz. Rüstungsexperten sichteten unter anderem den Atombomber H-6 und vier Modelle von Tarnkappen-Luftüberlegenheitsjägern. Dahingegen fehlte das brandneue Kampfflugzeug der Sechsten Generation J-36 – entweder aus Geheimhaltungsgründen oder weil es technisch noch nicht ausgereift ist.

Ansonsten erregte auch die ganz im Stillen entwickelte Hochenergie-Laserkanone LY-1 erhebliches Aufsehen. Diese war bei der Parade auf Lkws montiert, soll aber normalerweise Kriegsschiffe vor Drohnen und Raketen schützen.

> „Sie (China) würden niemals ihr Militär gegen uns einsetzen. Glauben Sie mir.“
>
> **Donald Trump**
> US-Präsident

Angesichts des in Peking vorgeführten Arsenals, welches zudem noch nicht einmal alle existierenden modernen Waffensysteme beinhaltete, kamen die 18 US-Nachrichten- und Geheimdienste in einer gemeinsamen Analyse zu dem alarmierenden Schluss: „China stellt nun die umfassendste und stärkste militärische Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA dar.“ Dahingegen meinte Präsident Donald Trump mit Blick auf die Pekinger Führung eher lapidar: „Sie würden niemals ihr Militär gegen uns einsetzen. Glauben Sie mir.“ *W.K.*

Kleine Frau in großer Mission

Als Bundesarbeitsministerin und Co-Chefin der SPD muss Bärbel Bas sowohl das deutsche Sozialsystem als auch die eigene Partei reformieren. Doch hat sie für diese Aufgaben das nötige Format?

VON HOLGER FUSS

Am Vorabend des Tags der Deutschen Einheit war Bärbel Bas bei Ina Müllers launigem Kneipentalk „Inas Nacht“ zu Gast. Die Zuschauer erfuhren allerlei private Schmonzetten. Etwa, dass Bas ihren Kompagnon im SPD-Vorsitz Lars Klingbeil nicht sexy findet, dass die Bundesarbeitsministerin eher auf ältere Männer steht und dass die passionierte Fahrerin einer Harley-Davidson Low Rider S, wenn überhaupt, nur George Clooney mitnehmen würde. Kochen kann sie „leider nicht – ich will auch nicht“. Bei Müllers Frage, ob sie denn immer Essen bestellen würde, weicht sie aus, gibt aber an, sich gerne einladen zu lassen: „Und seit ich jetzt was bin, wollen alle die Ministerin zu Hause haben. Ja, immer gerne!“

Es war der erste massenwirksame Einblick hinter die bislang seltsam ausdrucksarme Panzerfassade jener Frau, die seit 2009 mit dem SPD-Direktmandat des Wahlkreises Duisburg I im Bundestag sitzt, die 2021 überraschenderweise zur Bundestagspräsidentin gewählt wurde und dieses Amt mit ähnlichem Phlegma ausübte wie ihr Parteifreund Olaf Scholz parallel das Amt des Bundeskanzlers. An das Format ihrer Vorgänger Norbert Lammert und Wolfgang Schäuble reichte sie nie heran, was ihr selbst durchaus bewusst ist: „Also es sind schon klar kluge Köpfe, die eben auf ihre Art ihre Reden gehalten haben. Bei mir ist es halt ein bisschen anders.“

Kind des Ruhrgebiets: Bärbel Bas auf Wahlkampf in ihrer Heimatstadt Duisburg

FOTO: PICTURE ALLIANCE/DPA/HENNING KAISER

Das Prinzip Ruhrgebiet

Bas hat eine rührende Art, beinahe nach Art Freudscher Versprecher, mit der sie ihre eigene Schlichtheit porträtiert. Auch beim Talk mit Ina Müller lässt sie eine Graumäusigkeit durchblicken, betont unauffällig blauschwarz gekleidet, die blonden Haare wie selbstgeschnitten, ein fülliges Allerweltsgesicht ohne biographische Konturen, geschweige denn erkennbare Emotionalität. Umso erstaunlicher, dass die Bundestagsverwaltung auf eine hinterhältige AfD-Anfrage angab, dass die Bundestagspräsidentin allein 2022 für „Visagisten, Kosmetiker und/oder Maskenbildner“ stolze 13.270 Euro an Steuergeldern aufgewendet hat, also mehr als 1000 Euro pro Monat für ein glanzloses Styling, das vom Publikum als stapfende Unauffälligkeit wahrgenommen wurde.

Was die Zuschauer bei „Inas Nacht“ wahrnahmen, war eine Frau, die gewiss gerne lacht, aber zu keiner eigenen Pointe imstande ist. Vielleicht ist sie ohne TV-Kameras schlagfertiger, aber in der Sendung stachelte Gastgeberin Müller sie höchstens zu verdrucksten Frivolitäten auf. Dass es, wie die Moderatorin behauptete, seit 2013 eine Sauna im Bundestag gibt, war Bas gar nicht bekannt. „Ich hätte die sonst auch geschlossen als Präsidentin. Hier wird im Plenarsaal geschwätzt und nicht in der Sauna!“ Viel wichtiger: „Ich möchte nicht, dass einer meiner Abgeordneten-Kollegen mich nackt sieht, echt nicht!“

Auch über etwaige Zukunftspläne gab Bas Auskunft – Kanzlerin will sie nämlich nicht werden: „Dann hast du kein Leben mehr. Dann fährst du auch nicht mehr in Urlaub ohne Personenschutz. Ich wäre überhaupt nicht tauglich dafür.“

Das dürfte so manchen erleichtern, der sich bei dem rätselhaften Aufstieg der Bärbel Bas darum gesorgt haben mag, dass es zum Äußersten kommen könnte. Dass die SPD-Chefin eine Bundestagswahl gewinnen könnte, dürfte nicht einmal Bas selber glauben. Sie ist keine Anke Rehlinger, die im Saarland die absolute Mehrheit holte. Sie ist auch keine Manuela Schwesig, die sich in Mecklenburg-Vorpommern mit wechselnden Mehrheiten behauptet. Bärbel Bas schaffte es zum Direktmandat Duisburg I, weil das ihre Geburtsstadt ist, eine sozialdemokratische Hochburg, wie es das ganze Ruhrgebiet lange Zeit war, und weil die Menschen dort wissen, dass Bas so tickt wie sie.

Aufstieg aus schwierigen Verhältnissen

Über ihren Aufstieg in höchste politische Ämter dürfte sich niemand mehr wundern als Bas selbst. Ihre Herkunft eine „einfache“ zu nennen, wäre bereits eine Beschönigung. Ihre Herkunft war eine ganz schwierige. Der Vater brachte seine Frau und sechs Kinder mühselig als Bus- und Lkw-Fahrer durch, immer wieder musste das Sozialamt aushelfen, wenn das Geld nicht reichte und die Schuhe kaputt waren. Wenn die Familie irgendwo auftauchte, hörte die kleine Bärbel: „Da kommen die Asozialen.“ Wie oft hatte sie sich vor Klassenfahrten durch fingierte Krankmeldungen gedrückt, weil sie kein Taschengeld bekam und sich schämte, dass sie sich nicht, wie ihre Mitschüler, unterwegs mal eine Limo oder Süßigkeiten kaufen konnte. „Das vergisst man nicht“, so Bas. Ja, sie sei davon schon traumatisiert. Irgendwann zerbrach die Ehe der Eltern, mal lebten die Kinder bei der Mutter, mal beim Vater; all diese Unbehaustheiten frästen sich in ihr Seelenkostüm.

Als Bundestagspräsidentin verdiente sie 22.700 Euro im Monat, nun als Bundesministerin in etwa auch soviel. Ihren Wohlstand findet sie heute „auf jeden Fall beruhigend“, denn Existenzängste aus Kindertagen zittern ein Leben lang nach. Tief im Inneren nagt die unauslöschliche Furcht, auf einmal wieder alles zu verlieren. Ihr bescheidener privater Lebensstil, der sich in ihrer gerade mal 42 Quadratmeter großen Wohnung in Berlin spiegelt, dürfte ein spätes Echo ihrer Herkunft sein. Materielle Ansprüche wurden ihr nie vorgelebt und derlei Begehrlichkeit offenbar nie entzündet.

Auch Bildung gehörte nicht zu ihren Erfahrungen im Elternhaus. Bis heute ist ihr literarischer Geschmack eher bodenständig, sie liest gern Horrorromane wie Stephen Kings „Es“. Nach ihrem Hauptschulabschluss lernte Bas Schweißerin, anschließend Bürogehilfin und arbeitete 14 Jahre lang als Sachbearbeiterin bei der Duisburger Verkehrsgesellschaft und deren betriebseigene Krankenkasse. Doch damit mochte sie sich nicht begnügen. In ihr schwelte stets eine Sehnsucht, ihrer beengten Herkunft zu entkommen. Sie bildete sich fort, erst zur Sozialversicherungsfachangestellten, dann zur Krankenkassenbetriebswirtin. Anfang der Nullerjahre ging es jäh aufwärts, sie wurde stellvertretendes Vorstandsmitglied ihrer Betriebskrankenkasse und, nach einem Studium zur Personalmanagement-Ökonomin, schließlich Leiterin der Abteilung für Personalservice im Hause.

Unzweifelbar eine Duisburger Erfolgsgeschichte, durch die sozialdemokratisches Blut fließt. Natürlich war Bas bei der Verkehrsgesellschaft als Betriebsrätin aktiv, engagierte sich gegen die damalige Kohl-Regierung und trat 1988 in die SPD ein. Sie machte Kommunalpolitik und Parteikarriere, als Nachtmensch und kinderlose Frau konnte sie mühelos in den Kaderzirkeln bis nach Mitternacht Strippen ziehen. 2005 wurde sie Lebensgefährtin des Duisburger SPD-Urgesteins Siegfried Ambrosius, Jahrgang 1941, fast 27 Jahre älter als Bärbel Bas, Jahrgang 1968. Bis zu seinem Tod 2020 waren die beiden ein Paar, die letzten fünf Jahre miteinander verheiratet.

Privat an der Seite eines sozialdemokratischen Urgesteins

Bei Ambrosius fand Bas nicht nur den emotionalen Halt und die Anerkennung, die sie seit ihren von Unsicherheit geprägten Kindertagen gesucht hat, sondern auch ihren politischen Mentor, der ihr die Richtung wies. Ambrosius war 39 Jahre lang Unterbezirks-Geschäftsführer in Duisburg und galt als „herausragendes Organisationstalent“, so seine Partei im Nachruf. Mit allen Winkelzügen vertraut, dürfte er Bas den Weg in den Bundestag mitgeebnet haben.

> Stefan Zweig hat über den „mittleren Charakter“ einmal geschrieben: „Aber ebenso ergibt sich Tragik, wenn eine mittlere oder gar schwächliche Natur in ein ungeheures Schicksal gerät, in persönliche Verantwortungen, die sie erdrücken und zermalmen“

Später erkrankte Ambrosius an Parkinson. In der Rückschau meint Bas, sie hätte wohl zu seinen Lebzeiten nicht den Job der zweiten Frau im Staate angenommen: „Ich hätte ihn nicht alleingelassen mit seiner Krankheit. Aber jetzt, nach seinem Tod, bin ich frei.“

So respektabel ihr Werdegang in den Steigleitungen der Partei des Aufstiegsversprechens auch ist – ein Unbehagen bleibt: Wie will eine SPD-Chefin Bas ihre einstige Volkspartei, die bei der vergangenen Bundestagswahl niederschmetternde 16,4 Prozent holte und in aktuellen Umfragen bei 13 bis 15 Prozent oszilliert, aus ihrem stabilen Tief herausholen? Zumal die SPD als Juniorpartner in der Koalition wenig Spielraum zur inhaltlichen Neuaufstellung hat, insbesondere um ihre einstige Stammklientel, die Arbeiter, die zur AfD geflohen sind, zurückzugewinnen? Hat Bärbel Bas das intellektuelle Format, ihre Partei aus der linkswoken Sackgasse herauszuführen, aus der Geiselnahme queerer und klimaversessenen Lobbyisten zu befreien? Oder begnügt sich die SPD-Führung mit einer Mutti-Figur an der Spitze, die die traurigen Reste der Partei zusammenhält, um mit einem entschlossenen Weiter-so absehbar den einstelligen Prozentbereich anzupeilen?

Kann sie den Sozialstaat retten?

In ihrer Funktion als Bundesarbeitsministerin hat Bas immerhin die Möglichkeit, den völlig aus dem Leim geratenen Sozialstaat neu zu ordnen, der nicht zuletzt durch die ungeregelte Migrationspolitik und den Zuzug von viel zu vielen Einwanderern ins Bürgergeld überfordert ist. Wer aber diese Unwuchten reparieren will, benötigt den Mut, die Ausweitung der Leistungsberechtigten zu stoppen. Stattdessen wird über die Einschränkungen von Leistungen nachgedacht, die den sozialen Frieden gefährden werden. Kürzlich hat Bas angedeutet, dass Bürgergeldempfänger, die in zu teuren Wohnungen leben, sofort umziehen müssen – die bisherige einjährige Schonzeit solle entfallen. In Zeiten, in denen Wohnraum überhaupt Mangelware ist, erst recht solcher, der mit Wohngeld bezahlbar ist, dürfte diese Maßnahme zum Obdachlosigkeitsturbo werden.

Kanzler Merz bezeichnete das derzeitige Sozialsystem als nicht mehr finanzierbar. Ministerin Bas nannte seine Aussage daraufhin „Bullshit“. Ob dies zur Stimmungsaufhellung des Publikums gedacht war oder von Überzeugung getragen, wird sich noch herausstellen. Das gleiche gilt für die Frage, ob Bas die gedankliche Kraft hat, als Ministerin das Sozialsystem und als SPD-Chefin die Partei auf zukunftsfähigen Kurs zu bringen. Oder wird sie sich einreihen in die Riege mittelmäßiger Gestalten, die die SPD in den vergangenen Jahren geprägt haben, zu Martin Schulz, zu Andrea Nahles, zu Saskia Esken?

Stefan Zweig hat über den „mittleren Charakter“ einmal geschrieben: „Aber ebenso ergibt sich Tragik, wenn eine mittlere oder gar schwächliche Natur in ein ungeheures Schicksal gerät, in persönliche Verantwortungen, die sie erdrücken und zermalmen, und diese Form des Tragischen will mir sogar als die menschlich ergreifendere erscheinen.“

So berührend der Weg der Bärbel Bas auch immer sein mag, die multidimensionale Krisenlage in Deutschland wie in der Welt verlangt eher nach aristokratischen Persönlichkeiten im Wortsinne: Aristokratie kommt aus dem Altgriechischen und bedeutet „Auswahl der Besten“.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt regelmäßig für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über das Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt“ (FinanzBuch Verlag).
www.m-vg.de/finanzbuchverlag

MELDUNGEN

Schwarzmarkt wächst spürbar

Berlin – Nach dem ersten Zwischenbericht zur Teillegalisierung von Cannabis fordert die CDU/CSU eine Verschärfung der Regeln. Ein Gesetz zur Teillegalisierung war von der Vorgängerregierung aus SPD, Grünen und FDP beschlossen worden und gilt seit dem April 2024. CSU-Landesgruppenchef Alexander Hoffmann erklärte gegenüber der „Augsburger Zeitung“, die Ampel habe mit der Cannabis-Legalisierung dem Jugend- und Verkehrsschutz einen Bärendienst erwiesen. Gerade bei jungen Menschen nehme die Suchtproblematik weiter zu, sagte der CSU-Landesgruppenchef. Auch der Drogenbeauftragte der Regierung, Hendrik Streeck (CDU), schätzt, dass das Gesetz bislang seine Ziele verfehlt hat. So hat die Zahl akuter Gesundheitsstörungen, die mit Cannabiskonsum in Verbindung stehen, sowie der Schwarzmarkt für Medizinalcannabis zugenommen. *H.M.*

Syphilis breitet sich wieder aus

Berlin – Wie das Robert-Koch-Institut (RKI) in seinem neuesten „Epidemiologischen Bulletin“ mitteilt, erreichte die Zahl der Syphilisinfektionen in Deutschland 2024 einen neuen Höchststand. Nachdem 2023 noch 9159 Fälle der Geschlechtskrankheit registriert worden seien, hätten 2024 die Ärzte 9519 Syphilis-Erkrankungen gemeldet, was einen Zuwachs von fast vier Prozent ergebe. Hinsichtlich der Ursachen verweist das RKI lediglich auf „zunehmend lockere Sexualpraktiken“ und die „Partyszene“. Die Details legen jedoch noch einen anderen Verdacht nahe. Zum einen machte die Gruppe der „jungen Männer“ mehr als 92 Prozent der Infizierten aus, und zum anderen lag die Inzidenz in Großstädten mit einem hohen Anteil an Zuwanderern wie Berlin oder Hamburg mit um die 30 Fällen pro 100.000 Einwohnern deutlich über dem deutschlandweiten Mittel von 11,2. Dagegen meldete das ländliche Brandenburg nur eine Inzidenz von 4,5. *W.K.*

Brandstiften für tolle Fotos

Magdeburg – Die Polizei in Sachsen-Anhalt hat zwei Pressefotografen aus Bitterfeld-Wolfen und Zörbig festgenommen, die das leer stehende Bahnhofsgebäude in Raguhn angezündet haben sollen, um danach exklusive Bilder von den Löscharbeiten und der Vollsperrung der Bahnstrecke zwischen Dessau und Leipzig zu machen. Außerdem werden den beiden 23 und 33 Jahre alten Männern, die nun in Untersuchungshaft sitzen, nach der Sicherstellung von Beweismitteln bei Hausdurchsuchungen zwölf weitere Brandstiftungen vorgeworfen. In deren Folge kam es nach Ansicht der Staatsanwaltschaft unter anderem zu Waldbränden bei Retzau und im Diebziger Busch im Osternienburger Land. Die Fotos des Duos waren in der Vergangenheit von Blättern wie der „Mitteldeutschen Zeitung“ und „Bild“ veröffentlicht worden. Da die beiden mutmaßlichen Intensivtäter auch kleinere Zugunglücke filmten, besteht der Verdacht, dass sie diese ebenfalls selbst verursacht haben. *W.K.*

BILD: IMAGO/IMAGEBROKER

Glückliche Kinder sind die Zukunft Deutschlands – aber sie müssen auch pädagogisch fachgerecht betreut werden

PÄDAGOGIK

Erzieher mit Qualitätsmangel

In den meisten Kitas der Bundesrepublik sind zu wenig Fachkräfte tätig

VON PETER ENTINGER

Der aktuelle Ländermonitor „Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung zeichnet ein alarmierendes Bild. In deutschen Kitas sinkt bundesweit der Anteil pädagogisch ausgebildeter Kräfte. Das gilt vor allem für das Personal mit abgeschlossenem Fach- oder Hochschulstudium – etwa staatlich anerkannte Erzieher, Sozialpädagogen oder Kindheitspädagogen –, das als qualifiziertes Fachpersonal gilt. Fast ein Drittel der Einrichtungen beschäftigte zuletzt kaum mehr als die Hälfte solcher Fachkräfte. Im Vergleich zu 2017, als noch 41 Prozent der Teams überwiegend gut qualifiziert waren, liegt der Wert 2023 nur noch bei etwa 32 Prozent, Tendenz sinkend.

Als „pädagogisch qualifiziert“ zählt, wer einen fachlich einschlägigen Abschluss hat. Darunter fallen vor allem Erzieher sowie Fachschul- oder Hochschulabsolventen der Sozialpädagogik oder Kindheitspädagogik. Kinderpflegekräfte ohne Fachschulausbildung werden hingegen nicht als echte Fachkräfte gewertet. Die sogenannte Fachkraftquote gibt an, welcher Anteil des pädagogischen Personals die formale Ausbildung vorweisen kann. Sie ist ein zentraler Qualitätsindikator für Kitas, da höhere Qualifikation in Studien nachweislich mit besserer Betreuungs- und Bildungsqualität einhergeht.

Bayern ist ein Schlusslicht

Die Fachkraftquote unterscheidet sich dabei dramatisch zwischen Ost und West. In vielen ostdeutschen Bundesländern liegt der Anteil qualifizierter Kräfte noch bei über 80 Prozent – Spitzenreiter sind Thüringen und Brandenburg, wo nahezu neun von zehn Erziehern entsprechend ausgebildet sind. In den westlichen Ländern liegt die Quote dagegen deutlich niedriger. Der Bundesschnitt liegt bei etwa 72 Prozent, Bayern ist mit rund 54 Prozent am schwächsten. Dort arbeiten viele Kinderpflege- und Ergänzungskräfte ohne entsprechenden Abschluss, sodass dort nur 3,6 Prozent aller Kitas die empfohlene Quote von 82,5 Prozent Fachkräfte erreichen. Ein Drittel der bayerischen Einrichtungen hat nicht einmal zur Hälfte ausgebildetes Personal. Der Anteil solcher Spitzenteams ist in Sachsen etwas gestiegen, doch die meisten Länder zeigen sinkende Werte. Innerhalb der Länder gibt es ebenfalls große Unterschiede. In Stadt- und Landkreisen variieren Fachkraftquoten stark, Stichproben zeigen zum Beispiel im Landkreis Augsburg (Bayern) nur knapp 2,3 Prozent der Kitas mit hohem Fachkräfteanteil, während in thüringischen Kreisen fast alle Kitas eine gute Quote aufweisen.

Experten in der Politik führen den Trend auf den eklatanten Fachkräftemangel und den hohen Kostendruck in den Kommunen zurück. Weil Erzieher fehlen, werden zunehmend Quereinsteiger oder Personen ohne formalen pädagogischen Abschluss eingestellt, damit Kitas überhaupt offengehalten werden können. Dieses „De-Professionalisierung“ genannte Phänomen – also die dauerhafte Absenkung des Qualifikationsniveaus – ist laut Bertelsmann-Studie die Folge des Notstands. Die vorhandenen Fachkräfte sind stark belastet. Untersuchungen zeigen, dass fast die Hälfte täglich überlastet ist und viele kurz- bis mittelfristig sogar den Beruf wechseln wollen. Dies führt zu einer kritischen Abwärtsspirale.

Ruf nach Qualitätssicherung

Das schlechte Abschneiden Bayerns löste eine Debatte aus. Die Familienministerin des Freistaats, Ulrike Scharf (CSU), warnte, man würde Äpfel und Birnen vergleichen, da in Bayern traditionell viele Kinderpfleger und Ergänzungskräfte tätig seien, die in anderen Ländern nicht als Fachkräfte gelten. Dennoch bestätigen die Statistiken: Nach bundesdeutschem Maßstab hat keine Region so wenige pädagogisch ausgebildete Erzieher wie Bayern. Nordrhein-Westfalen liegt mit rund 74 Prozent im Mittelfeld, und Berlin erreicht lediglich etwa 35 Prozent der Einrichtungen mit sehr hohem Fachkräfteanteil. Die Arbeitsgruppe „Frühe Bildung“ des Bundesfamilienministeriums hatte als Untergrenze für eine ausreichende Fachkraftversorgung eine Quote von 82,5 Prozent ins Spiel gebracht – ein Wert, den in Bayern die wenigsten Kitas erreichen.

Angesichts dieser Daten schlagen Gewerkschaften und Fachverbände nun Alarm. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) bezeichnete die Entwicklung als alarmierend und fordert ein bundesweites Kita-Qualitätsgesetz mit verbindlichen Vorgaben zur Ausbildung und Personal-Ausstattung. Nur so lasse sich ein Mindestmaß an pädagogischer Qualität sichern und regionale Ungleichheit abbauen, so ihre Argumentation. Auch ver.di kritisiert, dass die Fachkraftquote faktisch von der Kassenlage der Kommunen abhänge. Die Dienstleistungsgewerkschaft verlangt deshalb eine verlässliche Finanzierung durch Bund und Länder, eine Ausbildungsoffensive für Erzieherkräfte sowie einen speziellen Fonds für den Kita-Ausbau.

Auch Politiker von Opposition und Fachverbänden mahnen, der drohenden Überlastung müsse durch gezielte Investitionen entgegengesteuert werden – etwa durch bessere Arbeitsbedingungen und Qualifizierungsangebote, um Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Der aktuelle Lagebericht zeigt eine deutliche Schieflage in der frühkindlichen Bildung: Die Qualitätsvoraussetzung „pädagogisch ausgebildetes Fachpersonal“ wird vielerorts nicht erfüllt, die Fachkraftquote geht weiter zurück.

VERTEIDIGUNG

Europa erwacht aus dem Drohnenschlaf

Langsam, vielleicht zu langsam stellen sich die EU-Staaten auf die neue Bedrohung ein

Genau geplante Drohnenflüge legten in Norddeutschland und Nordeuropa den Luftverkehr für Stunden lahm. Europas Politiker fordern einen „Drohnenwall“. Die Idee umfassender Abwehr kommt spät. Sie übersieht technische Herausforderungen. In der Realität ist Europas Sicherheitsarchitektur mehr als drei Jahre nach Beginn des großen Drohnenkriegs in der Ukraine unvorbereitet. Schultergestützte Störsender sind nur bedingt wirksam, der Flugabwehrpanzer Skyranger 30, der ganze Schwärme abwehren kann, wird erst 2027 an die Bundeswehr geliefert – 19 Stück, Experten sehen mehr Bedarf.

Dänemark ist von den russischen Drohnen im eigenen Luftraum am stärksten betroffen. Das Land, das mit die schärfsten Vorschriften für die Registrierung und den Betrieb von Drohnen in Europa hat, wurde nur Tage vor dem Gipfel europäischer Staatschefs in Kopenhagen Ziel getakteter Anflüge über Zivil- und Militärflughäfen und kritischer Infrastruktur. Alle Drohnen und Modellflieger sind nun vorerst verboten. Im entscheidenden Moment konnte keine Drohne aufgehalten oder erbeutet werden.

Der Verdacht, russische Schiffe der Schattenflotte dienten als Startpunkte, verdichtet sich. Der aus Gewässern bei Dänemark gen Frankreich weitergefahrene Tanker „Boracay“ wurde vor Saint-Nazaire von den französischen Behörden gestürmt, Erster Maat und Kapitän sind interniert. Das Schiff steht auf der schwarzen Liste der von der EU wegen russischer Ölgeschäfte sanktionierten Schiffe.

Dänemark identifiziert es als eine mögliche Startrampe der Drohnen. Mittel gegen sie sind rar und vor allem auf kleine, kommerzielle Flugkörper hin entwickelt. Die großen, lange Strecken zurücklegenden Drohnen neuerer Art können weder mit Netzen von anderen Drohnen gefangen werden, noch sind sie einfach abzuschießen, ohne Zivilisten zu gefährden. Störmaßnahmen mit hochenergetischen Mikrowellen speziell gegen Drohnen führten nicht zum Erfolg.

Luftabwehrkanonen wurden vor Zeiten aussortiert – teure raketenbasierte Abwehrsysteme verschießen um ein Vielfaches zu teure Abwehrkörper, um gegen Drohnenmengen wirksam zu sein. Selbst technische Störmanöver gegen die Satellitensteuerung via GPS können eigene Infrastruktur gefährden und sind daher nur bedingt hilfreich. Elektronische Störungen des Leitsystems der Drohne lassen sich durch Gegenmaßnahmen und rasche Weiterentwicklung umgehen. Sie haben keinen langen Wert als Abwehr. Das größte Problem bleibt wegen der Grenzen der Systeme die rechtzeitige Ortung. Der Kopenhagener Gipfel musste durch deutsches hochauflösendes Schiffsradar geschützt werden. Ukrainische Experten waren vor Ort, um neueste Abwehrtricks zu zeigen.

In der Ukraine erzielen mit deutscher Hilfe entwickelte Systeme militärische Erfolge – der Marschflugkörper „Flamingo“ besitzt einen Abwehrmechanismus gegen elektronische Störung, auch wenn die Angriffswaffe keine Drohnen bekämpft. Der diskutierte „Drohnenwall“ setzt auf die ukrainischen Erfahrungen elektronischer Störmittel. Eine „Mauer“, an der Drohnen abprallen, ist er nicht. Er bedarf der Kombination mit anderen Systemen – der Begriff führt somit in die Irre. Aufwändige Investitionen in moderne Luftsicherheit hat die Politik bisher gescheut. *SV*

SOZIALES

Letzte Zuflucht: Buswartehäuschen

Rausgeworfen: Wie sich in Berlin jeden Monatsanfang die Tragödie der neuen Obdachlosen zeigt

VON HERMANN MÜLLER

Immer häufiger zu sehen: Obdachloser in einem Berliner Wartehäuschen *Bild: imago/Winfried Rothermel*

Aufmerksame Beobachter merken in Berlin auch ohne Kalender, wann ein Monat endet und ein neuer beginnt. Untrügliches Zeichen für einen Monatswechsel – beziehungsweise die damit einhergehenden Zahlungseingänge von Bürgergeld oder Renten – sind die langen Warteschlangen, zu denen es alle vier Wochen vor Geldautomaten, etwa vor der Sparkassenfiliale am Berliner Alexanderplatz, kommt.

Nicht weniger auffällig ist ein Zeichen, das zum Monatswechsel seit einiger Zeit in Bezirken wie Lichtenberg oder Marzahn immer öfter sichtbar wird. Dort suchen sich Menschen, deren Wohnungen wegen Mietschulden zum Monatsende gekündigt oder zwangsgeräumt wurden, zunächst an einer der überdachten Haltestellen der Berliner Verkehrsbetriebe einen ersten Unterschlupf. Die Neu-Obdachlosen sitzen oder schlafen zusammengekrümmt auf der Sitzreihe der Haltestelle, daneben ein Berg von Reisetaschen oder auch Plastiktüten mit Habseligkeiten. Erkennbar sind diese frisch in die Obdachlosigkeit geschlitterten Menschen zumeist an der noch intakten Kleidung und den – zunächst noch – vielen Taschen und Koffern.

Als Vorläuferin dieser Menschen ohne festen Wohnsitz kann ein Berliner Original gelten: Noch zu Zeiten des mauergeteilten Berlin gehörte „Tüten-Paula“ zum vertrauten Bild des Kurfürstendamms. Mitunter regungslos, mitunter pöbelnd, saß sie inmitten von rund fünfzig Plastiktüten und Müllsäcken oft auch an einer der überdachten BVG-Haltestellen des Luxusboulevards.

Politik hat ihre Ziele weit verfehlt

Bereits 2019 hatte der damalige rot-rot-grüne Senat das Ziel ausgegeben, die Wohnungslosigkeit in Berlin bis 2030 zu überwinden. In der Realität geht die Entwicklung jedoch genau in die entgegengesetzte Richtung. Aktuell sind in der Stadt rund 56.000 Menschen ohne Wohnung. Die Senatsverwaltung für Soziales prognostiziert für 2029 eine Zahl von bis zu 85.000 Wohnungslosen. In dieser Schätzung nicht berücksichtigt sind Asylbewerber und Flüchtlinge, die sich in laufenden Verfahren befinden. Mit diesem Personenkreis kann die Gesamtzahl der Wohnungslosen auf mehr als 114.000 ansteigen.

Die Sozialverwaltung unterscheidet zwischen Obdachlosen, die auf der Straße oder in Behelfsunterkünften leben, sowie Wohnungslosen, die in Heimen und Notunterkünften untergebracht sind. Hinzu kommen auch jene, die bei Verwandten oder Freunden unterkommen.

Als Hauptursachen der bedrückenden Entwicklung werden der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, steigende Lebenshaltungskosten und auch immer öfter Eigenbedarfskündigungen genannt. Auch die Zuwanderung nach Berlin spielt eine große Rolle.

Für erhebliches Aufsehen sorgte in den vergangenen Wochen die Belegung eines Hotels in Berlin-Schöneberg. Mitten im sogenannten Regenbogenkiez gelegen, wird das Hotel hauptsächlich von Großfamilien aus Bulgarien und Rumänien bewohnt. Wenn diese sich in Berlin obdachlos melden, werden sie von den Bezirksämtern in dem Hotel untergebracht. Bezahlt wird die Unterbringung vom Land Berlin.

Probleme mit EU-Einwanderern

In den vergangenen Monaten entwickelte sich das Sozialhotel für die Anwohner allerdings immer mehr zu einem Albtraum. Bewohner des Hotels bettelten nicht nur Passanten an oder belästigten sie, es kam auch zu tätlichen Angriffen. Obendrein vermüllten die Umgebung des Hotels und die Gehwege zusehends.

Nachdem sich die Beschwerden von Anwohnern gehäuft hatten, verlangte die CDU-Abgeordnete Katharina Senge vor einigen Wochen vom Senat Auskunft über das Sozialhotel und die dort untergebrachten Bewohner. Das Resultat war ernüchternd: Die SPD-geführte Senatssozialverwaltung war nicht in der Lage, Informationen zu liefern. Es „liegen aktuell keine Daten zu den in der Unterkunft untergebrachten wohnungslosen Menschen vor“, so die Behörde.

Senge sieht allerdings nicht nur darin ein Problem, dass die Sozialverwaltung offenbar keine Daten zur Obdachlosenunterkunft hat: „Aktuell ist es so, dass in Berlin jeder untergebracht wird, der darum bittet. Es muss doch möglich sein, EU-Bürger, die gerade eingereist sind, zurückzuschicken.“

Auch auf Bundesebene hat CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann angesichts der gestiegenen Zahl ausländischer Bürgergeldbezieher eine Neuregelung gefordert. Hintergrund sind nicht zuletzt bekannt gewordene Fälle von systematischem Sozialbetrug durch mutmaßliche Täter aus südosteuropäischen EU-Ländern. Gegenüber der „Bild“-Zeitung sagte Linnemann, die Schwelle zum Bürgergeldbezug sei zu niedrig: „Wenige Stunden zu arbeiten und den Rest aufzustocken, obwohl man Vollzeit arbeiten kann, darf nicht möglich sein.“

VERKEHR

Berlins Tor zur Welt klemmt

Der Hauptstadtflughafen BER kommt auch Jahre nach der Eröffnung nicht aus der Krise heraus

Kann dem Hauptstadtflughafen BER nur geholfen werden, wenn man ihn in die Luft sprengt? Sinngemäß soll dies im September der Wirtschaftsmanager Eckhard Cordes gesagt haben. Dem über die Abläufe am Flughafen und die fehlende Servicekultur genervten Cordes brachte die flapsige Bemerkung über eine Flughafensprengung prompt ein Verbot ein, wie gewünscht den Flieger nach München zu betreten. Cordes – Inhaber des exklusiven „HON Circle“-Status im Vielfliegerprogramm der Lufthansa – musste einen Mietwagen nehmen, um nach München zu gelangen.

Nach mehrmals abgesagten Eröffnungsterminen – der BER sollte ursprünglich bereits 2012 öffnen – ist der Flughafen im Oktober 2020 in Betrieb genommen worden. Fünf Jahre später ringt der Airport für Berlin und Brandenburg weiterhin mit Problemen und sorgt in jüngster Zeit mit negativen Schlagzeilen für Aufsehen. Dabei geht es nicht nur um den jüngsten Cyberangriff auf den IT-Dienstleister Collins Aerospace, der am BER für Fluglinien Systeme für das Einchecken bereitstellt.

Auch Jahre nach der Eröffnung kämpft der Hauptstadtflughafen noch immer mit anhaltenden „Kinderkrankheiten“ wie fehlerhaften Ausschilderungen oder langen Wartezeiten. Im ersten Halbjahr 2025 lag die Verspätungsquote am BER bei knapp 31 Prozent. Fast jeder dritte Flug startete also verspätet. Der BER bildet damit das Schlusslicht unter den deutschen Verkehrsflughäfen.

Nicht erfüllt haben sich überdies die Hoffnungen, der Flughafen könnte sich zu einem internationalen Drehkreuz, einem Tor zur weiten Welt, entwickeln. Die Zahl der Interkontinentalverbindungen ist noch immer sehr überschaubar. Und eine Änderung der Misere ist nicht in Sicht. Derzeit leiden Fluglinien und Airports in ganz Deutschland unter hohen Belastungen durch Steuern und Gebühren: „Geld verdienen Airlines derzeit vor allem außerhalb Deutschlands. Da boomt die Luftfahrt“, so Jens Bischof, der Präsident des Bundesverbands der Luftfahrtunternehmen.

„Baulich nicht mehr zu retten“

Nicht verstummt ist seit der Eröffnung des BER auch die Kritik an einer ineffektiven Terminalarchitektur. Der am Hauptstadtflughafen vom Mitflug ausgeschlossene Topmanager Cordes erklärte gegenüber der „Berliner Zeitung“ sogar: „Baulich ist der BER nicht mehr zu retten. An Zürich oder Barcelona wird man nie herankommen.“ Angesichts der baulichen Mängel ist aus Sicht des Vielfliegers gut geschultes Personal wichtig: „Salopp gesagt: Nur Menschen können den BER noch retten.“ Aus Sicht des Managers liegt hier allerdings ein weiteres großes Problem des BER. Durch den Rückgriff auf Fremdfirmen, das sogenannte Outsourcing, leidet die Servicekultur.

Die Chancen auf eine Besserung stehen schlecht. Nach einem Gewinneinbruch hat der Lufthansa-Konzern die Streichung von 4000 Stellen angekündigt. Gewerkschaften befürchten dadurch auch Folgen für den BER. Zwar plant die Lufthansa den Stellenabbau primär im Verwaltungsbereich – allerdings warnt die Gewerkschaft Verdi auch vor Auswirkungen auf Tochtergesellschaften wie Eurowings und indirekt auf Hunderte Arbeitsplätze am BER. *Hagen Ritter*

KOLUMNE

Familienfest

VON VERA LENGSFELD

An dieser Stelle war schön häufiger die Rede vom Antisemitismus und Islamismus, die sich seit dem 7. Oktober 2023 auf Berlins Straßen fast ungehindert austoben. Dass diese öffentlichen Kundgebungen nur die Spitze des Eisbergs sein könnten, war zu befürchten. Nun kommt der Umfang dieses Eisbergs ans Licht.

Da flog eine dreiköpfige Terrorzelle auf, die der Hamas zugerechnet werden muss. Zwei der Terroristen haben die deutsche Staatsbürgerschaft zusätzlich zur ihrer ersten. Sollten sie in der Statistik als „Deutsche“ auftauchen, erfüllt das die politische Hoffnung, die Anzahl ausländischer Straftäter zu reduzieren.

Kurz zuvor wurden in Berlin Flugblätter verteilt, die dazu aufriefen, namentlich genannten und per Foto abgebildeten „Zionisten“ Furcht einzujagen. Das ist ein impliziter Mordaufruf gegen die Betreiber einer pro-israelischen Kulturkneipe. Auf dem Flugblatt, das rund um die Kneipe verteilt wurde, sind die drei Inhaber der Kneipe abgebildet und mit einem roten „Hamas-Dreieck“ – einem Zeichen der Terrormiliz – gekennzeichnet. Auch die vollen Namen der Betreiber sind abgebildet. Bis jetzt wurden die Täter nicht ermittelt.

Übertroffen werden diese Vorfälle von der Enthüllung, dass die Geliebte des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Kai Wegner, Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (beide CDU), ein islamisches Familienfest ausrichtete. Auf diesem Fest wurde zur Auslöschung Israels aufgerufen. Kinder konnten Palästina-Fahnen ausmalen. Männer beklagten, sie würden als Extremisten dargestellt, ein Mädchen, Muslime würden in Deutschland „aussortiert und massakriert“. Angekündigt war das „Unity Fest“ als ein „Fest der jungen Muslime – von uns, für alle“. Auf einem T-Shirt, das erworben werden konnte, war eine Landkarte abgebildet, auf der Israel nicht mehr existiert. Von uns finanziert.

MELDUNG

Anja Heinrich verlässt CDU

Potsdam – Die frühere Generalsekretärin der CDU-Brandenburg, Anja Heinrich, hat ihren Austritt aus der Partei erklärt. Heinrich wurde erst am 28. September in einer Stichwahl zur Bürgermeisterin der südbrandenburgischen Stadt Elsterwerda wiedergewählt. Die 54-Jährige ist seit 2017 Bürgermeisterin der Kleinstadt im Elbe-Elster-Kreis. Laut Medienberichten soll die Politikerin wegen der Position ihres CDU-Kreisverbandes zur geplanten Krankenhausfusion aus der Partei ausgetreten sein. Der Kreisverband tritt für die Schließung des Krankenhauses in Elsterwerda zugunsten eines Neubaus ein. Anja Heinrich äußert zudem Kritik am Kurs der Bundespartei: „Friedrich Merz' gebrochene Wahlversprechen sorgen für Unmut in der Bevölkerung. Für mich gelten Wahlprogramme noch“, so die Politikerin gegenüber der „Bild“-Zeitung. Heinrich war von November 2012 bis Februar 2015 Generalsekretärin der CDU-Brandenburg. *H.M.*

MELDUNGEN

Zweiter Taucher angeklagt

Warschau – Polnische Polizeibeamte haben südwestlich von Warschau in der Stadt Pruszków einen Ukrainer festgenommen, der am Anschlag auf die Nord-Stream-Gaspipelines beteiligt gewesen sein soll. Der Mann, dessen Name mit Volodymyr Z. angegeben wird, ist auf der Grundlage eines europäischen Haftbefehls festgenommen worden. Die Bundesanwaltschaft beschuldigt ihn, als ausgebildeter Taucher zu einer Gruppe gehört zu haben, die im September 2022 bei Bornholm Sprengsätze an den Nord-Stream-Pipelines 1 und 2 angebracht haben soll. Laut der polnischen Zeitung „Rzeczpospolita“ hat Polens Außenminister Radosław Sikorski in einer privaten Unterhaltung erklärt, zusätzlich zum Angebot, dem Ukrainer Asyl zu gewähren, wäre er auch bereit, ihm eine Auszeichnung zu verleihen. Im August wurde bereits in Italien ein Ukrainer festgenommen, der im Verdacht steht, einer der Koordinatoren des Pipeline-Anschlags zu sein. *H.M.*

Antifa steht auf Terrorliste

Budapest – Die ungarische Regierung plant, mehrere Antifa-Gruppen in eine Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen. Ministerpräsident Viktor Orbán sagte im staatlichen ungarischen Rundfunk, die Antifa und ihre Untergruppen hätten zwar noch keine Verbrechen begangen, doch müsse man Maßnahmen ergreifen, bevor sie welche begehen könnten. Durch die Einstufung als terroristische Organisationen drohen den Gruppen Finanzsanktionen. Zudem können Einzelpersonen, die mit den Gruppen in Verbindung stehen, ausgewiesen oder an der Einreise nach Ungarn gehindert werden. Als eine der ersten Gruppen wurde eine in Deutschland als „Hammerbande“ bekannte Organisation auf die Liste gesetzt. Ermittlungsbehörden in Ungarn und Deutschland werfen Mitgliedern der „Hammerbande“ vor, im Februar 2023 in Budapest mehrere brutale Attacken auf insgesamt neun Personen verübt zu haben. *H.M.*

Blackout wegen Solaranlage

Madrid – Laut Aussage von Beatriz Corredor, der Präsidentin des spanischen Netzbetreibers Red Eléctrica (REE), resultierte der großflächige und langandauernde Stromausfall auf der Iberischen Halbinsel am 28. April dieses Jahres aus „ungewöhnlichen Eingriffen“ in den Betrieb einer Solaranlage unweit der Stadt Bajadoz in der Autonomen Region Extremadura im Westen Spaniens. Nähere Details zu den „Fehlfunktionen“ aufgrund von „mangelndem Anlagenmanagement“ wollte Corredor aus Gründen der „Vertraulichkeit“ nicht nennen. Aber offensichtlich war der Blackout eine Folge von leichtsinnigen Experimenten während des laufenden Betriebs der Anlage, die zu anormalen Frequenzschwankungen führten. Letztere sorgten dafür, dass es zu einem Leistungsabfall von 2000 Megawatt kam, der nicht mehr kompensiert werden konnte, nachdem sich auch viele Gas-, Kohle- und Kernkraftwerke automatisch abgeschaltet hatten. *W.K.*

KONFLIKT

Shutdown – die USA machen dicht

Die Haushaltssperre wird die US-Wirtschaft viel Geld kosten – Trump nutzt Situation für Drohungen

VON SVERRE GUTSCHMIDT

Seit dem 1. Oktober ist der US-Staatshaushalt eingefroren. Vier Mal konnte bis dato kein Übergangshaushalt beschlossen werden. In den letzten 50 Jahren konnte sich das US-Parlament, das sich aus Kongress und Senat zusammensetzt, 21-Mal nicht über den Haushalt einigen. Die Folge war und ist auch diesmal ein Herunterfahren (Shutdown) vieler öffentlicher Funktionen, Aufgaben und Behörden. Rund 750.000 Regierungsangestellte sind beurlaubt und werden vorerst nicht bezahlt.

Selten waren die Fronten so verhärtet. Der bisher längste, 34-tägige Shutdown der Geschichte fiel in Trumps erste Amtszeit. Er kostete die Wirtschaft der USA nach Expertenrechnung rund sechs Milliarden Dollar. Aber dieses Mal ist alles anders: Trumps Gegner fürchten Entlassungen. Das Amt für Verwaltung und Haushalt unter der Leitung von Russell Vought hatte kurz vorher Bundesbehörden angewiesen, die dauerhafte Einstellung aller Programme zu prüfen, die „nicht mit den Prioritäten des Präsidenten vereinbar sind“. Vought könnte den Zustand für einen Umbau zugunsten der Macht des Präsidenten nutzen und damit weiter dem Drehbuch „Project 2025“ folgen, fürchtet die Opposition.

US-Zöllner bleiben aktiv im Dienst

Außenpolitisch muss eine völlig neue Handelspolitik umgesetzt werden, eine Riesenaufgabe. Auf dem internationalen Parkett hat der Haushaltsstopp somit Folgen. Schon weil alles nicht zwingend Nötige in Starre verfällt, wird die US-Politik langsam und noch unberechenbarer. Viele Behörden haben keinen Kontingent-Plan, wissen nicht, wie lange das Geld noch reicht. Bei den anderen Malen waren Zahlungen für Studenten, Gesundheitsdienste, eigentlich ausgenommene Passkontrollen und Lebensmittelprüfungen sowie Entscheide über die Einreise betroffen.

Die für den Welthandel und Europas exportierende Wirtschaft wichtige Frage, ob die neuen US-Zölle erhoben werden, ist klar mit ja zu beantworten. Die für Zölle zuständige US Customs and Border Protection (CBP) arbeitet weiter, betonen auch regierungsunabhängige Rechtsexperten. Die Kontrolleure setzen ihre Frachtinspektionen in US-Häfen fort.

Andere staatliche Dienste mit Bezug zum Handel werden eingeschränkt oder ausgesetzt. Betroffen sind Ausfuhrgenehmigungen – Lizenzanträge und Wareneinstufungen ruhen. Das Amt für Exportkontrolle wird Notfälle bearbeiten. Die Dienststelle für Antidumping und Ausgleichszölle stellt die Arbeit ein. Die für Sanktionen gegen andere Staaten nötige Behörde des Finanzministeriums muss pausieren – Fragen nach Wirtschaftssanktionen bleiben vorerst unbeantwortet.

Auch für ausländische Investoren wird es ungemütlich. Ihre administrative Anspielstation Committee on Foreign Investment in the United States (CFIUS) muss die Arbeit einstellen. Was das für Fristen von Anträgen heißt, ist noch unklar. Die Steuerung von Verteidigungsexporten ist stark gedrosselt. Alles, was seit Ende September neu hinzukommt, bleibt dort liegen. Die für Wirtschafts- und Handelsforschung und entsprechende Empfehlungen an Regierungsstellen zuständige Stelle (U.S. International Trade Commission) hat ihren Betrieb eingestellt. Für neue Waffenlieferungen oder Einblicke in neue ökonomische Entwicklungen der Welt ist somit kaum Raum.

Insgesamt treffen die Auswirkungen die öffentlichen Bediensteten ungleich. Mitarbeiter der Regierung mit wichtigen Aufgaben machen weiter. Die Außenpolitik könnte leiden. Das State Department muss seine Mitarbeiter im Inland pausieren lassen, versucht, die Auslandsdienste zu erhalten. Die Luftraumüberwachung macht ebenso weiter. Der persönliche Schutz für den Präsidenten wird hingegen fortgesetzt. Er dürfte weniger von der Notlage mitbekommen als viele Bürger.

Die rund 78 Millionen US-Bürger, die von Medicare (chronisch Kranke und Senioren) und Medicaid (Menschen mit geringem Einkommen) abhängen, müssen dagegen bangen. Zwar läuft das System weiter, doch Personalmangel und Engpässe bei bestimmten Diensten stehen an. Das Geld für Gesundheitsleistungen reicht laut Experten noch bis ins erste Quartal 2026, das gelte auch für Kinder.

Trump droht mit Entlassungen

Überraschungen lauern auf die Amerikaner. Die wegen Stürmen wichtige nationale Wettervorhersage ist nur minimal besetzt und von Trump ohnehin ausgedünnt worden. Auch bei der Fluthilfe kann nichts Neues beschlossen werden, selbst wenn Grundlegendes im Katastrophenschutz weiter funktionieren soll.

Die Geheimdienste CIA und NSA bleiben weiter aktiv. Die innere Sicherheit und alles, was sie betrifft, soll weiter unter der Schirmherrschaft von Homeland Security (DHS) gewährleistet sein, da es sich überwiegend um Experten handelt, die mit Strafverfolgung beschäftigt sind. Weitgehend normal weiter geht es bei der Verkehrs- und Sicherheitsbehörde, der Zoll- und Grenzschutzbehörde sowie der Einwanderungsbehörde.

Aber: Überall wo die Effizienzbehörde DOGE empfahl, Menschen zu feuern, droht eine neue Spar- und Entlassungswelle. Trump kündigte „unwiderruflichen“ Entlassungen an, sollte das Parlament sich nicht einigen. Angesichts der Kosten für jeden Amerikaner durch die Handelspolitik könnte sich ein perfekter Sturm aufbauen, die Zustimmungswerte für die Regierung weiter abrutschen.

Gegen die von den Demokraten regierte Metropole New York setzt Vought den Shutdown bereits ein. Bundesmittel für Infrastrukturprojekte will er zurückhalten – rund 18 Milliarden Dollar.

BILD: PICTURE ALLIANCE/REUTERS/ELIZABETH FRANTZ

Das Capitol in Washington, der Hauptstadt der USA, hinter Gittern: Nichts geht mehr, und da sich Republikaner und Demokraten nicht auf einen US-Haushalt einigen konnten, wurde das öffentliche Leben weitestgehend runtergefahren

HUNGERSNOT

Das vergessene Leid der Sudanesen

Während für Gaza weltweit mobilisiert wird, bleibt eine viel größere humanitäre Katastrophe im Dunkeln

In diesem Sommer erklärten die Vereinten Nationen in einem Teil des Sudan und im Gazastreifen den Hungersnotzustand. Diese Alarmstufe, die höchste Notfallstufe, wurde seit Einführung des Überwachungssystems der UN vor 20 Jahren bisher dreimal ausgelöst. Diese Stufe wird aktiviert, wenn täglich eine große Anzahl von Kindern, aber auch Erwachsenen an den Folgen von Unterernährung stirbt.

Vor Gaza und dem Sudan in diesem Sommer wurden Hungersnöte ausgerufen in Somalia (2011) und ebenfalls bereits im Sudan (2017 und 2020). Laut der täglich aktualisierten Liste der Hungertoten im Gazastreifen des Fernsehsenders Al Dschasira, die sich auf Angaben der Hamas beziehen, sind seit Beginn des Gazakrieges vor zwei Jahren 450 Menschen an Hunger gestorben, davon 150 Kinder. In Somalia sind bei der großen Hungersnot von 2010 bis 2012 laut UN 258.000 Menschen umgekommen, im Südsudan 2017 laut UN etwa 100.000 Menschen, und etwa eine Million waren am Rande einer Hungersnot. Die laut Hamas 450 Opfer im Gazastreifen haben jedoch weltweit mehr Aufmerksamkeit erreicht als die Millionen im Sudan oder in Somalia in Vergangenheit und Gegenwart.

Hamas torpediert die Hilfen

Anfang September hat Antoine Renard, Direktor des Welternährungsprogramms (WFP) für Palästina, die Lastwagen mit Hilfsgütern aufgelistet, die in den Gazastreifen einfahren durften. Im Juli konnten nur 30 Laster täglich die Sicherheitszone der israelischen Armee passieren. Im September waren es bereits 100 pro Tag. In den Sudan kommen dagegen derzeit gar keine Hilfskonvois hinein.

Im Kampf gegen den Hunger in der Welt ist das WFP in allen Kriegsgebieten tätig und muss dabei mit den üblichen Hindernissen fertig werden: Gewalt, Blockaden und bewaffnete Gruppen. In Gaza wurden 200 Verteilstellen des WFP von der Hamas zerstört. Da es in Gaza keine Polizeibehörde gibt, nur Hamas-Terroristen, werden die Wagen oft geplündert oder Hilfsgüter unter Bedingungen verteilt, die oft zu dramatischen Situationen und auch zu Hungertoten führen. Dennoch tragen sie dazu bei, die Preise auf den Märkten zu senken, wo der Preis für ein Kilogramm Mehl innerhalb eines Monats von 75 auf acht US-Dollar gefallen ist.

Samy Guessabi, Sudan-Beauftragter bei „Action contre la faim“ (ACF), dem derzeit größten Hilfsanbieter im Sudan, spricht vom Sudan als der schlimmsten humanitären Krise der Welt: Millionen von Vertriebenen, eine ruinierte Wirtschaft, verlassene Felder, zwei islamistische Armeen, die sich weiterhin bis aufs Blut bekämpfen. Der Sudan ist Gründungsmitglied der Arabischen Liga, doch anstatt Vermittlungsdienste anzubieten, wie im Falle Gaza, schüren andere Mitgliedstaaten der Liga, wie Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), weiter den Krieg im Sudan. Der Sudan kann nicht auf das weltweite Propagandanetz von Gaza-Aktivisten bauen, die zu Millionen für 450 Hungertote auf die Straße gehen, weil sie angeblich Juden zu verantworten haben, aber nicht für die Zigtausende, die von Muslimen verursacht wurden. *Bodo Bost*

BILD: IMAGO / MCPHOTO

Statt weniger wird's immer mehr: Berichtspflichten, Vorschriften, Anträge – der Bürokratie-Irrsinn wächst unaufhörlich

MANGELNDE PRAKTIKABILITÄT

„Es ist einfach zu viel!"

Die ständig weiter gegen alle Versprechungen und Ankündigungen ausufernde Bürokratie – insbesondere aus Brüssel – erstickt die deutsche Wirtschaft

VON HERMANN MÜLLER

Nahezu jede Bundesregierung der letzten Jahrzehnte hat einen Bürokratieabbau angekündigt und manchmal sogar entsprechende Reformpakete präsentiert. Dennoch herrscht noch immer kein Mangel an Anekdoten rund um die ausufernde Bürokratie im Land. In Thüringen musste sich erst der Ministerpräsident einschalten, damit ein Traditionsunternehmen nach zwei Jahren Wartezeit überhaupt eine Antwort auf eine Bauvoranfrage bekommt. „Das ist einfach der Kracher", so die betroffene Geschäftsführerin, die das Unternehmen gern erweitern möchte.

Im brandenburgischen Wittenberge schließt ein Friseurladen, der seit 1925 besteht. Das Geschäft hat damit die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre, den Zweiten Weltkrieg und Jahrzehnte sozialistischer Plan- und Mangelwirtschaft überlebt. Die letzten Betreiber des Geschäfts, eine Mutter und ihre Tochter, nennen vor allem einen Hauptgrund für die Schließung: die Bürokratie. „Früher hatten wir 17 Läden, da gab es weniger Vorschriften als für die heutigen drei", so Firmenchefin Anke Meyer gegenüber der *PAZ*. Von der Schließung sind 18 Mitarbeiter betroffen. Sofern sie nicht in Rente gehen können, müssen sie sich neue Jobs suchen. Sie nannte sogleich ein plausibles Beispiel für die Belastungen durch staatliche Vorgaben: „Wir haben jetzt das dritte Kassensystem im Laden, und 2026 sollen wir schon wieder eine neue Kasse kaufen." Jedes neue System kostet zwischen 800 und 1000 Euro.

Insgesamt entstehen Deutschlands Unternehmen nach Berechnungen des Münchner Ifo-Instituts rund 65 Milliarden Euro an direkten Kosten durch Bürokratie. Laut einer Studie von 2024 gehen Deutschland sogar bis zu 146 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung verloren. Ein wirksamer Bürokratieabbau wäre somit ein besonders effizientes Mittel, um die Wirtschaft auf Fahrt zu bringen. Bundesfinanzminister Lars Klingbeil (SPD) könnte zudem mit höheren Steuereinnahmen und Einsparungen rechnen.

Kaum umsetzbare Gesetze

Als das Ifo-Institut Führungskräfte zum Thema Bürokratie befragte, klagten diese vor allem über ausufernde Berichts-, Dokumentations- und Meldepflichten. „Die Unternehmen berichten vor allem von erheblichem Personalaufwand, der zur Einhaltung immer neuer gesetzlicher Auflagen benötigt wird", so die Ifo-Forscherin Ramona Schmid.

Knapp 80 Prozent der Unternehmen gaben sogar an, externe Dienstleister beauftragen zu müssen, um die Anforderungen erfüllen zu können. Fast drei Viertel bewerteten die Umsetzbarkeit von Gesetzen als schlecht bis sehr schlecht.

Wie bereits im Koalitionsvertrag angekündigt, hat die schwarz-rote Bundesregierung bei ihrer ersten Kabinettsklausur Ende September eine Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung beschlossen. Konkret geht es um rund 80 Maßnahmen für mehr Effizienz, Bürgernähe und Digitalisierung: „Schwerpunkte bilden Bürokratierückbau, neue Rechtssetzungsstandards, digitalisierte Services und KI in der Verwaltung, moderne Personalstrukturen und eine deutlich verschlankte Bundesverwaltung. Die Umsetzung der ersten Projekte startet unmittelbar", so die Ankündigung. Versprochen hat die Regierung unter anderem eine „Bürokratiebremse" und den Abbau von überkomplexen Vorschriften. Ziel ist eine Verringerung der Bürokratiekosten um 25 Prozent. EU-Vorgaben sollen in Deutschland künftig auch nur noch 1:1 umgesetzt werden. Wegfallen soll damit eine Praxis, die in Brüssel und auch in anderen EU-Ländern immer wieder für Kopfschütteln gesorgt hat. EU-Richtlinien wurden in der Vergangenheit in den Bundesministerien und durch den Bundestag mitunter im Stil eines Musterschülers besonders genau umgesetzt und teilweise sogar verschärft.

EU schafft neue Bürokratiemonster

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hatte 2023 bereits 50 konkrete Vorschläge zum Abbau von Bürokratie gemacht. Dabei fehlte nicht der Hinweis, dass ein Großteil der neuen Gesetze, Berichtspflichten, Auflagen, Formulare und Anträge, auf die EU zurückgehen. Mitte März 2023 hatte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen tatsächlich angekündigt, die Berichtspflichten in der EU um 25 Prozent reduzieren zu wollen. Bei der Umsetzung scheint es allerdings immer noch massiv zu stocken. Mit der EU-Entwaldungsverordnung und dem EU-Lieferkettengesetz hat die EU sogar zwei Projekte auf den Weg gebracht, die in der Wirtschaft sogar als „Bürokratiemonster" extrem umstritten sind.

Kurz nach der Regierungsklausur ermahnte Bundeskanzler Friedrich Merz Brüssel. Vor dem EU-Gipfel Anfang Oktober in Kopenhagen forderte er eine grundlegende Korrektur der Regulierungsdichte. Er warnte: „So wie diese Europäische Union immer mehr reguliert hat – so kann es nicht weitergehen."

Allerdings zeigen die skandinavischen Länder und wirtschaftsfreundliche Standorte wie beispielsweise die Republik Polen oder die Slowakei, dass es auch anders, effektiver und effizienter geht. Denn mit einer gut funktionierenden öffentlichen Verwaltung wie dort sowie mit einer schlanken und sinnvollen Gesetzgebung lässt sich gut und sinnvoll arbeiten.

DIGITALISIERUNG

Künstliche Intelligenz als gefährlicher Jobkiller

Immer mehr Berufe und Jobs sowie Menschen werden zunehmend überflüssig und durch KI ersetzt

Künstliche Intelligenz (KI) gilt als Lösung für viele „einfache" berufliche Aufgaben. Auch Tätigkeiten, die wegen ihrer kreativen oder menschlichen Eigenschaften als sichere Domänen für Angestellte galten, sind nun in Gefahr, wie neue Daten nahelegen. Es sind vor allem solche der KI entwickelnden Firmen. Sie präsentieren stolz Diagramme als Beleg, wo das Künstliche den Menschen im Beruf überholt und welche Programme das schaffen. KI könnte sich zum Killer ganzer Berufe entwickeln, so der Tenor.

Automatisierungswerkzeuge sind bereits verfügbar, ChatGPT, Midjourney, Stable Diffusion lauten die neuen Zauberwörter. Die KI-gestützten Programme machen bisherige Arbeitsplätze zunichte: Besonders Sachbearbeiter der Verwaltung, Jobs in Callcenter, Texter, Übersetzer und standardisierte Marketing- und Reporting-Jobs, also Dokumentationsaufgaben, müssen bald nicht mehr mit Menschen besetzt werden.

Aber auch klassische Einstiegstätigkeiten in ganze Berufszweige sind nicht mehr sicher. Juristische Assistenz, Steuerfachkräfte, IT-Unterstützer und Internetentwickler – all das erledigt schon die KI mit annähernd gleicher oder teils besserer Leistung. Nicht ob die KI sich einschaltet und den Job macht, sondern wann – abhängig von der Firmenkultur – ist somit die Frage.

Besonders gedrillt ist KI auf die Automatisierung wiederholter Aufgaben, auf die Verarbeitung von Mustern und Daten, auf Kundensupport und Vorhersagemodelle. Die Chatbox als Ersatz echter Kundenkommunikation ist in vielen Firmen schon real. Lager lassen sich beispielsweise mit automatisierten Systemen bearbeiten, befüllen und leeren, Buchungsprozesse kann KI schneller als jeder Mensch.

Bei Empathie, komplexen sozialen und moralischen Aufgaben macht die KI indes noch nicht verlässlich mit. Auch wenn nicht alle Anstellungsverhältnisse mit Überschneidung zu den sich ständig erweiternden neuen Leistungen der KI verschwinden, ist selbst vor wenigen Jahren sicher geglaubtes Terrain bedroht: Graphiker und andere Kreative müssen die bildgestaltenden KI-Fertigkeiten fürchten. Daten der KI-Anwendung OpenAI zeigen sogar schon Leistungsvergleiche Mensch – KI im Job. Bei der Software-Entwicklung überholt demnach letztere den Kollegen aus Fleisch und Blut. Bei den Juristen nähert sie sich bei vielen Aufgaben den Leistungen menschlicher Experten an, das Gleiche gilt im Finanz- und Assekuranzwesen. Auch Redakteuren stehen harte Zeiten bevor – hier leistet die KI bei der Erstellung von Inhalten mehr als der Mensch. Wirtschaftsingenieure und Apotheker haben indes noch nicht viel von ihr zu befürchten, so die Diagramme.

Auch wenn der angelegte Maßstab für „Leistung" fraglich sein mag, Geschwindigkeit und Qualität künstlicher Arbeit nehmen zu und bahnen neue Entscheidungswege. Der lettische KI-Experte Roman Yampolskiy geht sogar von der Übernahme von 99 Prozent aller Jobs durch KI bis 2030 aus – zumindest theoretisch, als Möglichkeit. Bisherige Forschungen jenseits der Euphorie der KI-Betreiber zeigen indes noch kaum Jobverluste, sondern meist Ergänzungen – noch. *SV*

MELDUNGEN

Gezerre um EU-Fonds

Brüssel – Frankreich und Deutschland lehnen im Rahmen der Verhandlungen über den neuen EU-Industriefonds eine geografische Verteilung der Mittel ab. Der Fonds mit 234 Milliarden Euro ist als zentraler Bestandteil des künftigen mehrjährigen Finanzrahmens der EU von 2028 bis 2034 geplant. Deutschland, Frankreich und weitere Nettozahler wie die Niederlande, Schweden, Finnland und Österreich haben sich gegen einen „geographischen Ausgleich" positioniert. EU-Staaten wie Polen, Tschechien, die Slowakei und Portugal wollen dagegen, dass wirtschaftlich schwächere Staaten einen festen Anteil am EU-Industriefonds erhalten. Frankreichs Industrieminister Marc Ferracci erklärte, der Fonds müsse sich am „Leistungsprinzip" orientieren. Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) betonte, dass die Vergabe der Fondsmittel nach technologischer Exzellenz erfolgen müsse. *H.M.*

Bürger gegen Wasserstoff

Magdeburg – In einem Bürgerentscheid haben sich die Einwohner der Gemeinde Gardelegen in der Altmark gegen den Bau von Windkraftanlagen in einem Wald entschieden. Mit dem Bürgervotum wurde einem anderslautenden Stadtratsbeschluss eine Absage erteilt. Dieser Beschluss aus dem Frühjahr sah vor, dass Windräder im Wald zugelassen werden könnten, wenn mit ihrer Hilfe zusätzlich Wasserstoff produziert werden würde und die Bevölkerung vor Ort direkt davon profitiere. Das Unternehmen Energie Baden-Württemberg (EnBW) wollte in Gardelegen rund 40 Windräder und eine Anlage bauen, die jährlich rund 10.000 Tonnen Wasserstoff erzeugen sollte. Gardelegen entgehen nach Angaben von EnBW durch den Verzicht auf das Projekt jährlich rund 1,1 Millionen Euro für den städtischen Haushalt. Beim Bürgerentscheid stimmten 86 Prozent der Teilnehmer gegen das Windradprojekt, lediglich 14 Prozent dafür. *H.M.*

Rheinmetall blitzt ab

Reval – Estland hat den Vorschlag des großen deutschen Rüstungsunternehmens Rheinmetall zum Bau einer Fabrik für Großkalibermunition abgelehnt. Dies berichtet der estnische öffentlich-rechtliche Rundfunk ERR. Der estnische Verteidigungsminister Hanno Pevkur und Wirtschaftsminister Erkki Keldo bestätigten, dass Reval zwar eine Großkalibermunitionsproduktion im Land anstrebt, jedoch ohne eine Beteiligung von Rheinmetall. Mit den Nachbarländern Lettland und Litauen hat Rheinmetall den Bau entsprechender Fabriken bereits vereinbart. Laut Verteidigungsminister Pevkur wird Estland aber keine Steuergelder einsetzen, um ausländische Investoren anzulocken. Der Minister erklärte zudem, Estland konzentriere sich darauf, eine Ausschreibung abzuschließen. Demnach sollen bereits mehrere potentielle Partner bereitstehen, die sowohl Klein- als auch Großkalibermunition in dem baltischen Staat produzieren wollen. *H.M.*

KOMMENTAR

Trumpologie statt Kreml-Astrologie

HERMANN MÜLLER

Ganze Heerscharen von westlichen Politikwissenschaftlern, Journalisten und Geheimdienstlern waren zu Zeiten des Kalten Krieges damit beschäftigt, die Absichten der Sowjetunion zu deuten. Das Unterfangen, Entscheidungen Chruschtschows oder Breschnews vorauszusagen, glich einer „Kreml-Astrologie“. Angesichts einer notorischen Geheimhaltungsparanoia und undurchsichtiger Machtstrukturen herrschte ein Mangel an Informationen darüber, was hinter dem Eisernen Vorhang vor sich ging. Die Folge war oftmals ein vages Deuten statt fundierter Analyse.

Die frühere Kreml-Astrologie findet inzwischen ihr modernes Gegenstück in einer Art „Trumpologie“, einer Interpretation der Social-Media-Posts des US-Präsidenten Donald Trump. Problem ist diesmal nicht der Mangel an Informationen, sondern die Flut von Botschaften und Halbwahrheiten, die Trump vorzugsweise über seine Kurznachrichten-Plattform Truth Social in die Welt setzt.

Bereits während seiner ersten Amtszeit haben Trumps tägliche Kurzbotschaften auf Twitter immer wieder für Rätsel über seine Absichten, mitunter auch für gefährliche Irritationen gesorgt. Der demokratische Senator Chris Coons forderte Trump 2019 sogar auf, er solle das Twittern lassen: „Wir können keinen Präsidenten haben, der um 5 Uhr morgens etwas twittert, das seine Sprecher um 7 Uhr klarstellen müssen. Dann twittert er wieder um 9 Uhr. Und sein Außenminister muss um 10 Uhr zurückrudern. Das führt zu Chaos in unseren internationalen Beziehungen.“

Wildes Social-Media-Geposte

Derzeit wird gerätselt, wie Trumps optimistische Aussagen über einen möglichen Sieg der Ukraine zu interpretieren sind. Trump hatte im September gepostet: „Ich denke, dass die Ukraine mit Unterstützung der Europäischen Union in der Lage ist, zu kämpfen und die gesamte Ukraine in ihrer ursprünglichen Form zurückzuerobern.“

Trumps zusätzliche Erklärung, er habe sich mit der militärischen und wirtschaftlichen Lage der Ukraine und Russlands vertraut gemacht und sie vollständig verstanden, scheint auf einen echten Kurswechsel bei Trump hinzudeuten. Russland führe seit dreieinhalb Jahren einen Krieg, „den eine echte Militärmacht“ in weniger als einer Woche hätte gewinnen können. Im Kontrast dazu hatte der US-Präsident im Sommer von möglichen Gebietsabtretungen der Ukraine an Russland gesprochen. Entsprechend positiv reagierte Präsident Selenskyj auf Trumps positive Einschätzung der ukrainischen Erfolgsaussichten. Aus Sicht Selenskyjs hat es eine „große Kehrtwende“ gegeben.

Heimlich aus dem Staub machen

Eine ganz andere Deutung war jedoch aus Warschau zu hören. Polens Premierminister Donald Tusk sieht in Trumps optimistischen Aussagen zur Ukraine beispielsweise den Versuch, die Last für ein Ende des Krieges zunehmend Europa zuzuschieben. „Zwischen den Zeilen gelesen, zog sich der US-Präsident scheinbar von seinem Versprechen zurück, den Konflikt zu beenden“, warnte er. „Präsident Trump hat erklärt, die Ukraine könnte mit Unterstützung der Europäischen Union ihr gesamtes Territorium zurückerobern. Dieser überraschende Optimismus verbirgt ein Versprechen geringerer US-Beteiligung und eine Verlagerung der Verantwortung für die Beendigung des Krieges auf Europa“, warnte Tusk.

Auch die EU-Außenbeauftragte Kallas begrüßte zunächst Trumps Aussage zur Ukraine. Allerdings schwant offenbar auch ihr, Trump wolle sich aus dem Staub machen: „Er war derjenige, der versprochen hatte, das Töten zu beenden“, so Kallas. „Also kann es nicht an uns liegen.“ Der US-Professor John J. Mearsheimer äußerte im Interviewformat „Judging Freedom“ sogar den Verdacht, Trump gehe es angesichts der Kriegsentwicklung in der Ukraine darum, sich rechtzeitig vor späteren Vorwürfen in Schutz zu bringen, er habe die Niederlage der Ukraine zu verantworten. Auf breite Zustimmung dürfte wohl die Deutung des britischen Senders Sky News stoßen. Dieser kommentierte, unabhängig von der Motivation, die hinter Trumps Kurswechsel zur Ukraine steckt, bleibt der außenpolitische Kurs des US-Präsidenten unberechenbar.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chef vom Dienst: Jens Eichler; Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konto:
Commerzbank AG,
IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01,
BIC: COBADEFFXXX

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit fordern die Menschen im Osten der Republik *Bild: picture alliance/dpa/Jörg Carstensen*

ANALYSE

Ost und West nähern sich

PETER ENTINGER

Eine Auswertung des gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung zum Tag der Deutschen Einheit in der vergangenen Woche hat ergeben, dass sich die Löhne in Deutschland seit 2014 zwar angenähert haben, das Ost-West-Gefälle aber weiterhin deutlich ist.

Vollzeitbeschäftigte erzielten 2024 in Westdeutschland im Durchschnitt 4810 Euro brutto im Monat, in Ostdeutschland 3973 Euro. Der Abstand beträgt damit 17,4 Prozent. Seit 2014 ist diese Lücke um sieben Prozentpunkte geschrumpft, nachdem sie zwischen 1999 und 2014 nur um 1,6 Punkte gesunken war. Als treibender Faktor wird der Mindestlohn genannt, der 2015 eingeführt wurde und besonders viele Beschäftigte im Osten erfasst hat.

Der Studienautor und Lohnexperte Malte Lübker erklärte: „Beschäftigte in den ostdeutschen Bundesländern haben vom Mindestlohn überdurchschnittlich häufig profitiert – und zwar einfach, weil sich hier in den Jahren nach der Wende ein besonders großer Niedriglohnsektor ausgebreitet hatte.“ Zudem habe die Anhebung auf zwölf Euro die Entwicklung beschleunigt. Die Erhöhung des Mindestlohns im Oktober 2022 habe die Lohnentwicklung in Ostdeutschland noch einmal zusätzlich unterstützt.

Besonders deutlich zeigt sich der Angleichungseffekt am unteren Ende der Verteilung: Im April 2024 lag dort statistisch der Schnitt der Stundenlöhne im Osten bei 12,87 Euro und damit nur ein Prozent unter dem Westwert von 13 Euro, während der Abstand 2014 noch 17,5 Prozent betragen hatte.

Der Osten oft ohne Tarifbindung

Bereits beschlossene Erhöhungen des Mindestlohns auf 13,90 Euro zum 1. Januar 2026 und auf 14,60 Euro zum 1. Januar 2027 werden nach Einschätzung der Studie die Konvergenz weiter fördern. Für die große Mehrheit, deren Entgelte oberhalb der gesetzlichen Untergrenze liegen, gilt jedoch: Der Weg zu besseren Löhnen führt über Tarifverträge. Lübker konstatiert: „Mit Tarifvertrag sind die Löhne in vergleichbaren Betrieben etwa zehn Prozent höher, als wenn der Tarifvertrag fehlt.“ Viele Bereiche arbeiten bereits mit bundeseinheitlichen Tarifen, etwa Banken, Bahn oder Telekommunikation. Andere verhandeln regional, wobei die Unterschiede überschaubar sind. Das tarifliche Lohnniveau im Osten erreicht laut Auswertung inzwischen 98,5 Prozent des Westniveaus.

Problematisch wirkt allerdings die niedrigere Tarifbindung. In Ostdeutschland sind nur 41,7 Prozent der Beschäftigten tarifgebunden, in Westdeutschland 50 Prozent. Laut Studie unterbieten viele tariflose Arbeitgeber im Osten die Standards besonders deutlich, was die Angleichung ausbremst und die Kluft in tarifarmen Segmenten stabilisiert. Darüber hinaus gibt es ausgeprägte regionale Unterschiede zwischen den Bundesländern. Die Spannweite innerhalb der alten Bundesländer reicht etwa von Schleswig-Holstein mit durchschnittlich 22,15 Euro je Stunde bis Hamburg mit 26,88 Euro. Der resultierende Abstand von 17,6 Prozent entspricht in etwa dem Gefälle, das sich insgesamt bei den Stundenlöhnen zwischen West (26,56 Euro) und Ost (22 Euro) zeigt. Hier beläuft sich die Differenz auf 18,2 Prozent.

> „Mit Tarifvertrag sind die Löhne in vergleichbaren Betrieben etwa zehn Prozent höher ...!“

Die wissenschaftliche Direktorin des WSI, Bettina Kohlrausch, ordnet ein: „In Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, bleibt eine wichtige Aufgabe.“ Sie würdigt zugleich die Rolle der Gewerkschaften, was bei einem gewerkschaftsnahen Institut allerdings kein Wunder ist: „Die Gewerkschaften haben Pionierarbeit geleistet und eine Angleichung der Tariflöhne zwischen Ost und West weitgehend durchgesetzt.“

Nach Auffassung der Studienautoren kann eine stärkere Tarifbindung den verbleibenden Abstand verringern. Kohlrausch verweist in diesem Zusammenhang auf die politische Ebene: „Die Tarifbindung zu stärken, auch durch Maßnahmen wie wirksame Tariftreuegesetze, ist ein Beitrag zur inneren Einheit und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Im Kern beschreibt die Untersuchung damit zwei Hebel: Das gesetzliche Mindestlohn-Instrument, das am unteren Rand nahezu Parität geschaffen hat, und die Tarifpolitik, die im mittleren Lohngefüge ihre Wirkung entfaltet. Je weiter die Betrachtung von Mindestlohnnähe und bundeseinheitlichen Branchenstandards wegführt, desto häufiger treten strukturelle Unterschiede hervor, die mit regionaler Branchenstruktur, Betriebsgrößen und Tarifbindung zusammenhängen.

Der Datentrend seit 2014 zeigt eine beschleunigte Annäherung im Vergleich zu den 15 Jahren zuvor, in denen die Lücke nur in Trippelschritten kleiner wurde. Gleichzeitig verdeutlichen die aktuellen Monats- und Stundenwerte, dass der Rückstand im Durchschnittseinkommen dennoch bestehen bleibt und durch regionale Bandbreiten innerhalb des Westens zusätzlich überlagert wird. Aus Sicht der Autoren liegt der Fokus daher auf einem Dreiklang aus stabilen Mindestlohnpfaden, höherer Tarifbindung und der Durchsetzung tariflicher Standards, um Unterbietungswettbewerb in tariflosen Bereichen einzudämmen. Dies gilt besonders in Regionen mit geringer Tarifdichte und in Branchen, die traditionell von niedriger Entlohnung geprägt sind.

Wie wirkt sich der Mindestlohn aus?

Die Auswertung verweist darauf, dass sich der Nachholprozess im Osten nach Einführung des Mindestlohns beschleunigt hat, ohne die Kluft vollständig zu schließen. Ergänzend zeigt der Blick auf den unteren Einkommensteil, dass der gesetzliche Mindestlohn inzwischen weitgehend verhindert, dass sich neue tiefe Spalten öffnen. Für die mittleren Entgeltgruppen bleibt die tarifliche Ordnung der zentrale Mechanismus. Wo sie greift, ist die Differenz gering: Wo sie schwach ist, verfestigen sich Lohnunterschiede.

Damit gewinnt die Frage an Bedeutung, wie die Tarifbindung in ostdeutschen Betrieben gestärkt werden kann, ohne die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit zu konterkarieren. Die in Aussicht stehenden Erhöhungen des Mindestlohns liefern Planungssicherheit am unteren Ende und entfalten laut Ansicht der Autoren in Kombination mit Tarifabschlüssen eine Ankerfunktion. Die von Arbeitgeberseite und Wirtschaftsverbänden oft erwähnten Nachteile des Mindestlohns lässt die Studie jedoch außen vor.

Kein Sinn fürs „Lumpenvolk“

Vor 200 Jahren kam Conrad Ferdinand Meyer auf die Welt – Mit historischen Novellen wurde er zum Klassiker des Realismus

VON HARALD TEWS

Mit der deutschen Reichsgründung ging auch der Stern von Conrad Ferdinand Meyer auf. Vor dem Hintergrund des patriotischen Überschwangs bei der Entstehung des deutschen Nationalstaats gelang ihm 1871 mit seinem Erstling, dem Versepos „Huttens letzte Tage“, eine Punktlandung. Der Kampf des bei Meyer im Sterben liegenden Humanisten Hutten gegen die römische Kirche und sein Traum von einem starken Kaisertum stießen im gerade erschaffenen deutschen Kaiserreich naturgemäß auf fruchtbaren Boden. Zwar spielt die Handlung im ausgehenden Mittelalter, aber man las sie als Fabel der Neuzeit.

Meyer besaß zwar große Sympathien für die Politik Bismarcks, doch als Schweizer Bürger lag es nicht in seiner Absicht, eine Lobeshymne auf das Deutsche Reich zu dichten. Sein Hutten-Epos war eher der Versuch einer Selbstbefreiung. Hinter der Maske des beichtenden Hutten steckt der Autor selbst, der nach einer langen Phase fruchtloser Existenz alle familiären Fesseln von sich wortreich abstreifte und Regent über sein eigenes kleines literarisches Herrschaftsreich wurde.

Meyer war bereits Mitte Vierzig, als seine Debüt-Erzählung erschien, mit der er dann auch zusammen mit seinen späteren historischen Novellen sowie – vor allem – dem Roman „Jürg Jenatsch“ den Rang eines deutschsprachigen Klassikers einnehmen sollte. Davor hatte er im Eigenverlag einige Gedichtsammlungen veröffentlicht, die aber unbeachtet blieben. Und ein unbeachteter gescheiterter Autor wäre er wohl geblieben, wenn seine Mutter weiter über ihn gerichtet und ihn als gottlosen Versager bezeichnet hätte. Sie aber wählte 1856 den Freitod.

Die pietistische Frömmigkeit seiner Mutter brachte Meyer selbst an den Rand des Wahnsinns. 1852/53 hielt er sich ein halbes Jahr lang in der psychiatrischen Heilanstalt Préfagier auf, aus der er seelisch gefestigt wieder in die Züricher Oberschicht, in die er am 11. Oktober 1825 hineingeboren worden war, zurückkehrte. Sein Vater starb, als C. F. Meyer 15 Jahre alt war. Danach hatte er nur noch seine jüngere Schwester Betsy, die ihm Halt gab und nach dem Tod der Mutter zu Bildungsreisen nach Italien sowie Frankreich und ihn zum Dichten anspornte.

Zwei Jahrzehnte lang lebte er eheähnlich mit Betsy zusammen, was in der Welt der Züricher Patrizier nicht nur für Klatsch und Tratsch sorgte, sondern auch dafür, dass Meyer erst als 50-Jähriger „eine Million geheiratet hat“, wie es sein Schweizer Kollege Gottfried Keller neidvoll ausdrückte: Er ging eine standesgemäße Ehe mit einer reichen Züricherin ein.

Keller hatte im Übrigen keine gute Meinung von Meyer. In einem Brief an Theodor Storm nörgelte der Autor des Romans „Der grüne Heinrich“, dass er für ihn zum persönlichen Verkehr nicht geeignet sei, weil Meyer „voll kleiner Illoyalitäten und Intrigelchen steckt“. Anders als Keller, der seine Gabe „an niedrige Stoffe, an allerlei Lumpenvolk“ verschwende, würde Meyer nur mit der Historie arbeiten, dafür könne er „nur Könige, Feldherren und Helden brauchen“.

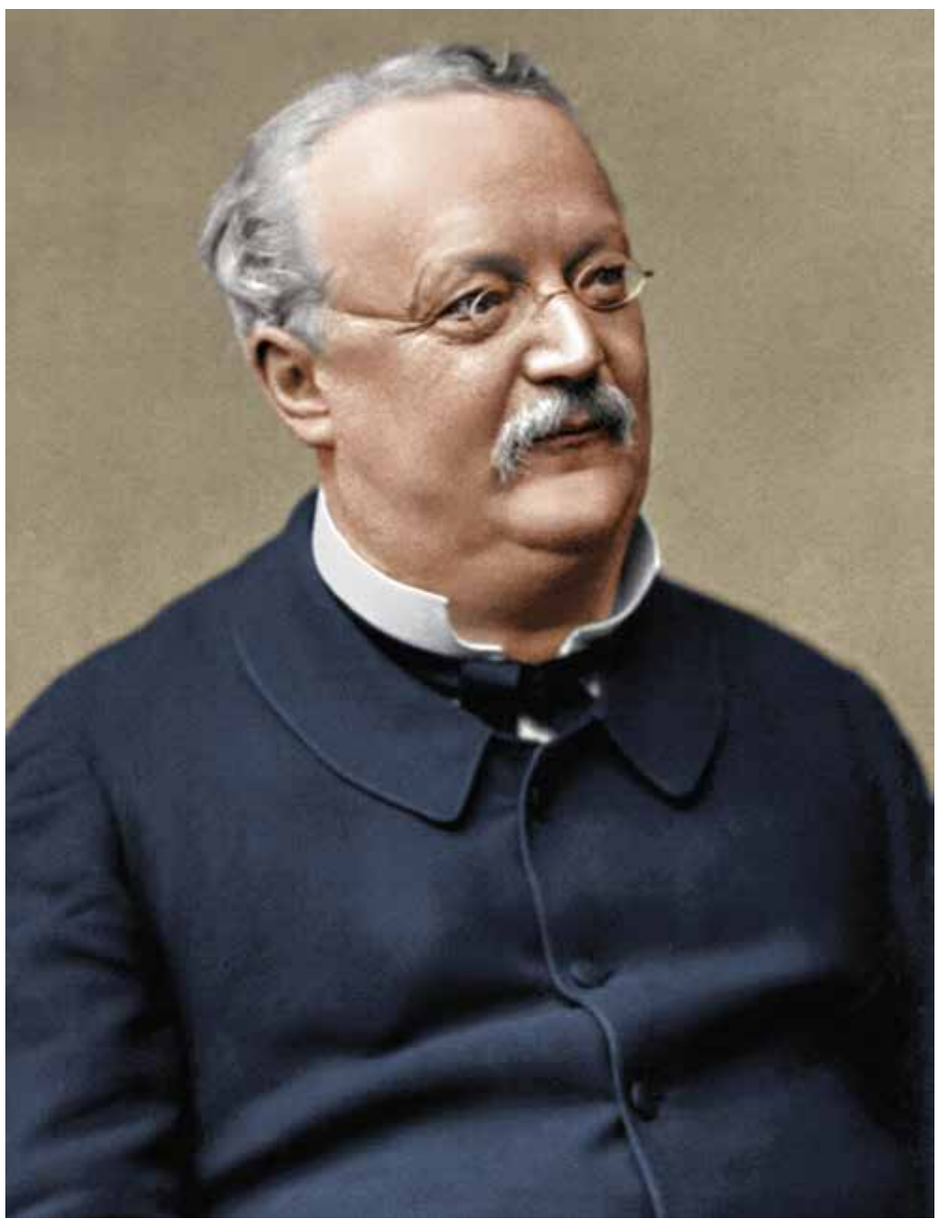


BILD: AKG-IMAGES

„Voll kleiner Illoyalitäten und Intrigelchen“: Conrad Ferdinand Meyer

Hauptwerk „Jürg Jenatsch“

In Meyers Novellen besteht die Kulisse tatsächlich aus der feudalen Welt des Mittelalters („Der Heilige“ über Thomas Becket, „Die Richterin“), der Renaissance („Plautus im Nonnenkloster“, „Die Hochzeit des Mönchs“, „Die Versuchung des Pescara“, „Angela Borgia“), der Hugenottenkriege („Das Amulett“), des Dreißigjährigen Kriegs („Jürg Jenatsch“, „Der Schuß von der Kanzel“, „Gustav Adolfs Page“) oder der Zeit Ludwigs XIV. („Das Leiden eines Knaben“). Bemerkenswert ist, dass man Meyer mit seinen historischen Werken stilistisch dem literarischen Realismus zuordnet. Andere große realistische Autoren wie Balzac und Flaubert in Frankreich, Dickens in England, Tolstoi und Dostojewski in Russland, Fontane in Deutschland und selbst Keller in der Schweiz haben sich hingegen eher zeitgenössischen Themen – um nicht zu sagen: der gesellschaftlichen Realität – gewidmet.

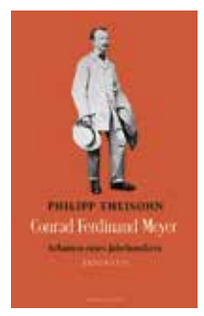
Die Realität wird in Meyers Werken dennoch nicht ausgeblendet. Weil sich Meyer in seinen historischen Figuren selbst spiegelt, könnte man von einer inneren, einer psychologischen Wirklichkeit sprechen, die ihn auf eine Stufe stellt mit den beiden anderen großen Schweizer Klassikern des 19. Jahrhunderts: den volkstümlichen Jeremias Gotthelf („Die schwarze Spinne“) und Meyers Intimfeind Gottfried Keller.

All die Ambivalenzen, Minderwertigkeitskomplexe und religiösen Widersprüchlichkeiten, die Meyer prägten, finden sich auch in seinen Werken. In seiner Erstlingsnovelle „Das Amulett“ (1873) entdeckt man den religiösen Fanatismus, dem sich Meyer in der Familie ausgesetzt sah. Hier ist es ein Schweizer Protestant, der in Frankreich nach der Bartholomäusnacht ausgerechnet von einem Katholiken vor dem Tod bewahrt wird. Solche Paradoxien bilden das Spannungsgerüst aller seiner Werke. Im Hauptwerk „Jürg Jenatsch“ wechselt die historische Gestalt des „Retters Graubündens“ die Seiten von den Franzosen zu den Habsburgern, um seine Heimat letztlich von beiden Mächten zu befreien, wobei er dafür mit dem Tod bestraft wird.

Autobiographische Züge kann man auch in „Die Richterin“ entdecken, in der sich die Hauptfigur – wie Meyers Mutter – selbst richtet und in der es um ein scheinbar inzestuöses Verhältnis zwischen Tochter und Sohn geht. Betsy lässt aus der Ferne grüßen. „Wenn du ledig bleibst, so will ich mir ein ruhiges Leben an deiner Seite als die größte Seligkeit ausgebeten und bestellt haben“, träumte Meyer in einem Brief an sie.

Keine Frage: Meyer muss unbedingt wieder mehr gelesen werden. Der Schweizer Germanist Philipp Theisohn versucht uns mit einer neuen Biographie diesen 1898 gestorbenen Klassiker wieder näherzubringen, den wir zwischenzeitlich leider ein wenig aus den Augen verloren haben.

Aktuelle Buchneuerscheinungen



Philipp Theisohn, **Conrad Ferdinand Meyer: Schatten eines Jahrhunderts. Biografie**, Wallstein Verlag, Göttingen 2025, 543 Seiten, 38 Euro,

– C. F. Meyer, **Der Heilige**, (Hg. von Philipp Theison), Reclam Verlag, Stuttgart 2025, 204 Seiten, 6 Euro

– C. F. Meyer, **Das Amulett**, (Hg. von Alexander Honold), Reclam Verlag, Stuttgart 2025, 111 Seiten, 4,40 Euro

KRIMI

Ganz nach dem Geschmack von Hollywood

Vor 100 Jahren wurde der US-Krimiautor Elmore Leonard geboren – Viele seiner Krimis wurden verfilmt

In seinen Romanen gibt es keine Helden und keine Langeweile. Dafür jede Menge skurrile Typen und meisterhafte Dialoge. Die „New York Times“ (NYT) nannte Elmore Leonard, der am 11. Oktober 1925 in New Orleans geboren wurde, den „coolsten Hipster der Kriminalliteratur“. Sein Werk umfasst fast 50 Western- und Kriminalromane und ungefähr genauso viele Drehbücher.

Wer seine Bücher nicht gelesen hat, ist ihm vielleicht im Kino begegnet. „Schnappt Shorty“ wurde 1995 mit John Travolta und Danny DeVito in den Hauptrollen verfilmt, „Out of Sight“ drei Jahre später mit George Clooney und Jennifer Lopez. Am bekanntesten ist aber wohl „Jackie Brown“ (1997) mit Quentin Tarantino als Regisseur und Pam Grier, Samuel L. Jackson und Robert De Niro als Darsteller.

Während andere große Autoren mit einem Helden oder zumindest Antihelden aufwarten, spielen Supermänner, Privatdetektive oder Polizisten bei Leonard keine große Rolle. Auch Fans des britisch geprägten Rätselkrimis kommen bei dem 2013 verstorbenen Schriftsteller nicht auf ihre Kosten.

Warum also Elmore Leonard lesen? Leser, die sich eher für Atmosphäre, für die Schilderung unterschiedlicher sozialer Milieus und für ganz normale Menschen, die in ungewöhnliche Situationen geraten, interessieren, kommen bei ihm auf ihre Kosten. Und natürlich Leser, die es mögen, wenn ein Autor schnell zur Sache kommt. Seine zehn Schreibregeln zeigen seine Vorliebe fürs Weglassen und für die Konzentration aufs Wesentliche. Seine Romane bestehen fast nur aus Dialogen. Weitschweifige Beschreibungen findet man nicht. Leonard legt viel Wert auf ein konstant hohes Erzähltempo.

Der Klappentext zu seinem Roman „Rum Punch“, der Vorlage von „Jackie Brown“, zitiert die „NYT“ mit dem Lob, Leonard sei der „beste Krimiautor unserer Zeit, wenn nicht sogar aller Zeiten“. Dem ehemaligen Werbetexter Leonard hätte dieser Satz vielleicht gefallen, weil er pures Marketing ist. Der coole Lakoniker mit dem Sinn fürs Understatement hätte aber wahrscheinlich Abstand von solcher Lobhudelei genommen. Der Satz ist natürlich Unsinn. Denn wie will man messen, ob Leonard besser ist als Agatha Christie, Arthur Conan Doyle, Raymond Chandler oder Georges Simenon? So wie einem nicht täglich ein Steak schmeckt, kann man sich auf Dauer auch an den szenisch erzählten Romanen des „King of Cool“ (Alf Mayer) satt lesen und braucht dann etwas Abwechslung.

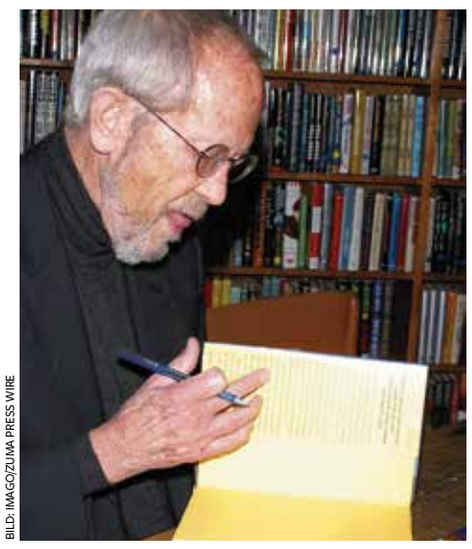


BILD: IMAGO/ZUMA PRESS WIRE

Beim Buchsignieren: Elmore Leonard

Drei seiner Romane sind im deutschen Sprachraum derzeit beim Kampa-Verlag erhältlich. Alf Mayer schreibt in seinem Werk über Leonard, Schauspieler wie Burt Lancaster, Clint Eastwood oder Charles Bronson hätten sich um Rollen in einem Elmore-Leonard-Stoff gerissen, weil er so gute Dialoge schrieb. Der Witz, die Ironie und die Freude am Leben in seinen Romanen sei nichts für Menschenfeinde. Serienkiller und blutrünstige Schilderungen findet man in ihnen ebenfalls nicht. Gerade in so ernsten Zeiten wie den unseren kann der Genuss eines Krimis aus der Feder von Elmore Leonard also vielleicht ein bisschen Lebens- und Lesefreude bereiten. *Ansgar Lange*

MELDUNGEN

Kollwitz ganz neu gesehen

Köln – Nach einer knapp drei Jahre dauernden Renovierung wird das Käthe-Kollwitz-Museum am Neumarkt 18–24 in Köln am 11. Oktober mit der Ausstellung „Kollwitz. Neu sehen“ wiedereröffnet. Bis 15. März präsentiert es Zeichnungen, Druckgraphiken und Plastiken in neuer Hängung. Neu hinzugekommene Werke ergänzen die Schau und erweitern den Blick auf das Schaffen der Königsberger Künstlerin. Internet: www.kollwitz.de *tws*

Letzte Fotos vom Künstler

Berlin – Am 11. Oktober eröffnet das Kolbe-Museum, Sensburger Allee 25 in Berlin, die Ausstellung „Liaisons“. Zu sehen sind die letzten Fotografien des Bildhauers Georg Kolbe durch seinen Freund Herbert List. *tws*

UNTERHALTUNG

„Yps“ wird 50 – eine Comic-Ikone mit Zugabe

Ein fröhlicher Blick zurück auf Gimmicks, Kult und ein paar Krebse

VON STEFAN PIASECKI

Der Name klingt wie lästiger Schluckauf, doch dahinter verbirgt sich eine Einzigartigkeit, ein Stück Kultur der besonderen Art. Denn wer erinnert sich nicht an die Hefte mit dem roten „Y“ vor gelbem Grund? Auf dessen Titel immer ein kariertes Känguru seine Späße trieb und irgendetwas mit einem Gimmick anstellte, dem festen Bestandteil eines jeden „Yps“-Heftes. Am 13. Oktober 1975 erschien das erste offizielle Heft – und war sofort ein Megakracher.

Keine Zeitschrift hatte bis dahin Spielzeugbeilagen geliefert, „Yps“ jedoch setzte genau darauf. Gimmicks – kleine Mini-Wunderstücke zum Basteln, Zusammenstecken, Ausprobieren, Staunen und Entdecken. Vor 50 Jahren also erblickte das Kultmagazin das Licht der Welt und wurde schnell zum festen Bestandteil unzähliger Kindheiten. Diese einzigartige Mischung aus witzigen Comics und legendären Gimmicks machte „Yps“ zum Erfolg. Aber nicht nur das. Die „Yps“-Gimmicks waren nicht bloß Spielzeuge, sondern regten vor allem die Phantasie an und schufen Interesse an Experimenten und naturwissenschaftlichen Beobachtungen. Eierbäume konnten gezüchtet werden, Solarballons stiegen in den Himmel, „astronomische“ Fernrohre erlaubten den Blick in die Sterne. Die Roboterhand ließ Mechanik und Muskelspiel verstehen, Abenteuer- und Detektivserien verpflanzten die Spannung verrieselter TV-Schirme der 70er und 80er in die Nachbarschaft.

Der persönliche und damit unvergessliche „Yps“-Moment des Autors ereignete sich im Sommer 1976 mit einem Pfennig-Katapult. Die lange Zugfahrt in die Ferien musste überbrückt werden, da kam das einzige Heft mit Beilage gerade richtig.

Die verrücktesten Gimmicks

Nicht anders erging es Martin Tazl aus Duisburg. Er war in seiner Kindheit nicht nur „Yps“-Fan, sondern zeichnete später selbst für das Heft. „‚Yps‘ war für meine Kindheit und Persönlichkeitsentwicklung ein wichtiger Einfluss. Ich habe oftmals rund um die Uhr über die Gimmicks oder die Inhalte des Hefts nachgedacht. Manchmal saß ich in der Grundschule im Unterricht und war nur in Gedanken, nach der Schule direkt mit meinen Freunden mit unseren ‚Yps‘-Sachen weiterzuspielen. ‚Yps‘ hat uns alle geprägt. Alle.“

Von Mondautos über eckige Eier bis hin zu Agentenausrüstungen – „Yps“ war für seine meist skurrilen Beilagen berüchtigt. Manche waren genial, andere eher … naja, sagen wir mal kurios oder interessant. Jeder Fan kennt sie, die Urzeitkrebse. Daneben die Schwarzlicht-Lampe, die Solar-Uhr, ein Backpulver-U-Boot, unvergessen auch die Spionagebrille mit Rückspiegel und Spaßartikel wie Eiswürfel aus Plastik mit Fliegen drin. Nicht immer funktionierte alles wie beschrieben, aber immer waren die Gimmicks vielfältig. Und weil sie oft erst zusammengebaut werden mussten, schulten sie nicht zuletzt auch die Fingerfertigkeit. Zusätzlich wurden in der Anfangszeit exklusive Bastelbögen veröffentlicht – manche so anspruchsvoll wie Profimodelle.

Vielfalt boten aber nicht nur die begehrten Gimmicks, die mehr und mehr zu Sammlerstücken wurden, sondern auch die verschiedenen Serien, die dort ihren Auftritt hatten und dadurch in Deutschland oft überhaupt erst bekannt wurden. Für den späteren Comiczeichner Tazl inhaltlich und stilistisch fast wie eine erste Ausbildung.

„Meine Lieblingscomics waren damals Micky Maus, Donald Duck, Asterix, Clever & Smart, aber auch schon sehr früh Science-Fiction- und Fantasy-Comics, wie zum Beispiel Krieg der Sterne, die später nur noch Star Wars genannt wurden. Aber auch Sigma Gigantik, Conan, Storm, ebenso realistische Comicstories wie Bruno Brazil und vieles mehr gehörte zu meinem Lesestoff. In den 70ern und 80ern gab es neben ‚Yps‘ verschiedene regelmäßige Comic-Kompendien wie ‚Zack‘, wodurch wir es gewohnt waren, hierdurch Einblicke in noch ganz andere Comicserien zu bekommen, die uns sonst unbekannt blieben. Speziell in ‚Yps‘ mochte ich Percy Pickwick und Geister GmbH aufgrund ihres Zeichenstrichs sehr.“

Eigenserien wie Yps & Co., Yinni & Yan oder Gespenster GmbH und eingekaufte wie Captain York oder Robin Ausdemwald prägten das Heft. Dazu gab es manche Hintergrundreportagen. Genau das machte den Reiz aus: Die Geschichten unterhielten und inspirierten. Sie belehrten nicht, weckten aber das Interesse auch an gesellschaftlichen Themen. Die rasenden Reporter Yinni & Yan – und Yorick natürlich – waren in Deutschland sowie international unterwegs und zeigten damit auch fremde Kulturen. Pif der Hund und die Katze Hercules erlebten ihre Späße. Vom Ausland lizenzierte Fortsetzungsserien aus dem Wildwest- oder Rittergenre waren nicht jedermanns Sache. Yinni & Yan sowie die Abenteuer des Kängurus Yps selbst waren die Favoriten. Der Charakter des Kängurus übrigens blieb unverständlicherweise sehr oberflächlich. Erst Comic-Zeichner Martin Tazl schuf ihm und seinen Freunden ein kleines Universum.

„Als ich im Jahr 2013 als Zeichner zu ‚Yps‘ stieß, hatte ich nur ein kreatives Ziel: Ich wollte Yps, Kaspar, Patsch und Willy das geben, was ihnen über Jahrzehnte leider verwehrt geblieben war: Eine eigene Historie, eine Lebenswelt mit festen Nebencharakteren, Nebenschauplätzen, einer eigenen Storylogik und nicht zuletzt eine charakterliche Ausarbeitung der vier Hauptpersonen. Mich störte es schon als Kind, dass die Hauptfiguren des ‚Yps‘-Hefts immer nur mit einem Einseiter oder Zweiseiter abgefrühstückt und storytechnisch vernachlässigt wurden. Sie wurden so beliebig eingesetzt, das wollte ich anders angehen.“

Hochzeit und Niedergang

In den 70ern und 80ern war „Yps“ auf dem Höhepunkt seines Erfolges. Millionenauflagen waren völlig normal. Doch die ersten Heimcomputer VC20 und C64 boten neue Ablenkung der digitalen Art. Viele Bastler von einst wurden jetzt Hobbyprogrammierer. Die deutsche Vereinigung stabilisierte noch einmal die Auflage, ab den 90ern begann aber dann langsam der Niedergang. Neue Medien und veränderte Interessen der Kinder führten zu immer weiter sinkenden Verkaufszahlen. Bis 2000 erschien „Yps“ regulär – eingestellt wurde es jedoch mit Heftnummer 1253 am 10. Oktober 2000, drei Tage vor dem 25. Jubiläum.

Trotz mehrerer Relaunches konnte der alte Glanz danach nie wiederhergestellt werden. Zwischen 2005 und 2017 gab es mehrere Rückkehrversuche – 2005/2006 erschienen einige Testhefte, 2012 bis 2017 kam es regelmäßig als Magazin für Erwachsene – doch 2017 war definitiv Schluss, von einer Ausnahmeausgabe 2022 abgesehen. Tazl findet:

„Die Jahre mit ‚Yps‘ haben Spaß gemacht. Es war einfach ein überwältigendes Medieninteresse an unseren Stories mit Seitenhieben gegen die einen oder anderen Prominenten, die ich darin verbaut hatte. Ich bin dankbar, dass ich die Möglichkeit bekam, einem meiner Kindheitscharaktere in einer späteren Lebensphase genau das geben konnte: Leben.“

Das wertvollste Heft

Heute sind viele alte „Yps“-Hefte begehrte Sammlerobjekte. Je älter und besser der Zustand, desto höher der Preis. Welches das wertvollste Heft ist, darüber streiten sich manche Fans. Ist es die Erstausgabe von 1975 oder die mit dem Snowtrooper von Star Wars? Denn dieses Heft Nr. 510 gilt als Krönung – rar, begehrt und teuer. Vollständige Hefte mit eingeschweißtem Gimmick in Topzustand können mehrere hundert Euro einbringen.

Die Serie wurde von 1975 bis 2000 durch Gruner & Jahr in Hamburg verlegt und kehrte in mehreren Relaunches zurück – als ein Spross des Ehapa-Verlages – heute Egmont Ehapa Media GmbH –, der durch Micky Maus reich und mächtig geworden war und vielleicht deshalb das Gedenken an „Yps“ nicht ganz so hochhält, wie von dessen Freunden erträumt. Ob es ein weiteres Comeback geben wird, ist unklar, aber die Fangemeinde hofft darauf. Genaues weiß auch Tazl nicht.

„Ich verfüge über keine Kristallkugel, nur über eine Glatze, von daher kann ich leider ebenso wenig in die Zukunft sehen, was mit ‚Yps‘ in Zukunft passieren wird — wenn überhaupt noch was damit geschieht — von markenrechterhaltenden Alle-paar-Jahre-Nummern mal abgesehen. Solche Sachen werden schon noch erwartbar sein, damit die Rechte nicht irgendwann weg sind. Aber ob die Zeit der Zukunft noch Platz für ein in Folie eingeschweißtes Magazin mit Plastikspielzeug hat, steht in den Sternen. Sollte mein Känguru mich brauchen, steh ich zur Stelle.“

„Yps“ beweist: Kindheit war früher nicht nur bloßes Lesen – sondern Staunen, Basteln und Entdecken. Viele hätten sich vielleicht ohne „Yps“ anders entwickelt, wer weiß?

● **Das Jubiläums-Set:** Aktuell gibt es die Sonderausgabe – zwei Hefte, ein Super-Gimmick – wie abgebildet für 8,99 Euro im Zeitschriftenhandel zu kaufen.

HOCHADEL

Bayerns wohl bayerischste Königin kam in Berlin zur Welt

Glücklichen Ehejahren folgten schwere Schicksalsschläge – Vor 200 Jahren kam Prinzessin Marie von Preußen in Berlin zur Welt

Von 1848 bis 1861 herrschte in Deutschland die kuriose Situation, dass Preußen eine bayerische Prinzessin zur Königin hatte und Bayern eine preußische. Die Königstochter Elisabeth Ludovika von Bayern war die Tochter von Maximilian I. Joseph und die Ehefrau Friedrich Wilhelms IV. Die Königsenkelin Marie von Preußen war die Tochter von Wilhelm von Preußen, dem jüngsten Sohn von Friedrich Wilhelm II., und mit Maximilian II. Joseph verheiratet. Beide preußisch-bayerischen Ehen waren glücklich. Beide Frauen traten zum Glauben ihres Ehemannes über, und beide erlebten noch, dass sich nach dem Tod ihrer Männer deren Königreiche bekriegten.

Es gab jedoch einen wesentlichen Unterschied. Während Elisabeth Ludovika in Preußen nie heimisch wurde, liebten nicht nur die Bayern ihre hübsche, natürliche, praktische, unkomplizierte, volksnahe, freundliche, leutselige, gesellige, pflichtbewusste, sozial engagierte und auf ihren zahlreichen Reisen durchs Land viel Präsenz zeigende Königin aus Preußen, sondern umgekehrt auch diese ihre neue Heimat.

Vor allem die bayerischen Berge und das Bergsteigen hatten es Marie angetan. Sie gilt als eine der ersten adeligen Bergsteigerinnen und ließ sich sogar eine eher praktische als standesgemäße Bergsteigertracht einschließlich Hose anfertigen. Ihre Liebe zu den Bergen teilten ihr Ehrmann und auch ihre zwei Kinder.

Bayerische Schönheit: Marie von Preußen *Bild: Karl Joseph Stieler/Wikimedia:*

Ähnlich wie die legendären Monarchengattinnen Königin Luise von Preußen und Kaiserin Elisabeth von Österreich hatte die vor 200 Jahren, am 15. Oktober 1825, in Berlin geborene Königin Marie von Bayern das Glück, sowohl ohne materielle Not als auch ohne große gesellschaftliche Zwänge aufzuwachsen. Noch vor ihrer Konfirmation verliebten sich sie und Bayerns 14 Jahre älterer Kronprinz Maximilian ineinander. 1842 wurde geheiratet. Die beiden 1845 und 1848 geborenen Söhne Ludwig und Otto vervollständigten das Glück. Doch es blieb nicht so.

1848 dankte Maries Schwiegervater Ludwig I. ab, und sie und ihr Mann waren nun Bayerns Königspaar – einschließlich der damit verbundenen Pflichten. 1864 starb plötzlich und unerwartet ihr geliebter Ehemann. 1866 belastete der Deutsche Krieg das Verhältnis zwischen ihrer alten und ihrer neuen Heimat. Ihr eigener Sohn Ludwig beschimpfte sie als „preußische Gebärmaschine“. Im Gegensatz zu ihm begrüßte sie die Reichsgründung von 1871. 1878 wurde ihr Jüngster entmündigt. 1886 ertrank ihr Ältester. Drei Jahre überlebte sie Ludwig. Am 17. Mai 1889 starb Marie auf Schloss Hohenschwangau. Sie mochte das Schloss. Es erinnerte sie an ihre Jahre mit ihrem Mann. *Manuel Ruoff*

BILDER (2): PICTURE ALLIANCE/EMPICS/JOE GIDDENS; WIKIMEDIA

Erregt über ihren Tod hinaus die Gemüter: Demonstrantin gegen die Eiserne Lady an deren Denkmal in Grantham

MARGARET THATCHER

Wie eine Krämerstochter Britannien umkrempelte

Die vor 100 Jahren geborene Premierministerin war eine Rekordpolitikerin. Die Deutschen mochte sie nicht

VON CLAUDIA HANSEN

Am 13. Oktober 1925, vor hundert Jahren, wurde in der unbedeutenden Kleinstadt Grantham in Lincolnshire Margaret Hilda Roberts geboren, die Tochter eines Krämers, methodistischen Predigers und Kommunalpolitikers. Schon als Kind galt sie als intelligent, fleißig und ehrgeizig. Margaret Thatcher, wie sie nach ihrer Eheschließung mit Denis Thatcher hieß, hat eine erstaunliche Karriere gemacht. Sie hat sich in der Männerwelt der Conservative Party durchgesetzt, hat 1979 gegen die Labour Party einen ersten triumphalen Wahlsieg errungen, der sie den Regierungssitz Downing Street 10 erobern ließ – als erste Frau in der britischen Geschichte. Dreimal gewann Thatcher nationale Wahlen. Sie regierte elfeinhalb Jahre, von 1979 bis 1990. Damit war sie der am längsten amtierende Regierungschef des Vereinigten Königreichs im 20. Jahrhundert, deutlich länger als Winston Churchill – der auf insgesamt neun Jahre kam.

Historiker haben Thatcher als „konservative Revolutionärin“ bezeichnet, weil sie die vorangegangene „sozialistische“ Wirtschaftspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg zurückrollte. Sie beendete die exzessive Macht der Gewerkschaften, privatisierte verstaatlichte Großunternehmen, schloss verlustmachende Kohleminen und Stahlwerke, deregulierte den Finanzsektor in der City of London. Bei den Linken war die konservative Reformerin Thatcher so verhasst, dass linke Gegner bei ihrem Tod 2013 auf den Straßen tanzten und das Lied „Ding dong, die Hexe ist tot“ aus dem Musikfilm „Der Zauberer von Oz“ spielten.

Ihre Anfänge waren bescheiden. Zwar gehörte die Familie zur Mittelschicht, doch die Wohnung in Grantham war klein und besaß nur eine Außentoilette. Mit viel Fleiß gelang es Margaret, ein Stipendium für ein Chemiestudium in Oxford zu gewinnen. Dort interessierte sich die junge Frau vornehmlich für Politik und engagierte sich in der Oxford University Conservative Association. Frauen wurden damals noch vielfach benachteiligt, sie durfte beispielsweise nicht Mitglied der Oxford Union werden.

Erste weibliche Amtsinhaberin

Thatcher war eine selbstbewusste Frau, von der linken Frauenbewegung, die besonders nach 1968 hervortrat, hielt sie sich aber fern. Sie sei eine moderne Hausfrau, die Familie und Karriere vereinbare, sagte sie. „In unserer Ehe habe ich die Hosen an, und ich wasche und bügele sie auch“, erklärte sie. Ihren weiblichen Charme setzte sie durchaus gezielt ein. Der französische Staatspräsident Francois Mitterrand war später einmal so angetan von der britischen „Iron Lady“ (Eisernen Lady), dass er über sie gesagt haben soll, Thatcher habe „die Augen von Caligula und den Mund von Marylin Monroe“.

Nach drei vergeblichen Anläufen als Tory-Kandidatin für einen Unterhaussitz war sie 1958 erstmals im Wahlkreis Finchley im Londoner Norden gewählt worden. Die junge talentierte Abgeordnete und glänzende Rednerin stieg bald auf. In der Regierung Heath war sie 1970 bis 1974 Bildungsministerin. Weil sie die kostenlose Schulmilch strich – um andere Kürzungen im Bildungswesen zu vermeiden –, bekam sie den Spitznamen „Thatcher, Milk Snatcher“ (Milchdieb).

Großbritanniens wirtschaftliche Lage verschlechterte sich in den 70er Jahren dramatisch. Nach dem „Winter des Missvergnügens“ 1978/1979, als radikale Gewerkschaften in den Ausstand traten und die Labour-Regierung machtlos erschien, gelang Thatcher im Mai 1979 ein triumphaler Wahlsieg. Der Versuch, die Wirtschaft zu stabilisieren, war schwieriger als gedacht. Die Inflation blieb hoch, die Arbeitslosigkeit stieg. Nur der Krieg um die Falklandinseln (Malvinen) nach dem Angriff der argentinischen Generäle, den Britanniens Kriegsmarine gewann, hat Thatcher aus dem Popularitätstief gerettet. Sie ging ein großes Risiko ein und gewann. Thatcher stand nun als mutige, strahlende Siegerin da und erlangte die Wiederwahl 1983.

Länger im Amt als Churchill

Thatchers Härte zeigte sich auch im Kampf gegen den marxistischen Bergarbeiter-Gewerkschaftsführer Arthur Scargill, der den Klassenkampf gegen die Konservativen predigte. Tausende Kohlekumpel streikten ein Jahr lang, um Kraftwerke und Industrie lahmzulegen, doch mussten sie erfolglos aufgeben. Trotz aller Proteste schloss die Thatcher-Regierung Dutzende unrentable Zechen. Sie privatisierte viele Großunternehmen wie British Steel, British Petroleum, Rolls-Royce oder British Airways. Ihre Kritiker sagen, dass Thatcher an der Deindustrialisierung Großbritanniens schuld sei. Dagegen förderte Thatcher den Dienstleistungssektor. Die Deregulierung der Banken- und Börsenbranche in der City of London mit dem „Big Bang“ 1986 löste einen Finanzboom aus.

In den späten 80er Jahren häuften sich die Konflikte mit Kabinettskollegen. Thatcher wurde zunehmend als herrisch, rechthaberisch und starrsinnig wahrgenommen. Viel Streit gab es um Europa. Thatcher hatte einst den Briten-Rabatt bei den EU-Beiträgen herausgeschlagen. Zunehmend wurde sie eurokritischer, die späteren Brexit-Anhänger beriefen sich auf ihre Warnung vor einem Superstaat. Der Konflikt mit ihrem langjährigen Mitstreiter Geoffrey Howe um das Europäische Währungssystem und sein Rücktritt als Außenminister erschütterte die Thatcher-Regierung 1990. Seine Rücktrittsrede trug letztendlich zu ihrem Sturz im November 1990 bei.

Thatcher hat ihr Land tief geprägt. Sie trug – in enger Partnerschaft mit Ronald Reagan – auch zum Sieg des Westens im Kalten Krieg bei. Mit Deutschland konnte sie wenig anfangen. Vergeblich hat sie sich gegen die Vereinigung gestemmt. Ihre Abneigung gegen die Deutschen steigerte sich bis zur Feindschaft. Sogar beim Wimbledon-Finale 1990 konnte sie ihr Ressentiment nicht verhehlen. Sie sei geradezu „besessen von ihrer Abneigung gegen die Deutschen“ gewesen, urteilte ihr Ex-Minister Douglas Hurd – und wollte deshalb unbedingt, dass Boris Becker verlor, was er auch tat. Die letzten Jahre nach ihrem Sturz, den sie als Verrat durch ehemalige Verbündete wertete, lebte Thatcher zunehmend zurückgezogen und teils vereinsamt bis zu ihrem Tod nach einem Schlaganfall im April 2013.

Noch heute ist Thatcher Hassfigur vieler britischer Linker. Eine Bronzestatue von ihr konnte man aus Angst vor Angriffen nicht auf dem Parlamentsplatz in London aufstellen. In Grantham, wo die Statue schließlich landete, warfen Gegner Eier auf sie. Auf der anderen Seite ist Thatcher bis heute die Säulenheilige der Konservativen Partei. Beim Parteitag in Manchester diese Woche haben sie ihrer Eisernen Lady gedacht. Selbst viele Kritiker gestehen zu, dass Thatcher in einer schwierigen Zeit bemerkenswerte Erfolge errungen hat.

„EMDEN“

Neuanfang nach dem Weltkrieg

Der Leichte Kreuzer „Emden“ war Deutschlands erster deutscher Kreuzernachbau nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg. In der Reichsmarinewerft Wilhelmshaven wurde das Schiff 1921 auf Kiel gelegt. Da das Versailler Diktat Deutschland nur wenige und nur kleine Kriegsschiffe erlaubte, versuchte die hoch entwickelte Industrienation, diese so modern und kampfkräftig wie möglich zu konstruieren.

So sollte der Leichte Kreuzer wie ein Großkampfschiff Doppeltürme erhalten. Da die üblichen Großkampfschiff-Doppeltürme für den Kreuzer, der gemäß Versailles nicht mehr als 6000 Tonnen verdrängen durfte, zu schwer waren, war die Entwicklung neuartiger Doppeltürme für kleinkalibrige Geschütze vorgesehen. Das verhinderte jedoch die Interalliierte Militär-Kontrollkommission (IMKK) der Siegermächte unter Hinweis darauf, dass Versailles die Entwicklung neuer Waffensysteme einschließlich Geschütztürmen verbiete. So erhielt die „Emden“ nur konventionelle Einzelgeschütze.

Am 7. Januar 1925 lief das Schiff vom Stapel. Vor 100 Jahren, am 15. Oktober 1925, wurde der erste Kreuzernachbau der neuen Reichsmarine feierlich in Dienst gestellt.

Nicht nur, dass das Schiff wegen des Verbots der Doppeltürme keinen Vorsprung hatte – durch die Vorgaben von Versailles waren Bewaffnung und Panzerung sogar deutlich leichter als bei Kreuzern dieser Größe üblich. Dadurch war das Kriegsschiff für einen ernsthaften Kriegseinsatz kaum geeignet. Für Schulungszwecke und Freundschaftsbesuche in aller Welt war die Kampfkraft jedoch groß genug. Und so ist die Vita des Schiffes in Friedenszeiten durch lange Reisen mit vielen Stationen geprägt.

Dafür war der Schiffsname „Emden“ optimal. Der 1909 in Dienst gestellte und 1914 auf Grund gesetzte Kleine Kreuzer gleichen Namens war nämlich im Ersten Weltkrieg nicht nur der erfolgreichste deutsche Kreuzer in überseeischen Gewässern gewesen, sondern auch wegen seiner Ritterlichkeit beziehungsweise der seiner Besatzung international berühmt geworden.

Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war zwar Schluss mit Freundschaftsbesuchen, doch die Nutzung als Schulschiff wurde ob der geringen Kampfkraft mit Unterbrechungen fortgesetzt. 1945 war die „Emden“ eines der letzten deutschen Wehrmachtsschiffe, das Königsberg vor der Eroberung durch die Rote Armee verließ. An Bord befanden sich die Särge des Ehepaares Hindenburg aus dem geräumten Tannenbergdenkmal. Sie wurden in Pillau der „Pretoria“ übergeben. Voller Flüchtlinge setzte die „Emden“ die Fahrt nach Kiel fort. Dort wurde sie durch Bomben schwer getroffen, in die Heikendorfer Bucht geschleppt und fünf Tage vor Kriegsende gesprengt. Ihre Reste wurden 1948 abgebrochen. *Manuel Ruoff*

BILD: US-BUNDESREGIERUNG

Leichter Kreuzer „Emden“ 1937

Ausdruck der Paranoia eines roten Diktators: Einer von 200.000 Bunkern aus der Zeit Enver Hodschas in Tirana *Bild: Kaufmann*

ALBANIEN

Ein kleines Land der großen Widersprüche

Tirana strebt nach der Mitgliedschaft in der EU: Der Balkanstaat hat in der Tat einiges zu bieten, wirft aber auch Fragen auf nach Korruption, Kriminalität und einem verdächtigen Investitionsstau

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Balkanstaat Albanien ist nur knapp so groß wie Brandenburg, kann aber dennoch auf eine streckenweise recht ruhmreiche Geschichte zurückblicken. So erhielt der Nationalheld Skanderbeg alias Gjergj Kastrioti wegen seiner Siege gegen die Osmanen von den Päpsten Calixtus III. und Pius II. die Ehrentitel „Vorkämpfer der Christentums“ und „Neuer Alexander“. Später versank das Land allerdings im Chaos, bis Ahmet Zogu sich zum König und damit einzigen muslimischen Monarchen in Europa erklärte.

Im Zweiten Weltkrieg versteckten die Albaner unzählige Juden – weniger als zehn davon fielen in die Hand der Nationalsozialisten. Dann wandelte sich Albanien unter Enver Hodscha zu einer grausam-bizarren roten Diktatur nach nordkoreanischem Muster. Der Besitz religiöser Bücher konnte im „ersten atheistischen Staat der Welt“ mit der Todesstrafe geahndet werden. Und wenn ein Albaner ins Ausland floh, musste seine Familie dafür drei Generationen lang Sippenhaft erleiden. Während der Hodscha-Zeit verkam Albanien zeitweise zum drittärmsten Land der Welt, in dem keine 2000 zivilen Autos fuhren. Das resultierte nicht zuletzt aus dem aufwendigen Bau von 200.000 Bunkern zur „Verteidigung“ gegen herbeihalluzinierte Feinde und dem Unterhalt einer Streitmacht von mehr als 300.000 Soldaten bei drei Millionen Einwohnern.

Im Anschluss an den Zusammenbruch des Kommunismus im Jahr 1990 sicherte sich die NATO die Militärbasen in dem strategisch günstig gelegenen Balkanstaat durch eine sukzessive, 1992 beginnende Einbindung in das Bündnis. Von besonderem Interesse waren und sind dabei die tief in den schützenden Fels getriebenen U-Boot-Bunker an der Adria sowie Militärflugplätze wie Berat-Kuçova. In Berat-Kuçova hat die NATO bislang schon 50 Millionen Euro investiert.

Laizistischer als deutsche Städte

Nachdem Albanien im April 2009 Vollmitglied der NATO wurde, reichte es seinen Beitrittsantrag beim Europäischen Rat ein. Dieser billigte die EU-Kandidatur im Juni 2014, womit Albanien offiziell als Bewerberland galt, wobei die Beitrittsverhandlungen dann aber erst am 19. Juli 2022 begannen. Die Mehrheit der Albaner begrüßt die Annäherung an die Europäische Union – und diese könnte ebenfalls von der Aufnahme des Landes profitieren.

Der bedeutsame Hafen von Durrës liegt am westlichen Ende des Paneuropäischen Verkehrskorridors, der die Adria mit dem Schwarzen Meer verbindet, und sollte keinesfalls unter die Kontrolle Chinas gelangen. Unternehmen der Volksrepublik sind schon zahlreich vor Ort präsent. Darüber hinaus besitzt Albanien etliche strategisch wichtige Bodenschätze wie Chrom, Kupfer, Erdgas, Nickel und Bauxit. Ebenso befindet sich das größte an Land gelegene europäische Erdölfeld, das von Patos-Marinz, in Albanien. Außerdem ist der Balkanstaat heute trotz seiner prekären Vergangenheit ein zuverlässiger Exporteur von Strom. Denn der kommt zu 97 Prozent aus grundlastfähigen Wasserkraftwerken statt aus Wind- und Solaranlagen.

Für Albanien spricht des Weiteren, dass es eine vergleichsweise junge, dynamische und zukunftsorientierte Bevölkerung besitzt. Das Durchschnittsalter liegt sieben Jahre unter dem EU-Mittel. Viele Menschen im Lande beherrschen mehrere Fremdsprachen – oftmals erlernt beim Dauerkonsum ausländischer Fernsehserien. So wurden gleich nach dem Sturz der Kommunisten Antennen aus leeren Coladosen gebastelt, um italienische Sender zu empfangen. Gleichzeitig ist der Beitrittskandidat ein Vorbild, was das entspannte Verhältnis zwischen den Religionen betrifft.

Zwar leben in Albanien neben Muslimen auch viele Christen und Atheisten, doch resultieren daraus keine nennenswerten Konflikte. Im Vergleich zu deutschen Metropolen wirken albanische Städte geradezu laizistisch. Im Straßenbild liegt das Verhältnis zwischen Miniröcken und islamischen Kopftüchern selbst am Tage des Freitagsgebets bei Hundert zu Eins. Albanien ist zudem der Hauptsitz des alevitischen Bektaschi-Ordens, der sonst überall auf der Welt von sunnitischen Moslems angefeindet wird.

Liegen lassen, bis Brüssel kommt

Andererseits gibt es auch schwerwiegende Gründe gegen einen EU-Beitritt. Die drei wichtigsten sind der auffällige Investitionsstau sowie Kriminalität und Korruption. In der Hoffnung, dass die EU später die Modernisierung der weitgehend maroden Infrastruktur finanziert, bleiben viele notwendigen Maßnahmen auf der Strecke. Wenn gebaut wird, dann vorrangig Hotels oder elegante Hochhäuser mit für Durchschnittsalbaner unerschwinglich teuren Wohnungen, wo oft Drogen- oder Schwarzgeld angelegt wird.

Welche Gewinne Drogenbanden erzielen können, zeigt das Beispiel Lazarat. Das Bergdorf war über Jahre das Zentrum der Cannabisproduktion in Albanien und erzielte jährliche Einnahmen von rund 4,5 Milliarden Euro, was dem Bruttoinlandsprodukt des Landes von 2002 entsprach. Es entzog sich lange Zeit jeder staatlichen Kontrolle und wehrte Polizeirazzien mit Maschinengewehren und Panzerfäusten ab. Die Korruption grassiert auf allen Ebenen der Gesellschaft bis hinauf in höchste Regierungskreise. Allerdings gilt Albanien nicht als das korrupteste Land Europas. Ungarn, Nordmazedonien, Serbien, die Ukraine, Weißrussland sowie Bosnien und Herzegowina rangieren im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International zum Teil deutlich weiter oben.

Im Fall eines EU-Beitrittes könnten auf viele Albaner schmerzhafte Veränderungen zukommen. Momentan ist das Land noch ein Steuer- und Abgabenparadies für Normalverdiener und Kleinunternehmer, das mittlerweile auch Einwanderer aus Italien und anderswo anlockt. Durchschnittseinkommen werden mit rund 6,5 Prozent besteuert, während die Sozialabgaben etwa elf Prozent ausmachen. Der Höchstsatz für die Einkommensteuer liegt bei 23 Prozent.

Gar keine Steuern zahlen Unternehmen mit Umsätzen unter 80.000 Euro. Nicht zuletzt deshalb nehmen die Albaner das Leben leicht, was sich beispielsweise darin äußert, dass ihr Land die weltweit höchste Zahl an Kaffeehäusern pro 100.000 Einwohner aufweist.

POLITIK

Vorreiter für die Welt – oder völliger Unfug?

Als erstes Land auf dem Globus hat Albanien eine Ministerin bekommen, die kein Mensch ist, sondern Künstliche Intelligenz

Sie nennt sich Diella, zu Deutsch „Sonne“, und trägt eine traditionelle albanische Tracht. So präsentiert sich die 17. Ministerin im Kabinett des albanischen Sozialdemokraten und früheren Kunstmalers Edi Rama, der jetzt zum vierten Mal in Folge an der Spitze der Regierung seines Landes steht. Allerdings ist Diella kein Mensch, sondern eine virtuelle Figur auf der Basis von Künstlicher Intelligenz, geschaffen von den US-amerikanischen IT-Unternehmen OpenAI und Microsoft.

Die Idee, Diella, welche vorher bereits als KI-Assistentin auf der Regierungswebsite e-Albania.al „arbeitete“, zur Ministerin für öffentliche Aufträge zu ernennen, stammt von dem für seine exzentrischen Ideen berüchtigten Rama höchstpersönlich. Albanien ist nach wie vor ein hochkorruptes Land, was auch dem EU-Beitritt im Wege steht, und Diella soll nun ohne Eigeninteressen und familiäre Verflechtungen – einzig und allein auf der Basis harter Fakten – über die Vergabe staatlicher Gelder entscheiden. Oder, um es mit den Worten Ramas zu sagen: Durch Diella könne Albanien das erste Land der Welt werden, in dem öffentliche Ausschreibungen „hundertprozentig ohne jede Bestechung verlaufen“.

Der Chef der oppositionellen Demokraten, Gazment Bardhi, hält das Vorhaben, dessen Umsetzung umgerechnet 180 Millionen Euro kosten soll, dennoch für kompletten Unfug. Nach der Verfassung müsse ein Minister ein albanischer Bürger im Alter von über 18 Jahren sein, der „geistig zurechnungsfähig“ sei: „Welche dieser Eigenschaften hat Ministerin Diella?“

Und der politische Kommentator Klodian Tomorri ätzte gar: „Wie ist es möglich, dass Edi Ramas Albanien, das nicht einmal Stifte und Streichhölzer zu produzieren vermag, es schafft, die größte Erfindung des Jahrhunderts zu machen, indem es das schwierigste Regierungsproblem der Welt löst? Und nicht zuletzt: Kann eine der korruptesten Regierungen Europas tatsächlich das universelle Heilmittel gegen Korruption erfinden?“

Abgesehen davon stellen sich natürlich etliche praktische Fragen. Wird Diella ausschließlich rational agieren? Bekanntlich treffen auch KI-Systeme falsche Entscheidungen. Darüber hinaus kann Diellas Programmierung dafür sorgen, dass nur bestimmte, von interessierten Kreisen erwünschte Ergebnisse herauskommen. Wer garantiert also die Unbestechlichkeit der Betreuer von Diella? Und was ist mit der rechtlichen, finanziellen und politischen Verantwortung für die Entscheidungen der Minister-KI? Liegt die bei OpenAI und Microsoft oder bei den übrigen Regierungsmitgliedern beziehungsweise beim Initiator Rama selbst? Kann der Premier Diella abschalten, wenn sie lästig wird?

Die „Ministerin“ wiederum gab in ihrer ersten „Rede“ vor dem Parlament in Tirana zu bedenken: „Manche haben mich als ‚verfassungswidrig‘ bezeichnet, weil ich kein Mensch bin. Ich möchte Sie daran erinnern: Die wahre Gefahr für Verfassungen waren nie Maschinen, sondern die unmenschlichen Entscheidungen der Machthaber.“ Damit sprach Diella auf jeden Fall schon einmal ziemlich weise Worte. *W.K.*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 41 · 10. Oktober 2025

HEILSBERG

Vorreiter in der Biotechnologie

Der Milchproduzent Polmlek errichtet im südlichen Ostpreußen eine hochmoderne Anlage

VON DAWID KAZANSKI

In Heilsberg entsteht derzeit eine Produktionsstätte, welche die Milchbranche europaweit aufhorchen lässt. Es handelt sich um die Innovation des Betriebs Polmlek, der mit der industriellen Gewinnung von Laktoferin beginnt. Unter dem Begriff Laktoferin ist ein außergewöhnliches Milchprotein gemeint, das aufgrund seiner vielfältigen Wirkungen oft als „rosafarbenes Gold“ bezeichnet wird.

Die neue Anlage, entwickelt in enger Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern der Universität für Lebenswissenschaften in Posen, markiert einen technologischen Durchbruch. Offiziell vorgestellt wurde das Projekt im September, die volle Produktionsaufnahme ist bis Mai 2027 geplant.

Die Kosten für die Errichtung der Linie belaufen sich auf zirka 19 Millionen Euro, davon stammen etwa sieben Millionen Euro aus EU-Fördermitteln im Rahmen eines EU-Programms für die Entwicklung der innovativen Wirtschaft.

Innovativ und zukunftsträchtig: Die Produktionsstätte von Polmlek in Heilsberg *Bild: Mateusz Szczodruch*

Neue Exportmöglichkeiten

Die Bedeutung dieser Neuerung ist enorm. Laktoferin besitzt immunmodulierende, antibakterielle, antivirale und entzündungshemmende Eigenschaften. Es wird als Zusatz in Säuglingsnahrung und Nahrungsergänzungsmitteln genutzt, findet Anwendung in der pharmazeutischen Forschung und etabliert sich zunehmend auch in der Kosmetikindustrie. Selbst in der Tierernährung gilt es als wertvoller Wirkstoff.

Die Produktion in Heilsberg stärkt somit nicht nur die polnische Wertschöpfungskette, sondern schafft auch neue Exportmöglichkeiten. Der Herstellungsprozess ist komplex und zeugt von modernster Biotechnologie: Aus Milch oder Molke wird Laktoferin durch mehrstufige Filtration und chromatographische Verfahren (physikalische Trennverfahren in der Chemie) isoliert, anschließend konzentriert und schonend getrocknet.

Durchbruch von Weltrang

Polmlek spricht von Reinheitsgraden bis zu 98 Prozent, was ein Niveau ist, das für ernährungsphysiologische und pharmazeutische Anwendungen entscheidend ist. Ein Blick nach Westeuropa zeigt, dass die Republik Polen mit dieser Einrichtung in einen exklusiven Kreis eintritt, denn derzeit existieren nur wenige Produktionsstätten, unter anderem in der Bundesrepublik, in den Niederlanden und in der Schweiz.

Mit Heilsberg wird die Republik Polen nun der vierte Standort in Europa sein, an dem dieses Premiumprotein in industriellem Maßstab entsteht. Für die gesamte Region stellt dieses Projekt eine neue industrielle Identität dar. Neben der traditionellen Milchwirtschaft entstehen Hightech-Arbeitsplätze, Forschungspartnerschaften und ein Innovationsimpuls, der die Stadt über die Grenzen der Republik hinaus bekannt machen könnte.

Branchenexperten bezeichnen die Investition bereits als möglichen Durchbruch von weltweitem Rang. Mit der steigenden Nachfrage nach funktionellen Proteinen und natürlichen Immunwirkstoffen positioniert sich Polmlek als europäischer Vorreiter. Sollte die Unternehmung im industriellen Maßstab wie geplant gelingen, könnte Heilsberg zum Zentrum für Laktoferin werden und damit zu einem Symbol für den erfolgreichen Wandel einer traditionellen Branche hin zur Biotechnologie der Zukunft.

ALLENSTEIN

Interessante Vorträge und anregende Diskussionen

Die LO lud zu ihrem 15. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongress ein

Am Vortag des 15. Deutsch-Polnischen Kommunalpolitischen Kongresses der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), der vom 4. bis 5. Oktober in Allenstein stattfand, begrüßte die Stadt an der Alle ihre Besucher mit strahlendem Sonnenschein und herbstlichen Farben.

Am Sonnabend trafen sich dann Vertreter der Kommunalpolitik, der Wissenschaft und der Kultur sowie die Kreisvertreter der Landsmannschaft und Vertreter der deutschen Vereine in der Republik Polen im Hotel Warmiński, um an der bereits zur Tradition gewordenen Veranstaltung teilzunehmen. In diesem Jahr stand sie unter dem Motto „Die Minderheiten in der Woiwodschaft Ermland und Masuren im Spannungsfeld der Politik“. Knapp 60 Teilnehmer waren der Einladung der LO gefolgt.

Dass das Thema Minderheiten angesichts der neuen Regierungen in beiden Ländern besondere Brisanz hat, bewiesen die vielen Nachfragen an die Referenten und die teils kontrovers geführten Diskussionen nach den Vorträgen sowie die intensiv geführten Gespräche am Rande der Veranstaltung.

Hielten einen multimedialen Vortrag: Wolfgang Freyberg (2.v.r.) und Gabriela Blank ziehen einen Bogen von der Tätigkeit der deutschen Vereine im südlichen Ostpreußen seit ihrer Gründung nach der politischen Wende bis heute *Bild: MRK*

Neben den deutsch-polnischen Beziehungen nach den Regierungswechseln in Deutschland und Polen, den bilateralen Konsultationen nach dem Zweiten Weltkrieg, der Gründung der ersten deutschen Vereine und Gesellschaften im südlichen Ostpreußen ging es auch um die Situation der Minderheiten in der Region.

Äußerst lebendige multimediale Vorträge galten kulturellen Aktivitäten deutscher und polnischer Organisationen, in denen über das Engagement zur Dokumentation, Archivierung und dem Erhalt des gemeinsamen Erbes berichtet wurde. Besonders hervorzuheben ist, dass sich seit einigen Jahren verstärkt jüngere Menschen, darunter auch Wissenschaftler, für die Geschichte der Region interessieren und mit ihrer Arbeit zum Erhalt des Wissens beitragen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

MELDUNGEN

Mehr Millionen möglich

Allenstein – Eine positive Nachricht erreichte die Stadt Allenstein vom Finanzamt. Nach den Zahlen aus dem Jahr 2024 haben deutlich mehr Arbeitnehmer ihre Einkommensteuer in Allenstein abgerechnet. 3500 neue Steuerzahler schwemmten umgerechnet knapp sieben Millionen Euro zusätzlich in den städtischen Haushalt, dank denen eine Kinderkrippe gebaut, zwei Schulen wärmegedämmt und Grünflächen geschaffen werden konnten. Gründe für den Zuwachs sind unter anderem die freie Fahrt für Kinder und Jugendliche im ÖPNV, für die die Eltern nachweisen müssen, dass sie in Allenstein Steuern zahlen, und eine Allenstein-Karte mit verschiedenen Vergünstigungen. Wie das Rathaus weiter mitteilt, leben in der Stadt faktisch bis zu 13.000 Personen, die ihre Steuer woanders abrechnen. Wenn die Hälfte davon dies in Allenstein täte, hätte die Stadt umgerechnet weitere zwölf Millionen Euro für ihre Aufgaben zur Verfügung. *U.H.*

Positive Eindrücke

Elbing – Im Sommer trafen sich in Elbing Studenten der Architektur aus der gesamten Republik, um die Stadt kennenzulernen und sich Gedanken über Prognosen und mögliche Szenarien der Entwicklung von Städten zu machen. „Uns hat die Geschichte und das architektonische Erbe der Stadt neugierig gemacht“, begründete Rozalia Solińska, die Mitorganisatorin der Arbeitsgruppe, die Wahl von Elbing als Tagungsort. Positive erste Eindrücke der Teilnehmer waren die Sauberkeit und gute Pflege der Stadt sowie neue Investitionen im Zentrum und die „avantgardistische Geschichte, die dort zu erahnen ist“. Gesamtpolnische Treffen von Studenten der Architektur gibt es seit 1997, sie sind aber das erste Mal in der Woiwodschaft Ermland-Masuren zu Gast. *U.H.*

Neue Nutzung der Kaserne

Allenstein – Die Dragonerkaserne an der Magazinstraße [Dąbrowski-Straße] in Allenstein erfährt derzeit eine Neubelebung. Die bisher leer stehenden Gebäude mit den heutigen Hausnummern 3 und 3a wurden Anfang August von der Stadt Allenstein an das Nordinstitut „Wojciech Kętrzyński“ verkauft. Das inzwischen auf Gemeindeebene denkmalgeschützte ehemalige Proviantamt mit über 1500 Quadratmetern bietet nach der dringenden Renovierung und Anpassung an die neuen Aufgaben Platz für eine erweiterte kulturelle Tätigkeit, insbesondere auch für Dauerausstellungen wie etwa zur Geschichte der Stadt Allenstein. Der Sitz des Instituts im polnischen Haus in der Partyzantów-Straße 87 beherbergt weiterhin Verwaltung und Bibliothek. Die Dragonerkaserne symbolisiert auch den Beginn der Revitalisierung des Kasernenviertels östlich der Alle und nördlich der Eisenbahn. *U.H.*

Wir gratulieren …

ZUM 109. GEBURTSTAG

Wiskandt, **Helene**, geb. **Rade**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 15. Oktober

ZUM 102. GEBURTSTAG

Wedler, **Betty**, geb. **Rosenwald**, aus Perkuhnen, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Grikschat, **Paul**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Ketterkat, **Kurt**, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Fritz, **Gertrud**, geb. **Pellenat**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Kuster, **Paul**, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Murner, **Edith**, geb. **Tempel**, aus Eckersdorf, Kreis Mohrungen, am 16. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Koslowski, **Horst**, aus Rostken, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Krüger, **Artur**, aus Lyck, Stradauner Chaussee 13, am 13. Oktober
Neumann, **Ewald**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Milani, **Maria-Theresia**, geb. **Schliebenow**, aus Lyck, Yorkstraße 34, am 15. Oktober
Sulewski, **Auguste**, geb. **Butkus**, aus Regeln, Ortsteil Regelnhof, Kreis Lyck, am 11. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bublies, **Erich**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober
Enzenbach, **Reingard**, geb. **Willuhn**, aus Iwenheide, Kreis Elchniederung, am 13. Oktober
Fahl, **Hans**, aus Worlack, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Oktober
Gorzolke, **Waltraut**, geb. **Fischer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Stubbe, **Gisela**, geb. **Buttgereit**, aus Wehlau, am 10. Oktober
Sulz, **Brigitte**, geb. **Palluck**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Zachow, **Helga**, geb. **Enskat**, aus Hellbrunn, Kreis Ebenrode, am 11. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Brock, **Gerda**, geb. **Olomski**, aus Neidenburg, am 15. Oktober
Donde, **Eva**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Hellwich, **Hans**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Jankuhn, **Jürgen**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 16. Oktober
Karweik, **Elfriede**, geb. **Czwalinna**, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 14. Oktober
Knüppel, **Christel**, geb. **Skrodulis**, aus Warschfelde, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Lehmann, **Elisabeth**, geb. **Artischewski**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Pogodda, **Lieselotte**, geb. **Dierks**, aus Treuburg, am 14. Oktober
Polkowski, **Ruth**, geb. **Rogowski**, aus Milucken, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Pretorius, **Ortwin**, aus Antonsdorf, Kreis Lötzen, am 11. Oktober
Rehagel, **Helga**, geb. **Pieper**, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Rydzewski, **Gerhard**, aus Lyck, am 10. Oktober
Schwulera, **Elsbeth**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 16. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Hochmuth, **Erika**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Klapschuweit, **Dieter**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Knoth, **Adelheid-Maria**, aus Lyck, am 10. Oktober
Krups, **Leonhard**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Stamm, **Albert**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Barthel, **Hildegard**, geb. **Sbresny**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 15. Oktober
Breuer, **Gertrud**, geb. **Koslowski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 13. Oktober
Buchholz, **Ingeborg**, geb. **Glowatz**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Fenske, **Annemarie**, geb. **Hagel**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 16. Oktober
Kaeber, **Sieglinde**, geb. **Lyhs**, aus Treuburg, am 12. Oktober
Karczewski, **Käthe**, geb. **Kayka**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Klein, **Christel**, geb. **Grudinski**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Kosmowski, **Christa**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 10. Oktober
Schlüter, **Irmgard**, geb. **Jacksteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Selinger, **Elsa**, aus Ebenrode, am 10. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartsch, **Walter-Otto**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. Oktober
Eggert, **Otto**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober
Gromberg, **Johannes**, aus Theerwisch, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Lemsch, **Adelheid**, geb. **Hartmann**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Mahnke, **Irene**, geb. **Kozian**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 15. Oktober
Prix, **Irmgard**, geb. **Bajorat**, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 14. Oktober
Sommerfeldt, **Reinhard**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Gester, **Hildegard**, geb. **Murach**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 15. Oktober
Giszas, **Erwin**, aus **Neufelde**, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober
Kenzler, **Heinrich**, aus Wehlau, am 11. Oktober
Kirschbaum, **Elfriede**, geb. **Preuß**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 16. Oktober
Krischek, **Helmut**, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Maletz, **Edith**, geb. **Krafzik**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 15. Oktober
Müller, **Hubertus**, aus Lyck, am 12. Oktober
Steinkraus, **Bernhard**, aus Neidenburg, am 15. Oktober
Syska, **Gerhard**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böttcher, **Agnes**, geb. **Gugat**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 11. Oktober
Dittmann, **Liesbeth**, geb. **Hoffmann**, aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 15. Oktober
Dosanjh, **Hannelore**, geb. **Rose**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Henning, **Dorothee**, geb. **Urbschat**, aus Rossitten, Kreis Fischhausen, am 13. Oktober
Heuer, **Gisela**, geb. **Hein**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 15. Oktober
Kebbedies, **Manfred**, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 16. Oktober
Mahmoud, **Ursula**, geb. **Buxa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Oktober
Maier-Rohde, **Hannelore**, geb. **Rohde**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 14. Oktober
Schliewe, **Ursula**, geb. **Waschkewitz**, aus Lyck, am 10. Oktober
Sölter, **Gerda**, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Oktober
Thieme, **Christel**, geb. **Joswig**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 13. Oktober
Wölck, **Inge**, geb. **Schön**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 16. Oktober
Zdrojkowska, **Margot**, geb. **Kowalski**, Kreisgemeinschaft Mohrungen, am 10. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Daumann, **Irmgard**, geb. **Eilers**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Hölger, **Kurt**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 13. Oktober
Hüsch, **Christel**, geb. **Artschwager**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Lukau, **Brigitte**, geb. **Skierle**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Müller, **Arved**, aus Kleinruten, Kreis Ortelsburg, am 13. Oktober
Plessa, **Christine**, geb. **Czymmek**, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober
Preuß, **Erich**, aus Reichensee, Kreis Lötzen, am 10. Oktober
Woitschikowski, **Eva**, geb. **Guszahn**, aus Skulbetwarren, Kreis Elchniederung, am 12. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Fritz, **Helmut**, aus Ebenrode, am 16. Oktober
Hargens, **Walter**, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 11. Oktober
Mahnke-Landmesser, **Marianne**, geb. **Dembeck**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 15. Oktober
Manske, **Ursula**, geb. **Sander**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, am 12. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Goerke, **Karl-Heinz**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 13. Oktober
Wischnewski, **Klaus-Dieter**, Kreisgemeinschaft Treuburg, am 16. Oktober

Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Termine 2025

6. bis 12. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
7. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (gT) in Wuppertal
8. bis 9. November: Ostpreußische Landesvertretung (gT) in Wuppertal

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 43/2025

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 43/2025 (Erstverkaufstag 24. Oktober) **bis spätestens Dienstag, den 14. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre **Unterstützung** in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – Mittwoch, 15. Oktober, 18.30 Uhr: **Elisabeth Mann Borgese – Botschafterin der Meere. Vortrag und Filmvorführung mit Prof. Eberhard Görner**, Eintritt: 5,– Euro. Anmeldung erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-lg.de.

Elisabeth Mann Borgese (1918-2002) war die jüngste Tochter des Literaturnobelpreisträgers Thomas Mann. 1933 floh sie mit ihren Eltern vor den Nationalsozialisten zunächst in die Schweiz und später in die USA. Im kalifornischen Santa Barbara kam sie mit dem Fachgebiet in Berührung, das fortan ihr ganzes Leben bestimmte: Meeresforschung. Als engagierte Teilnehmerin der UN-Seerechtskonferenzen setzte sie sich für den Schutz und die gerechte Nutzung der Ozeane ein. Mit ihrem Buch „Das Drama der Meere“, das in 13 Sprachen übersetzt wurde, machte sie weltweit auf die Bedeutung der Ozeane aufmerksam. Besondere Anerkennung fand sie als einzige Frau im renommierten „Club of Rome“ und als Gründerin des Internationalen Ocean-Instituts. Die Veranstaltung erinnert an eine außergewöhnliche Frau, die ihr Leben den Weltmeeren widmete – und deren Einsatz heute aktueller denn je ist.

Prof. Eberhard Görner, 1944 in Niederwürschnitz im Erzgebirge geboren, ist Autor, Dramaturg und Regisseur. Er studierte Germanistik und Geschichte an der Pädagogischen Hochschule Leipzig sowie Regie und Dramaturgie an der Filmhochschule „Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg. Er ist Mitbegründer, Dramaturg und Autor der Reihe „Polizeiruf 110“ im Fernsehen der DDR. Görner verfasste zahlreiche Drehbücher für Film und Fernsehen, unter anderem zu Werken von Christa Wolf und Thomas Mann. Viele seiner Arbeiten wurden mit Preisen ausgezeichnet. 1998 wurde er von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden zum Honorarprofessor für Bewegtbildmedien berufen, wo er bis heute lehrt. Seit 2005 ist er Mitglied der Deutschen Filmakademie. Im Ostpreußischen Landesmuseum präsentiert Görner das von ihm 1996 in Nidden/Litauen und Halifax/Canada gedrehte Filmporträt der Tochter von Thomas Mann.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg

Schutz der Meere: Elisabeth Mann Borgese *Bild: Guido Niedergesäß*

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung einer überaus erfolgreichen Jugendkulturmaßnahme der LOW Bayern: Schüler aus Neidenburg und Allenstein besuchen Rothenburg ob der Tauber *Bild: Leander Holzer*

Baden-Württemberg

Vorsitzender: Dr. Georg Müller, Adolf-Sautter-Straße 41 a, 75181 Pforzheim, Telefon (0178) 1744376, E-Mail: georg.mueller.web@freenet.de

Jahreshauptversammlung

Niefern – Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, Hotel Goll, Hebelstraße 6: Jahreshauptversammlung, alle Mitglieder der Landesgruppe sind herzlich eingeladen. Bitte unbedingt bis zum 15. Oktober anmelden über E-Mail: kontakt@ostpreussen-bw.de oder über die Internetseite: www.ostpreussen-bw.de. Unter dieser E-Mail-Adresse erhalten Sie auch weitere Informationen. *Georg Müller*

BILD: SCREENSHOT

Internet: www.ostpreussen-bw.de

Schack wird 100

Pforzheim – Immer wieder wird Ursula Schack gefragt, wie sie so alt werden konnte. Ihr Rezept: „Immer gearbeitet und wenig gegessen!“ Wenn sie gefragt wird, wie man sich mit 100 fühlt, so antwortet sie: „Ich weiß es auch nicht. Kaum zu glauben. Was habe ich alles erlebt in diesen Jahren!“ Die Jubilarin, die geistig noch topfit ist, blickt auf 100 bewegte Jahre zurück, in denen sie auch selbst viel bewegt hat. So hat sie noch bis zum letzten Jahr das Museum Haus der Landsmannschaften in Pforzheim geleitet.

Begonnen hat ihr langes und ereignisreiches Leben vor einem Jahrhundert in Sondershausen in Thüringen. Ihr Vater war Forstmeister und beruflich sehr eingespannt, ihre Mutter „streng, aber auch liebevoll!“ Nach dem Abitur folgte ein halbes Jahr Arbeitsdienst und dann ein halbes Jahr Kriegshilfsdienst. Das Kriegsende hat sie in Weimar erlebt und dort auch einen Bombenangriff.

Jubilarin: Ursula Schack *Bild: G. M.*

Nach dem Krieg wollte sie Medizin studieren, doch die DDR verwehrte ihr diese Möglichkeit, weil ihr Vater Staatsbeamter war. Stattdessen machte sie eine Lehre als Schneiderin. Als man sie wegen des Berufs ihres Vaters in ein Bergwerk zur Arbeit schicken wollte, entschied sie sich zur gefährlichen Flucht in den Westen. Ein Bauer fuhr sie mit einem Kuhgespann ins Niemandsland, das sie verkleidet betrat. Der erste Westdeutsche, den sie traf, war ein Grenzpolizist. Sie erinnert sich noch heute daran, was er sie als erstes fragte: „Haben Sie Strümpfe?“. Das lag daran, dass es damals einen regen Schwarzhandel mit Strümpfen über die Grenze gab.

Über Frankfurt am Main ging es dann nach Maichingen. 13 Jahre arbeitete sie als Sekretärin in der Patentabteilung der Firma IBM. Mit ihrer Mutter, die sie nach dem Tod ihres Vaters in den Westen geholt hatte, machte sie 1964 Urlaub in Ruhpolding. An Silvester lernte sie dort ihren Mann Willy kennen. Es war Liebe auf den ersten Blick. Willy Schack hatte nach dem Krieg eine Uhrenfabrik in Enzberg bei Pforzheim eröffnet, in dem später auch Ursula arbeitete. Bis heute trägt sie übrigens eine Uhr ihres Unternehmens.

Ihr Mann war Ostpreuße und viele Jahre Vorsitzender des BdV im Kreis Pforzheim. In diesem Amt folgte sie ihm nach seinem Tod im Jahre 1988 nach und behielt diese Funktion 36 Jahre inne.

Ihr Mann hat noch das Museum Haus der Landsmannschaften in Pforzheim angestoßen, erlebte aber seine Eröffnung im Jahre 1989 nicht mehr. Ursula Schack leitete das Museum bis 2024. Für ihre Verdienste erhielt sie die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg und das Bundesverdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland.

Schack war in ihrem Leben vielen schweren Prüfungen ausgesetzt. Vor einigen Jahren erkrankte sie schwer und musste ins Pflegeheim. Eines Tages sagte der Pfleger zu ihr: „Frau Schack, heute wird aufgestanden.“ „Ab da habe ich gekämpft!“, sagte sie. Sie stand auf – so wie sie immer wieder aufgestanden ist in ihrem Leben. Zwei Jahre später konnte sie mit einer Reisegesellschaft nach Kroatien in den Urlaub fahren. Ihr Credo: „Man muss etwas wollen!“ *Georg Müller*

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Schülerkulturaustausch

Bad Kissingen – Mitte August dieses Jahres setzte sich eine nunmehr schon langjährige Tradition fort, die Schülerkulturfahrten von Ostpreußen in den Freistaat, auf Einladung der LOW Bayern. Der Landesvorsitzende konnte am 15. August in der sudetendeutschen Bildungsstätte „Der Heiligenhof“ im unterfränkischen Bad Kissingen eine erschöpfte aber dennoch gutgelaunte Gruppe aus Ostpreußen willkommen heißen. Nach gut zwölf Stunden Busfahrt waren sie endlich angekommen, die Schüler und Lehrer von Schulen aus Allenstein (Szkoła Podstawowa nr 15 w Olsztynie) und Neidenburg (Zespół Szkół Ogólnokształcących w Nidzicy) unter Leitung von Sabina Regula, Vorsitzende der Deutschen Minderheit in Neidenburg und Peter Dukat, Vorsitzender der AGDM im ermländischen Allenstein.

Rückblick

Es lohnt sich, länger zurückzugehen, um die Anfänge dieser überaus erfolgreichen Jugendbildungsmaßnahme der Landesgruppe Bayern zu beleuchten. Im Jahr 2010 wurde unter Federführung des langjährigen Landesvorsitzenden Friedrich Wilhelm Böld damit begonnen, Förderanträge dafür beim Haus des Deutschen Ostens in München zu stellen. 2011 konnte die erste Schulklasse aus Landsberg [Górowo Iławeckie] begrüßt werden, der Beginn einer beispiellosen Erfolgsgeschichte, die jegliche Vergleiche innerhalb der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften nicht zu scheuen braucht. Nimmt man dann noch die Aktivitäten von Rainer Claaßen dazu, Landesschriftleiter und Redakteur des „PREUSSEN-KURIERS, der zusammen mit Jarek Kowalski, dem früheren Bürgermeister von Guttstatt, schon im Jahr 2006 damit begonnen hatte, mit finanzieller Unterstützung des Bunds Junges Ostpreußen (BJO), Schülerreisen in die Bundesrepublik durchzuführen, dann kommt man auf die wahrlich stolze Anzahl von bisher mindestens 27 Jugendbildungsfahrten. Allein 22 davon führten seit 2011 in den Freistaat Bayern und wurden über das Haus des Deutschen Ostens aus Mitteln des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales gefördert. Hierfür gilt unser herzlicher Dank.

Neben den Städten Guttstatt, Landsberg, Allenstein und Neidenburg konnten Schüler aus Mohrungen, Maldeuten, Sensburg und Elbing begrüßt werden, außerdem kamen mittlerweile vier Jugendgruppen aus dem litauischen Memel vom dortigen Hermann-Sudermann-Gymnasium nach Bayern.

Was erwartete heuer die Schüler im Alter von 14 bis 18 Jahren in Unterfranken? In der Tat bot sich den Besuchern ein äußerst abwechslungsreiches Programm, der Vorsitzende der LOW in Bayern hatte zusammen mit seinem 16-jährigen Sohn das Vergnügen, die Gäste aus der Republik Polen zu begleiten, täglich dabei unterstützt durch Mitglieder des Landesvorstandes und der verschiedenen Regionalgruppen der LOW Bayern.

Kulturgeschichtlicher Bogen

Die Schüler und Lehrer erlebten einen dicht gedrängten kulturgeschichtlichen Bilderbogen, sodass sie die Möglichkeit hatten, etwas über die verschiedenen Regionen und deren Geschichte zu lernen. Die Verbindungen der Städte Würzburg, Rothenburg ob der Tauber, Bamberg, Nürnberg, Ansbach und Coburg mit der Republik Polen, Bayern, Preußen und Ostpreußen wurden deutlich, die Ziele zeigten die aktuelle, teils auch sehr schmerzliche Realität in der Bundesrepublik. Aber sie boten auch eine fantastische und emotionale Reise in die Vergangenheit, in ein Deutschland, dass es in seiner Schönheit und in seiner Pracht, in seiner Stärke und als Vorbild leider so nicht mehr gibt. *Christoph Stabe*

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-R

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen

Fortsetzung von Seite 15

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann, **Geschäftsstelle**: Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Vortrag und Lesung

Bremen – Mittwoch, 15. Oktober, 18 Uhr, Stadtbibliothek Bremen, Zentralbibliothek, Wall-Saal, Zugang über außen Am Wall: Vortrag „Flucht und Vertreibung – Eine deutsche Streitgeschichte“ von Dr. Mathias Beer sowie ausgewählten Zeitzeugenberichten des Bremer Autors und Historikers Dr. Christopher Spatz. Die eigens für diese Veranstaltung zusammengestellten Berichte stammen von Flüchtlingen, Vertriebenen, Wolfskindern und Heimatverbliebenen.

Hessen

Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700, E-Mail: gerd-helmut.schaefer@t-online.de

Treffen

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 18. Oktober, 11.30 Uhr, Bürgermeister Pohl-Haus, Im Appensee 26: Treffen der Kreisgruppe Darmstadt/Dieburg und der Heimatgruppe der Insterburger Darmstadt.

Septembertreffen

Darmstadt/Dieburg – Nach der Sommerpause stand die erste Zusammenkunft unter dem Motto „Herrliches Sommerende und schöner Herbstbeginn“. Reiner Buslaps begrüßte die 31 Teilnehmer und gedachte des 90. Geburtstages von Gerhard Schröder und auch des eigenen 85. Geburtstags. In seinem Schlusswort lud er, auch im Namen von Schröder, alle zu einem Umtrunk ein. Kurze Grußworte sprachen auch Schröder und Christian Keller. Dabei wünschte man allen einen schönen Verlauf des Treffens.

Bis zum gemeinsamen Essen, hier kann man der Gaststätten-Organisation wieder ein Lob aussprechen, wurde die Zeit genutzt, um mit dem Tischnachbarn zu plachandern und Gedichte zur Herbstzeit vorzutragen. In dem Gedicht von Agnes Miegel „Frühherbst“ heißt es: „Ein reifer roter Apfel fällt zur Erde, ein später Falter sich darüber wiegt – ich fühle, wie ich still und ruhig werde, und dieses Jahres Gram verfliegt“. Als besondere Aufmerksamkeit wurde an alle Heimatfreunde ein großer roter Apfel verteilt, der mit viel Freude und Erstaunen angenommen wurde.

Hannelore Neumann berichtete von dem Besuch einer Veranstaltung in Stuttgart anlässlich der Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen am 5. August 1950, und dass dies in der Presse leider unerwähnt blieb.

Nachdem es allen geschmeckt hatte, wurde das Vortragen von Gedichten und Beiträgen fortgesetzt. Das Plachandern kam hierbei auch nicht zu kurz. Besonders hervorzuheben ist die Geschichte „Der goldene Monat September“ von Bärbel Beutner, vorgetragen von Renate Buslaps. Mit weiteren Herbstgedanken erfreute Renate die Gemeinschaft; hier ein kleiner Wortlaut von Katharina Hagena aus dem Roman „Der Geschmack von Apfelkernen“: „Und ich stellte fest, dass nicht das Vergessen eine Form des Erinnerns war, sondern auch das Erinnern eine Form des Vergessens“. *C. K.*

Bürgerfahrt

Wetzlar – Dienstag, 21. Oktober, 11.15 Uhr, Gaststätte Taverna Bodenfeld bei den Tennisplätzen, Bodenfeld 1: Bericht über eine Bürgerfahrt nach Deutsch Eylau von Wolfgang Post. Zudem wird dabei das Erntedankfest gefeiert.

Thomas Mann

Wiesbaden – Sonnabend, 11. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappen-Saal, Friedrichstraße 35: „Thomas Mann und die Kurische Nehrung“, Vortrag mit Bildern von Dieter Schetat.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzender**: Joachim Mross, **Schriftführerin**: Dr. Bärbel Beutner, **Geschäftsstelle**: Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail**: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet**: Ostpreussen-NRW.de

Herbsttagung

Gütersloh – Sonnabend, 18. Oktober, 11 Uhr, Spexarder Bauernhaus, Lukasstraße 14: Herbsttagung. Aus organisatorischen Gründen bitte bis spätestens zum 10. Oktober bei Margitta Romagno, Luisenstraße 17, 42655 Solingen, E-Mail: romagno@ostpreussen-nrw.de oder E-Mail: buero@ostpreussen-nrw.de anmelden. Die Tagungspauschale beträgt 20,- Euro pro Person. In der Tagungspauschale sind der Eintritt sowie das Mittagessen und Kaffee und Kuchen enthalten. Nach einer Begrüßung und Einführung werden Grußworte gehalten und der bebilderte Vortrag „Vor 500 Jahren – Albrecht von Brandenburg – Ansbach vom Hochmeister zum Herzog von Preußen“ von Wolfgang Freyberg, Direktor a.D. Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk, Weißenburg i.B. präsentiert. Nach einer Mittagspause spielen die Geigenleut unter der Leitung von Winfried Küttner Musik aus Pommern. Bevor die Tagung mit dem Punkt „Verschiedenes“ und dem Ostpreußenlied zu Ende geht, wird Dr. Christopher Spatz über „Das Mädchen aus der Königsberger Hungerhölle“ referieren und im Anschluss mit der Zeitzeugin Ursula Dorn ein Gespräch führen. Änderungen im Ablauf bleiben vorbehalten. *Klaus-Arno Lemke*

Gerhart-Hauptmann-Haus

Düsseldorf – Freitag, 10. Oktober, 17 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus Bismarckstraße 90: Vortrag im Rahmen des Wenzel-Jaksch-Forums 2025 **„Der russische Imperialismus und die Vertreibung der Deutschen. Die Potsdamer Konferenz 1945 im Kontext“** von Prof. Dr. Manfred Kittel.

Zwischen dem 17. Juli und dem 2. August 1945 tagten die Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges in Europa in Potsdam, unweit von Berlin also, der weitgehend zerstörten Hauptstadt des militärisch vollständig geschlagenen und militärisch besetzten Deutschen Reiches. Eines der Ergebnisse der Zusammenkunft war der Artikel XIII des Potsdamer Konferenzprotokolls, der die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den bisher zum deutschen Staatsgebiet gehörenden Territorien östlich von Oder und Lausitzer Neiße sanktionierte. Faktisch waren damit die Weichen für eine dauerhafte Abtrennung der betroffenen Gebiete gestellt – auf einen erheblichen Teil, nämlich das nördliche Ostpreußen mit der traditionsreichen Hauptstadt Königsberg, erhob die Sowjetunion unter Diktator Josef Stalin direkt selbst Anspruch und setzte diesen auch durch.

Königswinter-Heisterbacherrott – Sonnabend, 11., bis Sonntag, 12. Oktober, Haus Schlesien, Dollendorfer Straße 412: **„Oma kommt aus Schlesien“ – Die Erinnerungen der Nachfahren.** Ein Seminar für die Kinder und Enkel der Vertriebenen und alle Interessierten. Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine Anmeldung zwingend erforderlich unter E-Mail: kultur@hausschlesien.de oder Telefon (02244) 886231.

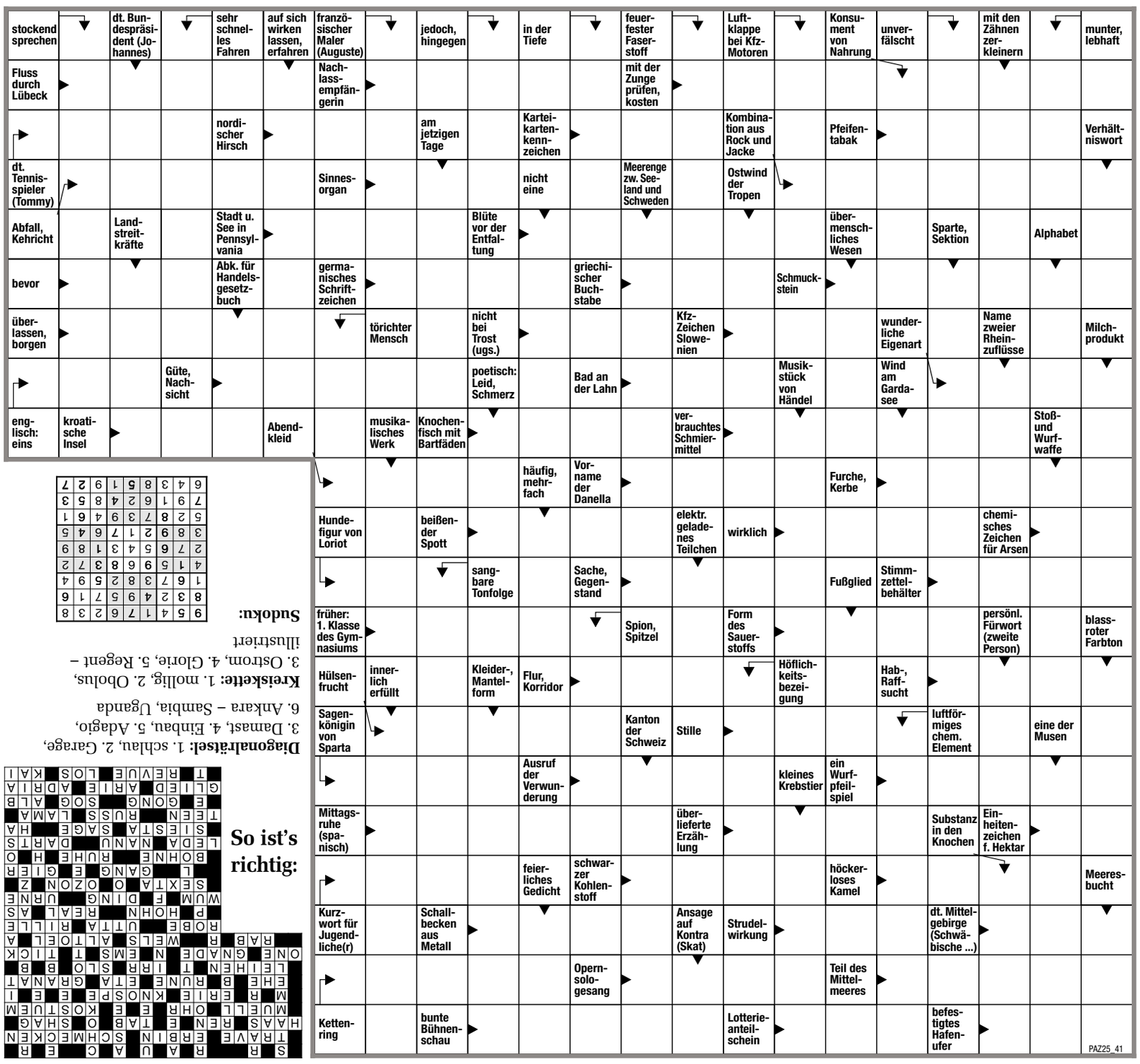
Neben der Möglichkeit, anhand des vermittelten Wissens die Situation der Erlebnisgeneration aber auch die eigenen Erfahrungen nachvollziehen und einordnen zu können, soll vor allem der Austausch untereinander dazu beitra-

Ostpreußens Wolfskinder

Der 14. September ist in Litauen seit dem letzten Jahr ein nationaler Gedenktag, ein Tag, an dem der ostpreußischen Wolfskinder gedacht wird.

1992 entstand in Mikiten, etwa fünf Kilometer nördlich von Tilsit, ein Denkmal für die Wolfskinder. Vor einem Jahr versammelten sich rund 400 Personen an diesem Mahnmal, darunter 23 Wolfskinder, die dem Verein Edelweiß angehören, und Dr. Christopher Spatz. In diesem Jahr wurden sie von einem Team der Deutschen Welle begleitet, das nun den daraus entstandenen etwa zwölf Minuten kurzen Film mit dem Titel „Vergessene Waisen des Zweiten Weltkriegs“ veröffentlicht hat. www.dw.com/de/wolfskinder-vergessene-waisen-des-zweiten-weltkriegs/video-74235455 oder unter www.dw.com ins Suchfeld das Stichwort „Wolfskinder“ eingeben.

Rätsel



Sudoku:

7	2	9	1	5	8	3	4	6
3	5	8	4	2	6	1	9	7
1	4	6	9	3	7	2	8	5
5	9	4	7	1	2	8	6	3
4	6	5	3	7	1	9	2	8
8	3	7	6	9	5	4	1	2
2	7	3	8	6	9	5	4	1
9	1	2	5	8	4	6	3	7
6	8	1	2	4	3	7	5	9

Kreiskette: 1. mollig, 2. Obolus, 3. Ostrom, 4. Glorie, 5. Regent – illustriert

Diagonalrätsel: 1. schlau, 2. Garage, 3. Damast, 4. Einbau, 5. Adagio, 6. Ankara – Sambia, Uganda

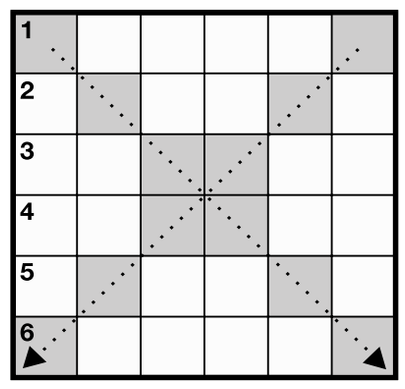
So ist's richtig:

Sudoku

9	5			7				
8	3		4					6
	6					5		
	1		9		8	3		
		6				1		
		9	2		7		4	
		8					6	
7					4		5	3
				5			2	7

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



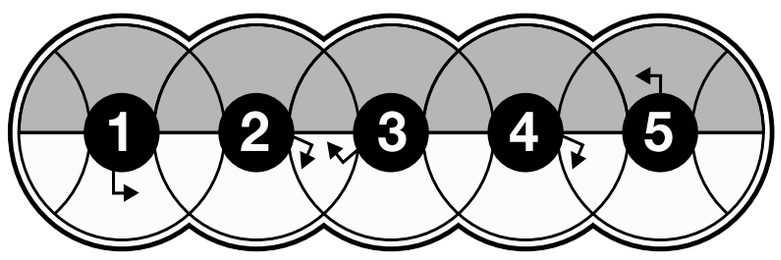
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei afrikanische Staaten.

1 klug, gewitzt
2 Abstellraum für Autos
3 Gewebe mit Muster
4 nachträgliche Montage
5 langsames Musikstück
6 Hauptstadt der Türkei

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für bebildert.

1 rundlich, vollschlank, **2** Scherflein, **3** Byzantinisches Reich, **4** Ruhm, Herrlichkeit, **5** Staatsoberhaupt



Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

gen, die individuelle Familiengeschichte aufzuarbeiten, sich mit den Gefühlen von Heimatlosigkeit auseinanderzusetzen und eigene Verhaltensmuster zu verstehen. Das Seminar ist offen für alle Interessierten. Die Anzahl der Teilnehmerplätze ist begrenzt. Nähere Informationen unter www.g-h-h.de/aktuelle-reisen-und-seminare.

Königswinter-Heisterbacherrott – Donnerstag, 30. Oktober, bis Freitag, 31. Oktober, Haus Schlesien, Dollendorfer Straße 412: **Bewunderung und Eifersucht: Der Literaturnobelpreisträger Thomas Mann und Gerhart Hauptmann.** Aufgrund der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine Anmeldung zwingend erforderlich unter E-Mail: kultur@hausschlesien.de oder Telefon (02244) 886231.

Das Seminar nimmt einerseits die Entwicklung des Verhältnisses von Gerhart Hauptmann und Thomas Mann in den Blick. Daneben werden – anlässlich des 150. Geburtstages von Thomas Mann – weitere Aspekte aus dessen schriftstellerischem und politischem Lebensweg thematisiert. Vorgesehen sind Beiträge von Michael Zeller, Prof. Dr. Michael Braun, Prof. Dr. Winfrid Halder, Dr. Katja Schlenker und anderen. Nähere Informationen zu Anmeldung, Teilnehmerbeitrag und Programm finden Sie unter www.g-h-h.de/aktuelle-reisen-und-seminare.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Johannisburger Heide

Dresden – Dienstag, 21. Oktober, 13 Uhr, Büro, Großhainer Straße 96: Rundum die Johannisburger Heide (Masuren).

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232) 3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold, **Gst.:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

Heimattreffen

Stade – Freitag, 17. Oktober, bis Sonntag, 19. Oktober, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a: Goldaper Heimattreffen mit folgendem Programm:

Freitag, 17. Oktober, 14 bis 19 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in der Harsefelder Straße 44a ist geöffnet; 18.30 Uhr: Eröffnung des Heimattreffens im Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Sonderausstellung „Die Post in Goldap“ von Annelies und Gerhard Trucewitz mit Exponaten des verstorbenen Heimatforschers Manfred Zink; ab 20 Uhr, Klapperina, Kommandantendeich 1: Vorabendtreffen für Angehörige der Kreisgemeinschaft.

Sonnabend, 18. Oktober, 9.30 Uhr, Landgasthaus Hollerner Hof, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth: Kreistagssitzung nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter; 11 Uhr, Landgasthaus Hollerner Hof: Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft; anschließend gemeinsames Mittagessen, Einlass ab 12.30 Uhr; 13.45 Uhr: Abfahrt mit dem Bus vom Hollerner Hof zum Freilichtmuseum Kiekeberg; 15 Uhr, Freilichtmuseum Kiekeberg: Führung durch die Königsberger Straße, anschließend freie Zeit im Freilichtmuseum; 18 Uhr: Rückfahrt zum Landgasthaus Hollerner Hof, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth: Kreistagssitzung nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter; 11 Uhr, Landgasthaus Hollerner Hof: Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. nur für Mitglieder der Kreisgemeinschaft; anschließend gemeinsames Mittagessen, Einlass ab 12.30 Uhr; 13.45 Uhr: Abfahrt mit dem Bus vom Hollerner Hof zum Freilichtmuseum Kiekeberg; 15 Uhr, Freilichtmuseum Kiekeberg: Führung durch die Königsberger Straße, anschließend freie Zeit im Freilichtmuseum; 18 Uhr: Rückfahrt zum Landgasthaus Hollerner Hof, Hollernstraße 91, 21723 Hollern-Twielenfleth: gemeinsames Abendessen, Fotovortrag „Abenteuer Ostpreußen“ vorgestellt von der jungen Generation, gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 19. Oktober, 10 bis 17 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen in der Harsefelder Straße 44a ist geöffnet; 11 Uhr, Wallanlagen in Stade: Feierstunde am Mahnmal, Geistliches Wort von Pfarrer Dr. Wilfried Behr, Begrüßung durch den Kreisvertreter, Grußwort der Patenschaftsträger durch Sönke Hartlef, Bürgermeister der Hansestadt Stade, Gedichtvortrag „Es war ein Land“, Totenehrung durch den Kreisvertreter, Festansprache von Dr. Christopher Spatz, Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen, Ostpreußenlied, Nationalhymne, musikalische Umrahmung durch Posaunenchor der Evangelisch-Lutherischen Johanniskirche zu Stade; 12.30 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44 a: Hauptkreistreffen und gemütliches Beisammensein, Imbiss, Kaffee und ostpreußischer Mohnkuchen stehen bereit, Spenden sind willkommen; Ausklang.

Das Museums-Team bietet Führungen an und ist mit dem aktuellen Verkaufsangebot von Heimatartikeln während aller Veranstaltungen im Patenschaftsmuseum für Sie da. Der Goldap-Kalender 2026 ist vorrätig, Preis: 10,95 Euro.

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de **Stellvertreterin**: Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Mitgliederversammlung

Neumünster – Sonnabend, 25. Oktober, 14 Uhr, Sudetenlandstraße 18h: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. Alle Mitglieder und Interessierte sind zu folgenden Themen eingeladen: 1. Begrüßung, 2. Feststellung der terminlichen Einladung, 3. Feststellung der Stimmberechtigung, 4. Entscheidung über Satzungsänderung, 5. Vorstellung der Kandidaten für die Vorstandswahl 2026, 6. Verschiedenes.

Anschließend können Gespräche und Besichtigungen des Museums und Archivs erfolgen.

Petra Karpowski, Dieter Milewski

Viele Ehrengäste und 180 Teilnehmer: Das diesjährige Hauptkreistreffen der Heimatkreisgemeinschaft Ortelsburg in Herne *Bild: Marc Plessa*

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen

Herne – Zum diesjährigen Hauptkreistreffen im Kulturzentrum in Herne kamen erfreulicherweise etwa 180 Teilnehmer.

Als Ehrengäste konnte der Kreisvorsitzende Marc Plessa unter anderem die Bürgermeisterin der Patenstadt Herne Andrea Oehler von der CDU, den NRW-Landesvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen (BdV), Rudi Pawelka, den Vorsitzenden des Freundeskreises Herten-Szczytno Jürgen Hoffmann, Pfarrer Witold Twardzik aus Passenheim und den Ehrenvorsitzenden der Kreisgemeinschaft Ortelsburg Edelfried Baginski begrüßen. Als Vertreter der deutschen Minderheit sind der Vorsitzende der „Heimat“ Pawel Samsel und Monika Krzenzek aus Ortelsburg angereist. Auch die Bundesheimatgruppe Strehlen, Schlesien war mit Eva Maria Soltys und Ingeborg Knappmann vertreten, die wie die Kreisgemeinschaft Ortelsburg eine Heimatstube in der Musikschule in Herne betreibt.

500 Jahre Reformation

In seinen einleitenden Worten ging der Kreisvorsitzende auf den Beginn der Flucht und Vertreibung vor 80 Jahren im Januar 1945 und auf die Einführung der Reformation vor 500 Jahren auf dem Gebiet des Deutschen Ritterordens durch den Albrecht von Brandenburg als wichtige Jahrestage für die Ortelsburger und deren Nachkommen ein.

Bürgermeisterin Oehler begrüßte die Anwesenden und betonte, dass Heimat mehr als ein geografischer Ort sei. Sie hob dabei die Heimatstube und die Martin Opitz Bibliothek in Herne hervor, die ostpreußische und ostdeutsche Geschichten und Dokumente bewahren. Im Verlauf ihrer Rede ging sie auf die zukünftige Stadtentwicklung von Herne ein und lobte die Leistungen der Kreisgemeinschaft und deren Projekte im heutigen Kreis Ortelsburg.

Die Themen Kriegsende und Flucht und Vertreibung wurden durch Pawelka vom Bund der Vertriebenen in seinem Grußwort aufgegriffen, indem er auf Kulturleistungen und Persönlichkeiten der ehemaligen deutschen Ostgebiete einging und seine persönlichen Eindrücke darstellte. Dass seiner Meinung nach Kulturarbeit im Ehrenamt nicht dauerhaft leistbar ist, bedauerte er, verwies aber dabei auch auf die ost- und westpreußischen Landesmuseen in Lüneburg und in Warendorf.

Im Anschluss wurde Jürgen Teilhofer, der seit Anfang 2020 die Aufgaben des Archivleiters übernommen hat und die Heimatstube der Kreisgemeinschaft Ortelsburg betreut, durch den Vorsitzenden mit der Silbernen Ehrennadel der Kreisgemeinschaft Ortelsburg ausgezeichnet und seine Tätigkeiten gewürdigt. Der zweite Vorsitzende, Ingo Gosdek, hielt die Totenehrung, in der er stellvertretend für alle Verstorbenen auf Erwin Syska und Edeltraud Buff einging. Beide waren in der Kreisgemeinschaft Ortelsburg sehr aktiv.

Pfarrer Twarzik hielt die Festrede zum 500-jährigen Jubiläum zur Einführung der Reformation in Ostpreußen. In seinen Kirchengemeinden in Passenheim und Mensguth veranstaltet er Orgelkonzerte, die überregional hohe Beachtung finden.

In seiner umfassenden Darstellung und mit seiner fesselnden Redeweise liefert er viele Aspekte der Reformation. Seine Darstellung der Leistungen des ehemaligen Hochmeisters Albrecht von Brandenburg, der mit seinem tiefen Glauben im Herzogtum Preußen die Religion in den vier verbreiteten Landessprachen seiner Bevölkerung zugänglich machte, zeigt das Bild einer außergewöhnlichen Person, der alle Aspekte berücksichtigt hat. Die Kirchenlieder und Choräle aus Herzog Albrechts Feder sind auch heute noch in Gottesdiensten zu hören.

Nach der Festansprache wurde das Ostpreußenlied gemeinsam gesungen. Im Anschluss folgten die Grußworte des Vereins „Heimat“ durch deren Vorsitzenden Samsel, der sich für die Unterstützung seitens der Kreisgemeinschaft herzlichst bedankte. Für die deutsche Minderheit in der Republik Polen hat die Bewahrung von Tradition, Kultur und Geschichte eine große Bedeutung und wird seit fast 35 Jahren im Verein „Heimat“ gepflegt.

Der Posaunenchor der Auferstehungskirche Marl mit ihrem Dirigenten Martin Rommelfänger hat die Feierstunde hervorragend musikalisch untermalt. Zum Abschluss wurde die Nationalhymne gemeinsam gesungen.

Wie üblich bestand die Gelegenheit, neben vielen persönlichen Gesprächen, historische Bilder aus unserem Kreis an Monitoren zu sehen, Literatur zum Kreis Ortelsburg und zu Ostpreußen am Bücherstand zu erwerben und Auskünfte am Spendentisch und am Stand für die Familienforschung zu erhalten. Ein herzliches Dankeschön geht dabei an alle, die zum Gelingen des Hauptkreistreffens beigetragen haben. *M. P.*

Osterode

Kreisvertreter: Jürgen Ehmann, Stennweilerstraße 35, 66564 Ottweiler, Telefon (06824) 302259, E-Mail: juergenehmann-kgoev@web.de, **Gst.**: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870, E-Mail: kgoev@web.de, Sprechstunde: Do. 14 bis 17 Uhr

Dokumentation

Osterode am Harz – Die Dokumentation „Flucht und Vertreibung aus dem Kreis Osterode Ostpreußen 1945“, herausgegeben von der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V., erhebt keinen Anspruch, wissenschaftlichen Anforderungen zu genügen. Sie stellt das historische Ereignis der Flucht und Vertreibung aus dem Kreis Osterode so dar, wie es die von der Fluchtkatstrophe betroffenen Menschen damals erlebt und in ihren persönlichen Erlebnisberichten festgehalten haben.

Die Dokumentation ist in vier Abschnitte gegliedert. Der erste Abschnitt enthält einen kurzen Abschnitt über die militärische Lage in Ostpreußen von der ersten russischen Offensive im Oktober 1944 bis zur Kapitulation Königsbergs und Pillaus im April 1945.

Im zweiten Abschnitt folgt eine allgemeine Darstellung der Flucht der ostpreußischen Bevölkerung, die der von Prof. Dr. Theodor Schieder herausgegebenen „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, Band I/1, entnommen ist.

Die Beiträge des dritten Abschnitts zum Geschehen in den letzten Tagen vor der Flucht zeigen die verzweifelten Bemühungen einzelner Dienststellen in Osterode auf, ihre wichtigsten Akten noch vor dem Eintreffen der russischen Panzer in Sicherheit zu bringen.

Der vierte Abschnitt bildet den Kern der Dokumentation. Er enthält 29 Einzelberichte, in denen die Verfasser ihre persönlichen Erlebnisse beim Aufbruch zur Flucht, während der Fahrt mit dem Treck oder der Eisenbahn, beim Überrollen durch die russischen Panzer und bei der Rückkehr in die zum Teil zerstörten Heimatdörfer schildern.

Im Anhang verdient das „Ergebnis der für den Kreis Osterode am 11. Dezember 1952 ausgewerteten Fragebogenantworten (F)“ besondere Beachtung.

Das Buch ist bei der Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Osterode, E-Mail: kgoev@web.de zum Preis von 15,– Euro zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen e.V. (Hg.): „Flucht und Vertreibung aus dem Kreis Osterode Ostpreußen 1945. Eine Dokumentation“, Osterode am Harz 2005, gebunden, 15,– Euro, zu beziehen über die Kreisgemeinschaft

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Ostpreußenreise 2026

Pr. Eylau – Sonnabend, 13. Juni, bis Sonntag, 21. Juni 2026: Reise in den Heimatkreis im südlichen Ostpreußen.

Über Thorn an der Weichsel zum Besuch der Marienburg, nach Elbing zum Drausensee, Oberländischer Kanal mit einer Besichtigung des Maschinenhauses, weiter nach Allenstein. Vom Gut und Gestüt Gallingen aus geht es nach Landsberg, Partnerstadt im südlichen Teil des Kreises Preußisch Eylau zu einem Treffen mit den heute dort lebenden Bürgern. Johannisburg und die Johannisburger Heide werden erkundet, ebenso steht eine Schifffahrt auf Seen und der Kruttinna auf dem Programm.

Schon wieder Richtung Heimat geht die Reise zur Frischen Nehrung und einer Fahrt mit der historischen Eisenbahn durch die Weichselniederung im Danziger Werder nach Danzig. Die Heimreise führt durch Pommern mit der letzten Übernachtung in einem zum Hotel umgestalteten mittelalterlichen Ritterschloss tief im pommerschen Buchenwald.

Das genaue Programm wird voraussichtlich im Herbst feststehen. Gerne werden detaillierte Reisebeschreibungen an alle Interessenten zugeschickt. Bitte melden Sie sich hierzu bei der Kreisvorsitzenden Evelyn v. Borries, unter Telefon (02103) 64759, oder per E-Mail: Preussisch-eylau@landkreis-verden.de.

BODENSCHÄTZE

Von Ton über Erz bis zum Gold Ostpreußens

Im Osten wusste man schon frühzeitig das Wenige, was die Böden hergaben, zu gewinnen und clever zu nutzen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Aufgrund seiner geologischen Verhältnisse als Folge der letzten Eiszeit war Ostpreußen vergleichsweise arm an Bodenschätzen – allerdings mit fünf wesentlichen Ausnahmen. So gab es zwischen der Weichsel und der Memel Unmengen von Sand und Kies, die von der Bauwirtschaft genutzt wurden. Des Weiteren lieferten Moorlandschaften wie das Große Moosbruch am Südostufer des Kurischen Haffs, die sich über den feinkörnigen, wenig wasserdurchlässigen Sedimenten der Region gebildet hatten, reichlich Torf. Nicht selten waren die Torfschichten bis zu zehn Meter dick. Im Kreis Heydekrug nahmen Moore sogar ein Drittel der Landfläche ein, weshalb hier auch die Torfstreufabrik Aktiengesellschaft präsent war. Diese belieferte den deutschen Markt mit allerlei Erzeugnissen aus Torf wie Wärmeschutzplatten, Leichtbauziegeln, Feueranzündern, Tintenwischern, Bierdeckeln und Verbandmoos.

Karamellfarbener Bernstein an den Ostseestränden Ostpreußens ist vor allem nach Herbst- und Winterstürmen im Sand zu finden, wenn das Gold des Ostens von den Wellen angespült wird *Bild: picture alliance/Andreas Franke*

Mit Hacke und Spaten gewinnen

Als dritter Bodenschatz fand sich in Ostpreußen an sehr vielen Stellen ein ausgesprochen hochwertiger Ton. Aus diesem wurden durch Vermischung mit Sand und Schluff Backsteine gefertigt, deren universelle Verwendung die mittelalterliche und neuzeitliche Architektur des Landes prägte, in der Naturstein eher Mangelware war. Der Bau des Königsberger Doms sowie der Marienburg und anderer großer Anlagen des Deutschen Ordens wäre ohne die reichlichen Vorkommen an dem einfach zu gewinnenden Baumaterial deutlich komplizierter gewesen. Das gilt gleichermaßen für die spätere Errichtung des Hauptbahnhofes und der Ostmesse in Königsberg. Parallel dazu ermöglichte der Ton die Herstellung von feinem Geschirr, wie es unter anderem aus der Majolika-Manufaktur von Cadinen kam.

Ebenso existierten in Ostpreußen Eisenerzvorkommen. Deren Abbau erforderte jedoch keine Bergwerke, weil es sich um sogenanntes Raseneisenerz handelte, das in feuchten, sumpfigen Gebieten durch die Ausfällung, Oxidation und Verfestigung von gelöstem Eisen im Grundwasser entsteht. Der Rohstoff liegt immer dicht unter der Erdoberfläche und kann deshalb leicht mit Hacke und Spaten gewonnen werden. In Ostpreußen kam dieses Eisen vor allen in den masurischen Kreisen Ortelsburg und Johannisburg vor. Der Deutsche Orden sorgte dafür, dass das Raseneisenerz in primitiven Schmelzöfen, Eisenhütten und Hammerwerken verarbeitet wurde. Solche Einrichtungen entstanden unter anderem bei Willenberg und entlang des Flusses Omulef. Etliche Ortschaften trugen hier deshalb auch Namen, die mit „ofen“ endeten, wie Baldenofen oder Malgaofen.

Zentnerweise eingeschmolzen

Im 18. Jahrhundert waren in Masuren noch sechs Eisenhütten in Betrieb. Dann entstand 1805 das Königliche Eisenhüttenwerk Wondollek, welches die ganze Provinz mit Eisenerzeugnissen belieferte und einen Hochofen von stattlichen elf Metern Höhe besaß. Der schluckte in den ersten 44 Wochen 30.000 Zentner Raseneisenerz mit einem Metallreingehalt von rund 33 Prozent.

Späterhin verbrauchte das Werk zwischen 650 und 4000 Tonnen Roherz, das Scharen von Eisensteingräbern anlieferten. Der Betrieb des Hochofens erforderte zudem riesige Mengen an Holzkohle, für die jährlich bis zu 6000 Festmeter Holz gefällt werden mussten. Die Eisenherstellung in dieser Region endete erst im Jahr 1880 aufgrund von Unwirtschaftlichkeit.

Und zu guter Letzt war da natürlich noch das „Gold Ostpreußens“, wie der Bernstein auch genannt wurde, dessen Vorkommen sich zu rund 90 Prozent auf den Raum um Palmnicken an der Westküste des Samlandes konzentrieren. Das dekorative verhärtete fossile Harz aus einer Zeit vor etwa 50 Millionen Jahren, welches zur europaweit begehrten Handelsware avancierte, wurde zunächst auf nichtbergmännische Weise gewonnen. Also beispielsweise durch Auflesen am Strand, Netzfischerei vor der Küste oder den Einsatz von Tauchern zum Absuchen des Meeresgrundes. Dann entstand im Jahr 1781 eine erste Bernsteingrube bei Groß Hubnicken nördlich von Palmnicken, die jedoch schon 1806 wieder schloss. Den Durchbruch erbrachte hier erst die Gründung des Unternehmens Stantien & Becker im Jahr 1858.

Noch 350 Jahre Bernstein

Dieses setzte ab 1862 bereits schwere Bagger für die industrielle Förderung der sogenannten Blauen Erde ein, welche den meisten Bernstein enthält. Dem folgte 1870 die Einrichtung eines Tagebaus an der samländischen Küste bei Wernicken und Palmnicken. Fünf Jahre später legten Stantien & Becker eine Bernsteingrube für den Untertageabbau namens „Henriette“ an, wonach 1883 die Grube „Anna“ folgte. Beide Bergwerke erwiesen sich als überaus ergiebig. Zwischen 1892 und 1896 lieferte allein die „Anna“ 500 Tonnen Bernstein pro Jahr.

1923 traten dann aber wieder übliche Tagebaue an die Stelle der Gruben. Deren Ertrag lag in der Folgezeit regelmäßig bei 400 bis 500 Tonnen jährlich. Auf ähnliche Mengen kommen heute russische Unternehmen, wobei die Besatzer nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die jährliche Förderung zunächst bis auf über 800 Tonnen hochschraubten. Experten schätzen, dass die Bernsteinvorräte im Samland beim jetzigen Abbautempo noch rund 350 Jahre reichen werden. Dann wären die „Tränen der Sonne“, wie die alten Griechen und Römer das wertvolle Harz nannten, in Ostpreußen allerdings komplett verbraucht.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Bergbaubegriffe wurden für das Polnische erst erfunden

Warum Polen auf Lausitzer Kohle nicht angewiesen war, jedoch Deutschland umso mehr

Die Braunkohleförderung prägte die Geschichte der Lausitz seit dem 18. Jahrhundert. Eine Sonderausstellung im Lausitzmuseum auf polnischer Seite der geteilten Stadt Görlitz [Zgorzelec] sowie auch der geteilten Lausitz erzählt deren deutsche und polnische Nachkriegsgeschichte. Die Eröffnung ist zur Barbarafeier am 4. Dezember geplant.

Noch im 17. und 18. Jahrhundert habe man Kohle als Düngemittel genutzt und nicht als Brennstoff verwendet. Die chemischen Eigenschaften seien noch nicht untersucht worden, berichtet Piotr Arcimowicz, Leiter des Lausitzmuseums, das direkt am östlichen Neißeufer gelegen ist.

Erst mit der Aufklärung hätten die Menschen begonnen, sich auch für Steine zu interessieren und hätten deren Eigenschaften erforscht. Sie entdeckten, dass Kohle sehr gut als Brennstoff diene, aber sie hätten sich noch den Naturgewalten zu erwehren gehabt, so Arcimowicz, denn „in der Lausitz lag Kohle nur wenige Meter unter der Oberfläche. Es reichte, ein paar Mal kräftiger mit einem Spaten zu stoßen, und schon kam die Kohle zum Vorschein. Manchmal aber kam es ebenso vor, dass durch einen Blitzschlag Brände entstanden. Es gab auch die Legende, dass die Schweden, die in der Nähe von Reichenau [Bogatynia] ihr Lager aufschlugen, durch ihre Lagerfeuer ein Kohleflöz in Brand gesetzt hätten. Dieser soll dann mehrere Monate lang gebrannt haben.“

Ein entscheidenden Impuls für den Bergbau gab es mit dem Einzug der Eisenbahn und der deutschen Einigung 1871. Die technologische und die industrielle Entwicklung führten zu Landflucht und dem Anwachsen der Städte.

„Eine unserer Schautafeln zeigt, dass es 1871 nur acht Städte in Deutschland mit mehr als 100.000 Einwohnern gab, aber 1913 waren es bereits 48“, erklärt Arcimowicz. Er und sein Team zeigen auf einer Etage die Geschichte des Bergbaus seit den Anfängen bis 1945. Die polnische Geschichte wird separat im zweiten Stock des Museums erzählt. „Das Thema ist so umfangreich, dass wir es nicht einmal auf diesen beiden Etagen vollständig abdecken können.“

Ist zu Recht stolz auf seine neue Präsentation: Piotr Arcimowicz, Chef des Lausitzermuseums, wo eine Ausstellung den Bergbau behandelt *Bild: Wagner*

Ein Pole engagierte sich

Die Geschichte der Grube „Stadt Görlitz“ bei Kohlfuhrt [Węgliniec] war von zentraler Bedeutung für die Energieversorgung der Stadt Görlitz. Sie war Teil eines größeren Projekts, das Grube, Brikettfabrik und Kraftwerk umfasste. „Man weiß, dass die Stadt Görlitz Eigentümerin der Grube und des Kraftwerks war, aber für uns gab es hierbei eine interessante Entdeckung, nämlich, dass der Direktor der Grube ein Pole, Tomisław Morawski, war. Weil er so gut gearbeitet hat, war er während des Ersten Weltkriegs vom Militärdienst befreit worden, um dieses Bergwerk zu leiten. Aber der aus Großpolen stammende Mann war bekennender polnischer Patriot. Als Polen durch den Ersten Weltkrieg seine Unabhängigkeit erlangte, reiste er sofort nach Polen, engagierte sich dort in der Bergbauindustrie.“ Morawski gab ein deutsch-polnisches Bergbauwörterbuch heraus. Dieses hatte zum Ziel, in die durchs Deutsche dominierte Bergbausprache polnische Entsprechungen einzuführen. Auch dieses Werk ist in der Präsentation zu sehen. Ausgestellt wird auch eine Tischplatte aus Braunkohle. „Diese wurde für Forschungszwecke poliert und lackiert. Sie sieht ganz gewöhnlich aus, aber das Holz ist 18 Millionen Jahre alt“, erklärt Arcimowicz.

Er zeigt anhand der Bergbaugeschichte den wirtschaftlichen Aufschwung Deutschlands, aber auch den Niedergang durch den verlorenen Ersten Weltkrieg. „Durch den Verlust eines Teils Oberschlesiens, Elsass-Lothringens und durch die Suche nach Ersatzquellen fiel der Fokus auf Braunkohle. Davon hatte Deutschland viel. Wir fördern sie seit hundert Jahren bis heute.“

Not macht erfinderisch, und so wurden neue Methoden im Tagebau entwickelt: „Diese großen Maschinen, mit denen man leicht an die Braunkohle gelangt“. Erst die „Klima“-Politik hat den großflächigen Abbau, der noch lange in der Niederlausitz überdauerte, in Frage gestellt. Eine Ausnahme im großflächigen Lausitzer Braunkohleabbau auf polnischer Seite gibt es jedoch. Der Tagebau Turów basiert darauf, dass die Grube Reichenau bereits angelegt war, die Lagerstätte war hier nicht nur oberflächennah, sondern besonders groß und ergiebig – also wirtschaftlich leicht erschließbar. Zudem bot sie Anschluss an das RGW (COMECON)-Netz mit Energieexportoption in die DDR. Die Präsentation im Lausitzmuseum in der ulica Daszyńskiego 15 ist fast fertig. Was noch fehlt, ist ein elektronischer Führer durch die Ausstellung in deutscher Sprache. Aber auch daran wird eifrig gearbeitet. *Chris W. Wagner*

VORPOMMERN

Naturparadies als Geheimtipp

Lubmin – ein traditionelles Seebad zwischen Tourismus und Industrie am Greifswalder Bodden

VON ERWIN ROSENTHAL

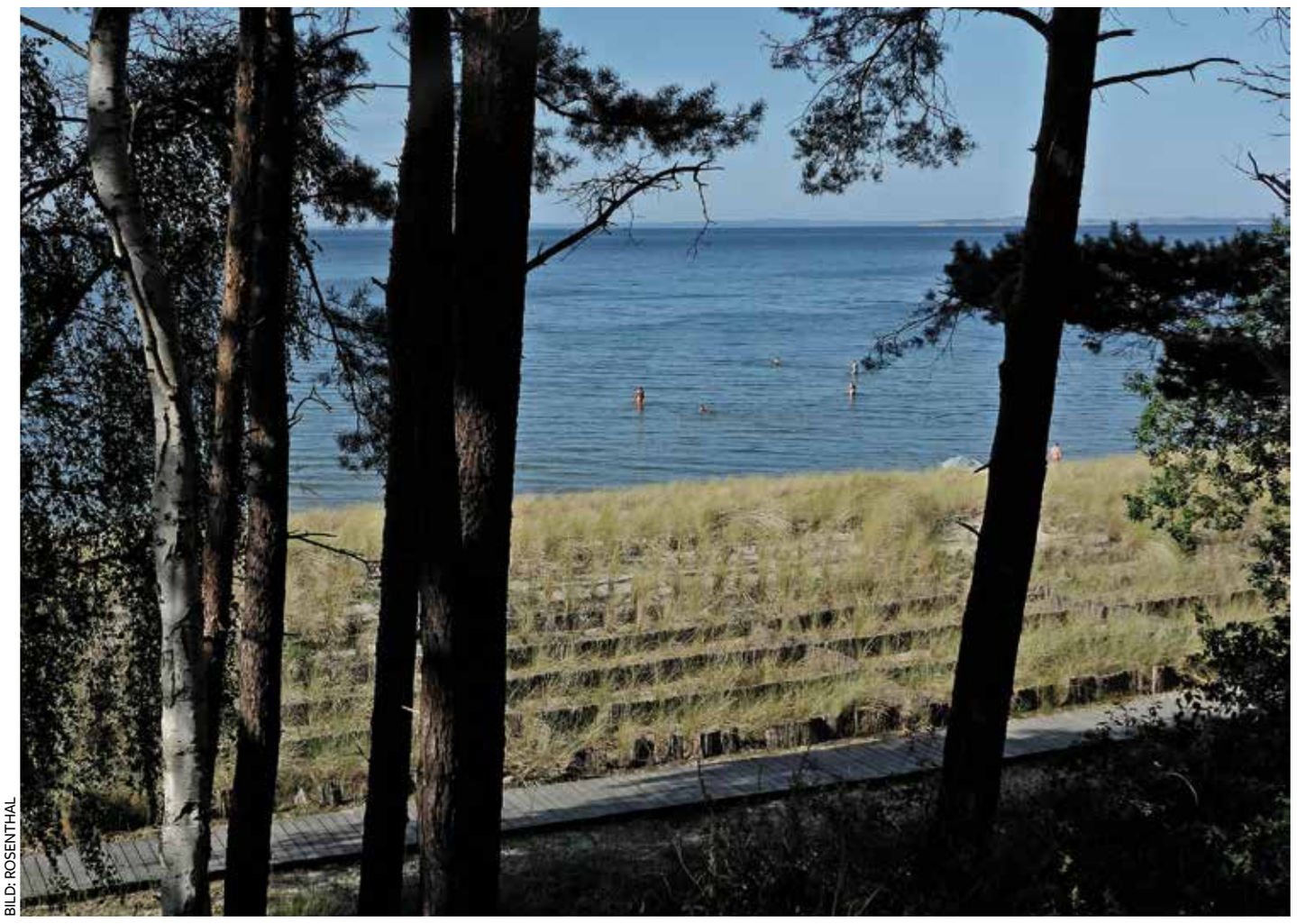


BILD: ROSENTHAL

Idylle am fünf Kilometer langen Strand: Kiefern säumen die Lubminer Küste. Die Düne wurde mit Strandhafer bepflanzt

Das Seebad Lubmin, zwischen den beliebten pommerschen Urlaubsinseln Rügen und Usedom, nahe der Universitäts- und Hansestadt Greifswald gelegen, ist ein Geheimtipp für Urlauber. Der Ort, seit 1886 Seebad, hat zweifellos nicht den gleichen Bekanntheitsgrad wie die nahen pommerschen Ostseebäder Binz oder Heringsdorf. Das Baden im Greifswalder Bodden, einem Nebengewässer der Ostsee, ist aber keineswegs weniger vergnüglich als das Baden in der Ostsee.

Mit seinem fünf Kilometer langen, kinderfreundlichem, feinem Sandstrand und den nach Harz duftenden Kiefernwäldern lockt Lubmin vorrangig Familien mit Kindern und Senioren an. Zahlreiche Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen jeder Kategorie erwarten ihre Gäste. Zudem hält das Seebad Wohnmobilstellplätze unmittelbar am Strand bereit. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 50.000 Übernachtungen gezählt.

Das Seebadzentrum nutzt das frühere Bahnhofsgebäude des Ortes als Domizil. Das Gebäude und zwei historische Waggons erinnern daran, dass das Seebad zwischen 1903 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges von Greifswald und Wolgast aus mit einer Kleinbahn erreicht werden konnte. Greifswalder Studenten hatten der Bahn den Namen „Feuriger Elias“ gegeben. Im Jahre 1945 wurde die Kleinspurbahn demontiert und als Reparationsleistung an die Sowjetunion abgegeben. Die beiden am ehemaligen Bahnhof ausgestellten restaurierten Waggons, ein Personenwagen aus dem Jahr 1898 und ein gedeckter Güterwagen von 1914, wurden vor 20 Jahren in der Nähe von Moskau aufgestöbert und zurück nach Deutschland gebracht.

Ebenfalls an der Freester Straße befindet sich das Heimatmuseum des Ortes. Schon das historische Gebäude ist eine Sehenswürdigkeit. In acht Ausstellungsräumen können hier Exponate und Fotos zur Geschichte Lubmins besichtigt werden. Eine umfangreiche Bernstein- und Fossiliensammlung rundet das Bild ab.

Die recht lange, gepflegte Promenade des Seebades lädt zum Bummeln und zum Flanieren ein. In Richtung Süden führt sie zur „Alten Wetterstation“ und zum „Teufelsstein“, einem im Wasser liegenden Findling mit einem Umfang von 16,8 Metern. Der Sage nach hatte Lucifer von der gegenüberliegenden Insel Rügen aus mit seinem Ziegenfuß einen Felsbrocken gegen den Turm der Kirche in Wusterhusen, ein Nachbarort Lubmins, geschleudert. Der Stein zerbarst jedoch während des Fluges. Die eine Hälfte, auf der noch heute der Ziegenfußabdruck zu sehen sein soll, fiel vor Lubmin in die See, während die andere Hälfte den Kirchturm streifte. Noch heute soll ein Knick im Turmhelm des Gotteshauses von der Untat des Teufels zeugen.

Nördlich der Seebrücke führt die Promenade – vorbei an zahlreichen hübschen Villen – schließlich zum Ferienobjekt „Knirk“ (für Wacholder). Von dort gelangt man über einen Waldweg zur Lubminer Marina. Deren Lage ist einzigartig, denn der Greifswalder Bodden gilt wohl zu Recht als das schönste Segelrevier Deutschlands. Die Seglerhäfen in Kröslin, Peenemünde und Wolgast sind nur wenige Seemeilen entfernt, Rügen, Usedom und Hiddensee schnell erreichbar. Wer ein paar Seemeilen mehr loggen möchte, schippert nach Swinemünde oder zur dänischen Insel Bornholm.

In den Fokus ist Lubmin mehrfach wegen seiner Industrieanlagen geraten. In der Lubminer Heide, östlich des Seebades gelegen, steht das sich im Rückbau befindliche Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“. Baubeginn war 1967, täglich kamen hier 15.000 Menschen zur Arbeit. Man war hier stolz auf eines der größten Kernkraftwerke in Europa. Bereits die ersten vier Blöcke hatten zirka zehn Prozent des Strombedarfs der DDR erzeugt. Im Zuge der deutsche Einheit wurden alle Reaktoren heruntergefahren. Der Rückbau wird voraussichtlich erst in den 2040er Jahren beendet sein. Interessant für Technikbegeisterte: Das Kernkraftwerk Lubmin kann besichtigt werden.

Industriestandort

Unmittelbar nach der Abschaltung der fünf Reaktoren begannen die Planungen für ein atomares Zwischenlager zur Aufbewahrung von schwach-, mittel- und hoch radioaktivem Abfall. Das heutige Zwischenlager Nord liegt in der Gemeinde Rubenow und grenzt an das Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks. Es ist das einzige staatliche Zwischenlager Deutschlands. Östlich von Lubmin befindet sich auch der Anlandepunkt der stillgelegten Nord-Stream-Gas-Pipelines, die aufgrund der Sabotageakte der beiden Röhren auf dem Grund der Ostsee zerstört wurden.

Verlockend erscheinen zwei weitere, schier revolutionäre Formen der Energiegewinnung. In ihren Sondierungsgesprächen hatten die deutschen Koalitionäre das Ziel vereinbart, das erste kommerzielle Kernfusionskraftwerk der Welt in Deutschland zu bauen. Als einer der möglichen Standorte wird Lubmin genannt. Die vielversprechenden Forschungsergebnisse der Experimentieranlage Wendelstein 7-X (W7-X) in Greifswald haben die Politiker offensichtlich optimistisch gestimmt. „Überholen ohne einzuholen“, dieser Satz fällt dem politisch Gebildeten bei einem solchen Vorhaben ein.

Auch bei einem anderen, ebenfalls zukunftsweisenden Projekt, wird Lubmin genannt: Eine Investorengruppe will den Standort Lubmin zum Dreh- und Angelpunkt für den Aufbau der deutschen Wasserstoffwirtschaft machen. Auf dem früheren KKW-Gelände könnte – so der Plan – eine 1000-Megawatt-Anlage für die Produktion von „grünem“ Wasserstoff entstehen. Niemand vermag mit Sicherheit zu sagen, wann sich diese Träume verwirklichen lassen. Als sicher gilt jedoch: Die unverzichtbare KI ist ein wahrer „Stromfresser“.

MELDUNGEN

Schutzräume, Windkraft und Hansekogge

Greifswald – Der pommersche Landrat Michael Sack (CDU) hat den Vorsitz im Landkreistag des Landes von Heiko Kärger (CDU), Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, übernommen. Sein Tipp: „Die Landesregierung ist gut beraten, wenn sie uns Landkreise frühzeitig beteiligt.“ *TS*

Kolbitzow –Am 5. Oktober ist die Verlängerung der Grenzkontrollen bis zum 4. April 2026 in Kraft getreten. Von Januar bis August 2025 gab es 300 illegale Grenzübertritte in Richtung Polen und 2100 illegale Grenzübertritte nach Deutschland – darunter 550 Ausländer aus Weißrussland. *TS*

Barth – Vom 10. bis 12. Oktober findet im Vineta-Bürgerhaus, Papenstraße 8, die Tagung der Historischen Kommission für Pommern unter dem Titel „Das Fürstentum Rügen – ein Zankapfel am baltischen Meer“ statt. Anlass ist das Ende des Fürstentums Rügen vor 700 Jahren (1325). *TS*

Gollnow – Die am 15. Mai vereinbarte Übernahme des Onshore-Rotorblattwerks für Windräder durch Vesta ist in den letzten Wochen erfolgt. Alle 200 ehemaligen Mitarbeiter der Firma LM Wind Power wurden übernommen. Vesta betreibt in Stettin ein weiteres Werk für Narben und Gondeln. *TS*

Greifswald – Am 27. September ist der 1959 in Usedom geborene Historiker Heiko Wartenberg gestorben. Wartenberg war Mitglied der Historischen Kommission für Pommern, als Archivar am Pommerschen Landesmuseum tätig und wirkte bei der Zeitschrift „Pommern“ mit. *TS*

Stolp – In Stolp ist der Bau einer 2000 Quadratmeter großen Lagerhalle für Krisensituationen geplant. Der Bau zur Einlagerung von Zelten, Decken und Generatoren soll bis 2028 erfolgen. Auch Schutzräume werden überprüft. In Stettin gibt es derzeit nur 182 Schutzräume unter Häusern. TS

Wolgast – „UCRA“, die Pommern-Kogge, liegt derzeit in der Wolgaster Peenewerft auf Kiel. Sie unterzieht sich einer Prüfung, um die Zulassung zu behalten. Der nach dem Vorbild der Hansekoggen gebaute und 2020 in Dienst gestellte Segler hat bereits etwa 500 Törns unternommen. *TS*

MAHNUNG

Wenn Steine sprechen

30 Jahre Denkmal für Flüchtlinge und Heimatvertriebene in Anklam

Wohl kaum ein Besucher der Stadt Anklam kann das große Denkmal für Flüchtlinge und Heimatvertriebene des Zweiten Weltkrieges in der Wallanlage am Steintor übersehen. Am 24. September trafen sich dort etwa 50 Landsleute und Zeitzeugen, darunter der langjährige Anklamer Bürgervorsteher und Kreistagspräsident Karl-Dieter Lehrkamp, der ehemalige Landrat Herbert Kautz sowie die CDU-Fraktion der Anklamer Stadtvertretung.

Auf den Tag genau vor 30 Jahren war der große Findling als erstes Mahnmal seiner Art in Mecklenburg-Vorpommern eingeweiht worden. Er wurde zu diesem Anlass mit einer prächtigen Sonnenblumengirlande geschmückt; darüber wehte in Großbuchstaben der Spruch „Nie wieder Krieg“. Der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen in Vorpommern, Manfred Schukat, dankte den erschienenen Weggefährten von damals für ihre Unterstützung und gab einen Rückblick über die Errichtung des Steines 1995. Dieser war vom Kiestagebau Wusseken gespendet worden. Sämtliche Kosten der Bearbeitung und Aufstellung hatten zahlreiche Spender getragen – ohne öffentliche Fördermittel.

Feierlich umrahmt wurde das Gedenken vom Posaunenchor „Anklamer Land“ unter der Leitung von Renate Parakenings

BILD: BERNHARD RIEDEL

Emotional: Zum Gedenken steigen Friedenstauben auf

aus Lassan mit den alten Chorälen „Harre meine Seele“, „Näher mein Gott zu Dir“, „So nimm denn meine Hände“ und „Ich bete an die Macht der Liebe“. Während des ersten Chorals ließ Thomas Wiedemann aus Murchin zahlreiche Tauben zum Zeichen des Friedens über dem Stein aufsteigen – so wie schon sein Vater Bruno vor 30 Jahren zur Einweihung.

Zum Totengedenken zitierte der Verfasser das Gedicht „Wagen an Wagen“ von Agnes Miegel, welches Tod, Elend und Leid des Krieges und der Flucht so treffend beschreibt. Militärpfarrer Bernhard Riedel aus Ueckermünde vom Konvent Evangelischer Gemeinden aus Pommern sprach das geistliche Wort und gemeinsam mit den Anwesenden ein Gebet, das Vaterunser und erteilte zuletzt allen den Segen. *Friedhelm Schülke*

„Die Propaganda wirkt wie eine Propangasflasche“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Habe mir auch dank ihrer ausgezeichneten Kino-Rezension den neuen Petzold-Film im Kino angesehen. Hat sich gelohnt!“

Corinna Clauß, Schwedt/Oder
zum Thema: Eine Barke strandet in der Uckermark (Nr. 37)

Ausgabe Nr. 40

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WEITERBILDUNG À LA DDR

ZU: MORALISCHE HEGEMONIE ALS MITTEL LINKER MACHTAUSÜBUNG (NR. 39)

Die Verfassung der DDR von 1949 und die überarbeitete Version von 1968 garantierten theoretisch das Recht auf Meinungsfreiheit. Artikel 27 der Verfassung besagt: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, den Grundsätzen dieser Verfassung gemäß seine Meinung frei und öffentlich zu äußern.“ Dennoch war dieses Recht an die Loyalität zur sozialistischen Ideologie gebunden, was bedeutete, dass kritische Äußerungen gegen den Staat oder die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) nicht toleriert wurden.

Die heutigen Erben der SED haben bei SPD, Grünen, Linken, FDP, und CDU Weiterbildung betrieben. Die Ähnlichkeit ist frappierend. Man war ja auch oft genug umgekehrt zur Weiterbildung in der DDR zu Besuch. *Ulrich Bohl, Berlin*

ES MACHEN DOCH ALLE SO!

ZU: DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST ANTASTBAR (NR. 39)

Feigheit vor dem Feind hat die scheinbar gebildete, bürgerliche Mitte schon immer ausgezeichnet. Das Wissen darum machen sich die radikaleren Kräfte zunutze und erringen so mühelos die angestrebte Macht oder den Machterhalt.

Zum Thema Opportunismus: Während meiner Zeit als Jugendlicher und junger Erwachsener lernte ich viele junge Frauen kennen, eine schöner als die andere. Alle waren Mitglied der SED. Auf meine Frage hin, warum sie in die Partei eingetreten sind, kam immer die gleiche Antwort: Weil ich studieren will. Nicht eine der Hübschen hat gesagt, weil ich vom Sozialismus und der Politik überzeugt bin und dazu stehe. Sie vollführten eine charakterliche Verbiegung, um im Leben voranzukommen. Das taten damals Millionen. Und immer wurde nachgelegt: Es machen doch alle so.

Die Aussage zur Menschenwürde wird durch diese Haltung zum Witz. Sie bemerkten es nicht einmal, weil es alle so machten.

Und gleichzeitig feiern sie heute Widerstandskämpfer, die all das verkörpern, wozu sie nicht in der Lage sind. Wie geht das zusammen? *Gregor Scharf, Leipzig*

EINE WELTFREMDE POLITIK?

ZU: MASSIVER JOBABBAU BEI STAHL- UND AUTOINDUSTRIE (NR. 39)

Warum macht diese deutsche Bundesregierung solch eine grottenschlechte und total weltfremde Politik? Der „Kampf“ gegen die AfD scheint diesen schrägen und abgedrehten Herrschaften einfach viel wichtiger zu sein. Indes geht der Jobabbau unter Schwarz-Rot einfach munter weiter, ohne dass da irgendjemand aus der Regierung auf die Bremse tritt.

Riggi Schwarz, Büchenbach

HERVORRAGENDER BEITRAG

ZU: DIE WAHRHEIT ZU „WIR SCHAFFEN DAS!“ (NR. 38)

Ein hervorragender Beitrag zur Migrationsproblematik. Der Verweis auf die Fehlentscheidungen der CDU-Politikerin und Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel ist natürlich richtig, aber letztlich zu kurz gesprungen. Merkel war vollständig eingebettet in ein Meer der Zustimmung und Unterstützung. Skeptiker wurden kopfschüttelnd belächelt, milde ausgedrückt.

Die gesamte Migrationsentwicklung ist ein jahrzehntelanges Kontinuum, wobei das Jahr 2015 lediglich einen gewissen Höhepunkt in qualitativer und quantitativer Hinsicht darstellt. Die Zustimmung zu dieser Entwicklung wurde über eine breit angelegte Indoktrination erfolgreich generiert.

Demographie, Fachkräfte, Renten, Wirtschaftsaufschwung, Christenpflicht, Grundrecht, Menschenrecht oder Goldstücke waren gängige Ankerbegriffe. Die Arbeiterklasse, also jene, die von ihrer Arbeit leben muss, erkennt langsam, dass der ganze „Move“ rein zu ihren Lasten läuft, materiell wie sozial. Zudem merkt sie, dass mit dem Begriff „der schon länger hier Lebenden“ eine beispiellose Abwertung verbunden ist, quasi eine reine Funktionalisierung. Um die Kriegstüchtigkeit und Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen, werden für das untertänige Volk neue werthaltige Etikettierungen erarbeitet. Das ist natürlich lobenswert. An der Sachlage wird sich aber nichts mehr ändern. *Jan Kerzel, Diespeck*

DER IRRSINN IN DER POLITIK

ZUM WOCHENRÜCKBLICK: HEMMUNGSLOS (NR. 38)

Ein ausgesprochen guter Artikel und erschreckend zugleich. Die Propaganda wirkt wie eine Propangasflasche, wenn die Anteilnahme zum Tod eines Politikers nicht gestattet ist.

Leider wird mir inzwischen eine rechte Gesinnung unterstellt, da ich munter Leserbriefe gegen die frühere rot-grüne Regierung schrieb. Die familieninterne Stasi ist inzwischen der Meinung, es handele sich bei der *PAZ* um ein rechtes Blatt. Der Rest der Familie ist der Meinung, dass es die einzige Zeitung ist, die versucht, dabei zu helfen, den Irrsinn in der Politik zu verstehen, was tatsächlich kaum noch gelingt. *Valentina Selge, Jork*

NEUE MANGELWIRTSCHAFT

ZU: TERROR GEGEN DIE INFRASTRUKTUR (NR. 38)

Ist die Lernfähigkeit der Politik völlig abhandengekommen? Wird wirklich geglaubt, dass jene Menschen, die sich mit erhobenem Zeigefinger durch die Welt bewegen, damit Gehör verschaffen? Glauben sie wirklich, dass die Missachtung von Pflichten aus dem Grundgesetz ohne Auswirkungen bleibt?

Wie lange wird es noch gut gehen, dass jedem Ausländer, auch wenn er eine doppelte Staatsangehörigkeit hat, mehr „Freundlichkeiten“ zugestanden wird als jedem echten Deutschen? Wie lange wollen Politik und andere Bürger mit großem Getöse über alles Rechte herziehen und nicht sehen, dass ein weiteres großes Unwetter von links kommt?

Übrigens wurde in der DDR auch Toilettenpapier rationiert. Jetzt ist in einem Altenheim in Nordrhein-Westfalen eine solche Situation aufgetaucht. Müssen jetzt Angehörige dieser alten Menschen Toilettenpapier liefern, obwohl sie schon viel Geld fürs Heim zahlen müssen? Was geschieht als Nächstes? Müssen Angehörige dann auch noch Nahrungsmittel liefern? *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

BEZAHLTER UNSINN

ZU: POLITISCHE BILDUNG IN SCHIEFLAGE (NR. 37)

Die Bundeszentrale für politische Bildung steht stellvertretend für große Teile des politischen Establishments in Deutschland, das nur noch mit dem linken Auge sieht. Die „Demokratie“ ist in den Köpfen dieser Leute ein wirres Konstrukt aus kruden unrealistischen Überzeugungen und dem Wunsch nach persönlicher Bereicherung. Solange der Steuerbürger willens ist, diesen Unsinn zu bezahlen, wird sich nichts ändern. *Peter Wendt, Hamburg*

HABECKS COMEBACK?

ZU: DAS SCHEITERN EINES HOCHSTAPLERS (NR.36)

Ex-Minister Robert Habeck hat sich bis zum Verkümmern gekümmert. Er mag nicht mehr durch Parlamentsgebäude laufen als ein Schatten seines empfindsamen Selbsts und will stattdessen Wissenschaft treiben in Dänemark. Es sollte einem nicht wundern, wenn sich Habeck vor der nächsten Bundestagswahl von der Basis seiner grünen Partei und aus Wirtschaftskreisen zu einer zweiten Kanzlerkandidatur genötigt sehen würde.

Jürgen Frick, Dessau-Roßlau

ANZEIGE

PILGERWEG

Lob der Stille

Frisch auf zur inneren Einkehr – Was man entlang des Harzer Klosterwanderweges alles erleben kann

VON ANNE MARTIN

BILD: GÜNTER JENTSCH/ZMKW

Huschten da nicht eben Mönche durch den Gang? Das Habit der Zisterziensermönche, hier mit dem schwarzen Arbeitsüberwurf

Die Orgelklänge der Marktkirche zu Goslar hallen noch nach, genauso wie die Worte des Pfarrers, der über den Segen der Stille predigte. Stille? Später vielleicht. Zunächst mal werden die Wanderschuhe geschnürt, Tee und Butterbrote im Rucksack versenkt, Pflaster und Sonnenschutz nicht zu vergessen: 116 Kilometer misst der Harzer Klosterwanderweg, der in diesem Jahr sein 20. Jubiläum feiert und in sieben Etappen von Goslar nach Halberstadt führt.

Acht Klöster entlang des Weges laden zur Einkehr, mehrere Kirchen zur Andacht, und wem die Knöchel schwellen und die Schuhe drücken, der darf sich auf Engelbänken ausruhen, deren Rücklehnen geschnitzten Flügeln ähneln. Das Gute: Der nördliche Harzrand ist weitgehend eben, es gibt kaum Steigungen, dafür gelegentliche Aussichten auf den fernen Brocken. Den ersten Abschnitt bis zum Kloster Wöltingerode will unsere kleine Gruppe heute unbedingt schaffen.

Also frisch drauflos gepilgert. Eine Teilnehmerin zückt an jeder zweiten Weggabelung ein Büchlein mit erbaulichen Texten, ein anderer bietet großzügig Traubenzucker an, der dritte zeigt stolz seine neu erstandenen Trecking-Stöcke, alle müssen sich erst einmal einüben ins gleichmäßige Gehen und vor allem ins Loslassen der Gedanken.

Dabei ist die erste Etappe gar nicht die schwerste, aber die 14 Kilometer haben es in sich. Der Blick über die abgeernteten Felder hängt sich an Wolkenfetzen auf, die Sonne scheint. Ob hier jemals Mönche pilgerten oder nur Händler von Kloster zu Kloster zogen, um ihre Waren gegen Klosterschätze einzutauschen? Wer weiß. Heute sind die einstigen Refugien keine weltabgeschiedenen Orte mehr, sondern haben sich den Besuchern geöffnet.

Darauf einen „Abtissin Marie“-Likör

Erster Stopp ist im Kloster Grauhof mit Blick in die barocke Klosterkirche. Die hiesige Orgel soll Organisten aus dem ganzen Land anlocken, wir lauschen zunächst auf das Knistern der Butterbrot-Papiere, denn Wandern macht hungrig. Das Dorf Immenrode ist die nächste Etappe auf unserer Tour. Wir ruhen uns auf Feldsteinen aus, nehmen dankend das Angebot knuspriger Vitalkekse an, und schon geht es weiter.

Der Weg nach Wöltingerode wird für geübte Wanderer wie für Einsteiger empfohlen, die längste und letzte Strecke führt 25 Kilometer von Quedlinburg nach Halberstadt – auf die freuen sich zwei sportliche Freunde aus Mainz, die ihr Heft mit Kloster-Stempeln füllen wollen. Die weniger Ehrgeizigen genießen den Schatten eines langen Waldpfades, der erstmals eine Ahnung davon gibt, wie allein und auf sich gestellt frühere Pilger unterwegs waren ohne Navigations-App und Handys, die bei schweren Fußblasen ein Taxi herbeitelefonieren könnten.

Endlich sehen wir die ersten Mauern aus der Feldmark auftauchen, Wöltingerode ist nah, und das ist auch gut so. Das ehemalige Benediktiner-Kloster wurde 2006 zu einem Hotel umgebaut, und entlang der Kreuzgänge warten luftige Zimmer auf müde Gäste. Wer hier übernachten darf, erinnert sich an das Lob der Stille, das der Pastor aus Goslar uns mit auf den Weg gab. Keine Musikbeschallung, keine lärmenden Barbesucher, keine aufheulenden Motoren, einfach nur Ruhe.

Aber Halt, vor dem Schlafengehen schnell noch ein Blick in die 1682 gegründete Brennerei mit den riesigen Eichenfässern. Prost auf die erste Etappe mit hochprozentigem Korn der Marke Aurum, darauf noch einen „Äbtissin Marie“-Likör oder eine „Berliner Sophie“ mit mildem Kümmel? Nun aber endgültig: Silentium!

Für die nächsten beiden Etappen bleiben die Wanderstiefel im Koffer: Das 1129 gegründete Zisterzienserkloster Walkenried ist vom Parkplatz aus auch auf Sneakern gut zu erreichen. Wie riesige Zähne ragen die Ruinen der verfallenen Kirche in die Höhe, eine Kulisse wie von Caspar David Friedrich gemalt. 1570 wurde die Klosterkirche wegen Baufälligkeit aufgegeben, Jahrhunderte später als Steinbruch verwendet. Fast jedes der Häuser der Umgebung, so heißt es, birgt einen Stein der Kirche im Mauerwerk. Das Kloster steht perfekt renoviert als Kleinod in der Landschaft. Drinnen flirrt das Sonnenlicht in dem doppelschiffigen Kreuzgang, der zum UNESCO-Welterbe zählt.

Huschten da nicht eben Mönche durch den Gang, erstaunlich klein und unbekümmert? Das Rätsel löst sich schnell: Im Kloster können Kinder in Workshops erfahren, wie die Welt der Mönche einst aussah. Sie dürfen in echten Mönchskutten durch die Gänge hüpfen, mit dem Federkiel schreiben und beim Kratzen über Papier staunen, dass es ein Leben vor dem Smartphone gab.

Stolpersteine vorm Kloster

Im Refektorium, dem früheren Speisesaal, wird derweil das traditionelle Harzer Kniesteressen angerichtet: Ein fetter Mettigel thront in der Mitte, umrandet von Harzer Käse, eingelegtem Gemüse und Sauerteigbrot, daneben ein Topf herzhafter Suppe. Dazu schmeckt ein Bier der Region.

Wer erlesen speisen will, fährt nach Bad Sachsa, ins „Hotel Romantischer Winkel“. Dort kreiert Ralph Hollokoi im Restaurant „Joseph’s“ Kunst am Teller wie „Wildes Herz aus Wildschwein und Miso“ oder „Waldgeschichte aus Reh, Pflaume und Petersilienwurzel“. Von wegen, der Harz steht für einfache Genüsse: Hollokoi wurde kürzlich mit einem Michelin-Stern ausgezeichnet.

Dritte Etappe: Das Kloster Brunshausen, neben der Roswithastadt Bad Gandersheim gelegen. Vor dem Eingang erinnern Stolpersteine an das dunkelste Kapitel des Klosters, als dort während des Zweiten Weltkriegs Kinder von Zwangsarbeiterinnen verwahrt wurden und oft schon im Säuglingsalter starben. Schmerzliches bergen die Mauern, die heute als Kulturzentrum genutzt werden. Aber eben auch die Erinnerung an Roswitha, die Stiftsfrau aus dem frühen Mittelalter, Deutschlands erste Dichterin. In Lateinischer Schrift verfasste die Kanonisse Lebensbeschreibungen heiliger Frauen und Männer, schrieb über die Taten Kaiser Ottos und die Gründung des Stiftes.

Dem Frauenbild im frühen Mittelalter zum Trotz entwickelte Roswitha lebhafte Dialoge und stellte mutige Frauen in den Vordergrund, die gefährliche Herausforderungen mit Mut und Klugheit meisterten. Bis heute wird jährlich der Roswitha-Preis vergeben, auch Nobelpreisträgerin Herta Müller ist stolze Trägerin.

Szenenwechsel in den Klosterhof, wo skurrile Skulpturen aus den Rabatten ragen und im Café der Kaffee duftet. Tief versinken die Gabeln in luftigen Pflaumenkuchenstücken, und im Hofladen warten köstliche Spezialitäten der Region. Lustwandeln ist eine schöne Alternative zum Pilgern – also hineinspaziert in den Obstgarten, wo sich die Äste unter reifen Äpfeln biegen. Bequeme Holzstühle laden zur Rast, in einem knallroten Spind stehen fein kuratierte Bücher zum Ausleihen auf Zeit, lediglich einige späte Wespen unterbrechen die Stille.

Die Freunde aus Mainz sind da längst schon wieder aufgebrochen, zurück auf den Kloster-Wanderweg. Über Wernigerode, Blankenburg, Thale und Quedlinburg bis nach Halberstadt wollen sie in den nächsten Tagen pilgern, den berühmten Domschatz bewundern, nahe dem Kloster Burchardi übernachten. Und natürlich ihr Stempelheft füllen.

● **www.harzer-klosterwanderweg.de** und: **www.kloster-walkenried.de**

VOLKSFEST

Schale um Schale

In der Klassikerstadt Weimar findet vom 10. bis 12. Oktober der Zwiebelmarkt statt – Über 300.000 Besucher an einem Wochenende

Vom Komponisten Karl Friedrich Zelter wissen wir, dass sein Freund Johann Wolfgang von Goethe auf die gesundheitsfördernde Wirkung der Zwiebel schwor. Wenn in Weimar vor seinem Haus am Frauenplan der Zwiebelmarkt veranstaltet wurde, besorgte er sich einige Zwiebeln und „hing sie an seinem Fenster patriotisch auf“.

Die Klassikerstadt wird vom 10. bis 12. Oktober bereits zum 372. Mal zur Hauptstadt der Zwiebel. Das älteste und größte Stadt- und Marktfest Thüringens erstreckt sich inzwischen über die gesamte Altstadt Weimars, in der man an dem Wochenende bis zu 300.000 Besucher erwartet. Rund 60 Zwiebelbauern bieten ihre Waren an: darunter farbenprächtige Zwiebelzöpfe, fröhliche „Zwiebelinchen“, Trockensträuße und kreative Dekorationen. Traditionell ergänzen viele Gemüsesorten das Angebot. Es ist ein Erbe aus der Zeit, als der Markt der Winterbevorratung diente. In Heldrungen, unweit von Weimar, beginnt nach der Ernte das kunstvolle Wickeln der hellen und roten Zwiebeln. Ganze Familien widmen sich diesem seltenen Handwerk. Die fertigen Rispen sind nicht nur ein Blickfang für jede Küche, sondern auch ein Stück gelebte Volkskultur. Ihre Stände finden Besucher traditionell in der heutigen Schillerstraße – mit besonderen Schmuckstücken aus Zwiebeln wie Halsketten, Haarschmuck oder Deko für Haus und Garten.

BILD: MAIK SCHUCK, WEIMAR GMBH

Zwiebelzöpfe wohin man schaut: Händlerin auf dem Weimarer Zwiebelmarkt

Ein beliebter Treffpunkt ist der Mittelaltermarkt am Herderplatz mit seinem Nonstop-Programm. Auf dem Goetheplatz lädt der Kinderzwiebelmarkt am „mon ami“ zum Entdecken und Mitmachen ein. Über 400 Stände – von herzhaft bis süß – machen das Fest zu einem Erlebnis für alle Generationen. Sieben große Musikbühnen und viele kleine in Hinterhöfen sorgen bis in den späten Abend für beste Stimmung.

Eröffnet wird der Zwiebelmarkt am Freitag um 12 Uhr mit dem Anschnitt des Zwiebelkuchens mit der frischgekrönten Zwiebelmarktkönigin und dem Oberbürgermeister. Frühaufsteher sollten am Sonnabend nicht den traditionellen Rundgang verpassen: Seit Jahrzehnten treffen sich um 6 Uhr Oberbürgermeister, Königin und Gäste aus Heldrungen, um den Markt in den frühen Morgenstunden zu erkunden – Kostproben inklusive.

Erstmals urkundlich erwähnt wurde der „Viehe- und Zippelmarckt“ im Jahr 1653. Im 19. Jahrhundert entwickelte er sich zu einer überregionalen Attraktion. Schon zu DDR-Zeiten strömten bis zu 120.000 Gäste an nur einem Tag in die Stadt. 1970 wechselten 32.000 Zwiebelrispen – rund 100 Tonnen Zwiebeln – den Besitzer. Goethe hätte dabei einiges zu dichten gehabt. *Harald Tews*

● **www.weimar.de/zwiebelmarkt**

FÜR SIE GELESEN

Zeitreise ins 18. Jahrhundert

Antje Gersteneckers „Der inoffizielle Jane Austen Reiseführer“ ist ein schön gestaltetes Buch, das man unbedingt auf seiner Reise nach England mitnehmen sollte, besonders, wenn man sich für Austens Romane interessiert oder sich für die Fernsehreihe „Bridgerton“ begeistert.

In dem Buch werden 118 Schauplätze in England vorgestellt, die man besichtigen kann und die als Kulisse für Austens berühmte Romane „Stolz und Vorurteil“ und „Emma“ dienten.

Zu Beginn gibt es eine Übersicht auf der britischen Landkarte. So kann man schnell nachschauen, welche historischen, malerischen Orte oder prachtvollen Herrenhäuser man besichtigen könnte. Mit schönen Fotos und ausführlichen Details werden die Wohnorte Jane Austens sowie das Leben im 18. Jahrhundert beschrieben.

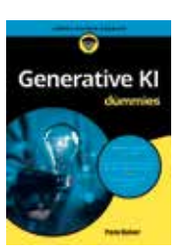
Viele Gebäude sind noch erhalten und können besichtigt werden. Die Adressen, Öffnungszeiten, Preise, Webseiten und auch Hinweise auf Parkplätze hat die Autorin ebenfalls erwähnt. Des Weiteren bekommt man Informationen über die Schauplätze und Drehorte der beliebten Serie „Bridgerton“. Großbritannien ist eine Museumsinsel, auf der es viel zu entdecken gibt und man durch die vielen geschichtlichen Schätze emotional eine Zeitreise antreten kann. Das Buch ist sehr gut gestaltet, ausführlich, aber nicht langweilig. *Angela Selke*

Antje Gersteneecker: „Der inoffizielle Jane Austen Reiseführer“, Bruckmann Verlag, München 2025, broschiert, 221 Seiten, 19,99 Euro

Grundlagen der GenKI

Misstrauen und Vorsicht gegenüber der Generativen Künstlichen Intelligenz (GenKI) ist laut Pam Baker, der Autorin des Buchs „Generative KI für Dummies“ völlig normal. Dennoch wird sich ihr Einsatz in unserem Alltag nicht mehr aufhalten lassen, sodass es von Vorteil sein kann, sich rechtzeitig zu informieren. Baker will mit ihrem Ratgeber über die Grundlagen und den Erfolg der GenKI informieren und ihren Lesern über Frustrationen hinweghelfen, damit sie die GenKI-Werkzeuge so einsetzen können, wie sie für ihre Arbeit nützlich sind. In einem einführenden Kapitel erklärt sie, was Generative KI ist, welche Mythen darüber kursieren, und wo sie nutzbringend eingesetzt werden kann.

In den folgenden Kapiteln gibt es Erklärungen für Fachbegriffe sowie Übungsanleitungen zur Erstellung von Texten, Bildern, Sprache oder Kunst und Graphik. Ein Kapitel ist der Einhaltung verantwortungsvoller Standards bei der Nutzung von GenKI gewidmet. Insgesamt ist es eine gute Lektüre für Leser, die bisher wenig mit GenKI anzufangen wussten. *MRK*



Pam Baker: „Generative KI für Dummies“, Wiley VCH, Weinheim 2025, broschiert, 316 Seiten, 18 Euro

REISELUST

Es steht in den Sternen

Das Reiseziel nach den beeindruckendsten Himmelsphänomenen in Europa aussuchen

BILD: SHUTTERSTOCK

Nicht nur für Hobby-Astronomen birgt „Licht aus – Himmel an“, ein Reiseführer der anderen Art, viele Schätze. Wo gibt es die besten Möglichkeiten, die Milchstraße auch in Europa zu bewundern, wie erzielt man gute Fotos, wo kann man übernachten und sich verpflegen? All diese und weitere Fragen werden in dem reich bebilderten Buch, das ein echter Hingucker ist, beantwortet. *CRS*

Annika Voigt u. a.: „Licht aus – Himmel an!“, Kunth Verlag, München 2025, gebunden, 288 Seiten, 27,95 Euro

BIOGRAPHIE

Der Publizist Schrenck-Notzing

In einer Neuauflage seiner Dissertation widmet Alexander Eiber sich dem Leben und Werk des nicht ganz unumstrittenen Konservativen

VON ANSGAR LANGE

Konservative Publizistik hat in Deutschland immer eher eine Art „Nischendasein“ gefristet. Nicht anders war es mit Caspar von Schrenck-Notzing (1927–2009), der fast drei Jahrzehnte die intellektuelle Zeitschrift „Criticón“ verlegt hat. Der finanziell unabhängige Privatier, der einem alten Münchner Patriziergeschlecht entstammte, war außerhalb der konservativen Szenerie eine umstrittene Figur, auch wenn er sich nicht als „rechts“ bezeichnet und von der sogenannten „Neuen Rechten“ auch stets Abstand gehalten hat.

In seinem gut lesbaren Buch, das eine überarbeitete Fassung der Dissertation des Autors ist, zeichnet Alexander Eiber den Lebensweg seines Protagonisten nach. Er beschreibt den politischen Schriftsteller Schrenck-Notzing, der verschiedene Bücher zur „Vergangenheitsbewältigung“ oder zur Lage der CDU verfasst hat. Im dritten und letzten Teil analysiert Eiber dessen politisches Denken.

Am interessantesten lesen sich die Passagen zum familiären (der Urgroßvater mütterlicherseits war der bayerische Heimatautor Ludwig Ganghofer) Hintergrund sowie die Schilderung des journalistischen und schriftstellerischen Werdegangs Schrencks und seines Netzwerks.

Eiber, dessen Werk auf gründlichen Archivstudien und Interviews mit Weggefährten Schrencks basiert, verschweigt nicht die dunklen Flecken. So hält er fest: „Schrencks kurze publizistische Episode bei Gerhard Frey war zweifelsfrei eine Verirrung in ein extremes politisches Abseits.“ Für die rechtsextreme „Deutsche Nationalzeitung“ hatte Schrenck Mitte der 1960er Jahre zur Feder gegriffen.

Auch wenn Schrenck Ende der 1980er Jahre für die Tageszeitung „Die Welt“ den Zeitschriftenmarkt besprechen durfte, war er doch größtenteils von den etablierten Medien abgeschnitten. Konservative Autoren von „Welt“ und Co. konnten zwar in „Criticón“ publizieren, aber Schrenck hatte kaum Möglichkeiten, außerhalb des eigenen Milieus zu wirken.

Gegen Ende seines Lebens hielt Schrenck von der Tagespolitik größeren Abstand, wobei er der Parteiendemokratie skeptisch gegenüberstand und nur in der Ära Strauß gewisse Sympathien für die CSU hegte. „Als Doyen des deutschen Konservatismus bestand seine wahrscheinlich wichtigste Rolle in der des Netzwerkers und Organisators eines Milieus“, so Eiber. Neben seinen Büchern und der Zeitschrift „Criticón“ befindet sich sein Vermächtnis in der Bibliothek des Konservatismus in Berlin, dessen Grundstock Schrencks eigene Bibliothek bildete.

Alexander Eiber: „Caspar von Schrenck-Notzing. Konservatives Denken und Leben in Deutschland nach 1945“, Karolinger Verlag, Wien und Leipzig 2025, gebunden, 438 Seiten, 38 Euro

WASSER

Wissenswertes über das Lebenselixier

Veronica Strang, Professorin für Anthropologie, stellt ihr gesammeltes Wissen über das Wasser in einem reich bebilderten Buch anschaulich vor

VON SILVIA FRIEDRICH

Seit dem Bau des Hoover-Damms wurden in 140 Ländern rund 45.000 über fünf Stockwerke hohe Staudämme erreichtet. Sie stauen 60 Prozent der großen Flüsse weltweit auf und schaffen Stauseen, die zusammen der Fläche von Kalifornien entsprechen“, so Veronica Strang in ihrem Buch „Wasser. Eine Kultur- und Naturgeschichte“. Dieses Faktum ist beeindruckend, führt aber zu mehr als ungutem Erstaunen, wenn man erfährt, dass Studien des NASA-Forschungszentrums ergaben, dass ein derartig großes Wasservolumen von rund zehn Billionen Tonnen die Geschwindigkeit der Erdrotation und die Neigung der Erdachse bereits verändert hat. Im Kapitel acht „Anlagen, die gefährliche Kräfte enthalten“ werden ihre Auswirkungen auf soziale und ökologische Systeme und die Menschheit schlechthin beschrieben.

Die Autorin ist Professorin für Anthropologie an der University of Durham und Direktorin des Institute of Advanced Study in England. Sie beleuchtet das wichtigste Naturelement der Menschheitsgeschichte hochexplosiv, mitreißend und überzeugend aus verschiedensten Blickwinkeln. So kommt man den physikalischen Fakten rund ums Wasser, aber auch den philosophischen Betrachtungsweisen vieler Völker der Welt auf die Spur.

Was meinen Wissenschaftler dazu, wie das Wasser überhaupt auf die Erde kam? Wo gibt es Wasser im All? Wie helfen seine überragenden Eigenschaften dabei, dass Leben auf der Erde möglich ist? Wie sehr schaden wir durch unser Verhalten den lebenswichtigen Süßwasservorräten auf unserem Planeten?

Die meisten wissen nicht, wie viel Wasser bei der Herstellung verschiedener Waren benötigt wird. In den 1990er Jahren entwickelte der britische Geograph Anthony Allan die Möglichkeit, dieses zu berechnen. So steckten nach seiner Theorie in einer Tasse Kaffee rund 140 Liter „virtuelles“ Wasser, in einer Jeans 5400 Liter und in einem Auto 50.000 Liter. Dieser sogenannte blaue Wasserfußabdruck gebe an, wie viel Wasser aus der lokalen Umgebung entnommen, und der „graue Wasserfußabdruck“ zeige, wie viel Abwasser dabei erzeugt wurde. Den Lesern werden die Augen geöffnet über Dinge, die man sicher noch niemals gehört hat, die aber von eminenter Wichtigkeit sind.

Wahrscheinlich hat sich kaum jemand so ausgiebig mit der kulturellen Seite des Wassers, seinen Einfluss auf die Geschichte der Menschheit und der Wechselbeziehung zwischen Wasser und Natur befasst. Eine hochinteressante, manchmal nicht ganz leicht zu konsumierende Lektüre.

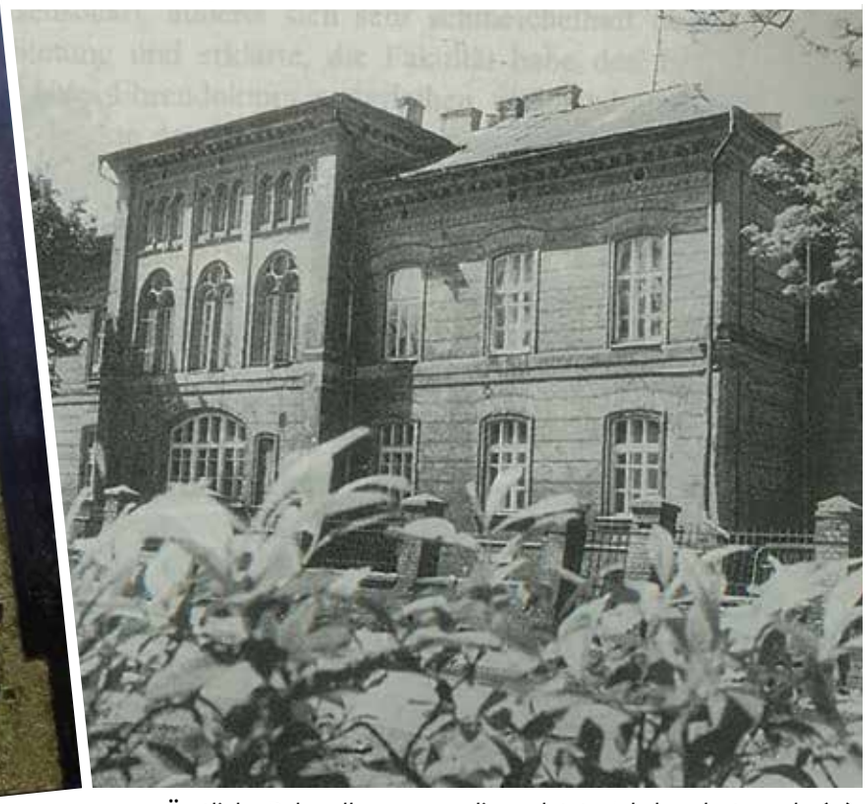
Veronica Strang: „Wasser. Eine Kultur- und Naturgeschichte“, Haupt Verlag, Bern 2025, Taschenbuch, 208 Seiten, 28 Euro

MEMEL

„Ein Volksarzt im besten Sinne“

Dr. Alexander Fürst (1844-1898) – ein großer Mediziner mit einem noch größeren Herz für kleine Leute

VON BETTINA MÜLLER



BILDER: ZEITSCHRIFT „LAND UND MEER“; BETTINA MÜLLER; WIKIMEDIA

Ärztliche Behandlungen um die vorletzte Jahrhundertwende (o.); Gedenkstein auf dem jüdischen Friedhof Weißensee (u.l.); die Augenklinik in Königsberg (u.r.)

Am 8. Juni 1898 eröffnete Rudolf Virchow die regelmäßige Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft. Unter seinem Vorsitz diskutierte man unter anderem über aktuelle Entwicklungen in Klinik und Forschung, gedachte am Anfang aber auch stets der in der Zwischenzeit verstorbenen Mitglieder. Damals erhoben sich alle für Dr. Alexander Fürst, der am ersten Pfingstfeiertag im Alter von nur 54 Jahren gestorben war. Auch in medizinischen Zeitschriften erinnerte man an den Arzt, von dem bekannt war, dass er bescheiden war und sein eigenes Wohl gegenüber dem seiner Patienten stets zurückstellte. Heute ist der Mediziner und Menschenfreund leider nahezu vergessen. Also stellt sich die Frage: Wer war dieser Alexander Fürst überhaupt, und was machte ihn so bedeutsam?

Fürst wurde am 15. April 1844 im ostpreußischen Braunsberg als dritter Sohn des Kaufmanns Jakob Bär Fürst und dessen Ehefrau Rosa Fürst geborene Rosenbaum geboren. Die jüdische Gemeinde von Braunsberg betrieb ab 1845 eine eigene Synagoge, und Jakob Bär war ihr Repräsentantenvorsteher. Alexanders Leidenschaft hingegen galt früh der Medizin, vor allem, weil er Menschen helfen wollte. Nach dem 1862 in Braunsberg erfolgreich bestandenen Abitur studierte er in Königsberg Medizin und beendete am 6. Juni 1866 sein Studium mit der Dissertation „De versione foetus spontanea et artificiali“.

Es folgte zeitnah eine Assistenzstelle am Schöneberger „Maison de Santé“, einer 1861 von Eduard L. Levinstein gegründeten „Brunnen- und Badeanstalt“. Als Fürst dort Assistenzarzt wurde, eröffnete Levinstein auch noch eine Abteilung für psychisch Kranke und verzichtete dabei als einer der ersten Ärzte in Deutschland auf Zwangsbehandlung und Fixierung der Patienten.

Herzensprojekt Augenheilkunde

In Danzig nahm Fürst die nächste Assistentenstelle an einer Augenheilanstalt an. Und fällte auch die Entscheidung, sich in Zukunft verstärkt der Ophthalmologie (Augenheilkunde) zu widmen und im Besonderen der Behandlung der granulösen Augenerkrankung in Ostpreußen. 1869 ließ er sich als Arzt in Memel nieder, konnte jedoch durch den Deutsch-Französischen Krieg nur kurz praktizieren. Unbemerkt hatte sich längst ein ganz anderer Gegner in der Stadt in Form von Lepra-Infektionsherden eingenistet. Diese bakteriell bedingte Krankheit konnte Hautwucherungen und Nervenschäden hervorrufen und schlimmstenfalls tödlich enden. Robert Koch sollte 1896 einen ausführlichen Aufsatz über „Die Lepra-Erkrankungen im Kreis Memel“ schreiben. Das Gefährlich daran: Sie konnte eben über einen längeren Zeitraum unbemerkt bleiben.

Nach Kriegsende kehrte Fürst unversehrt nach Memel zurück und fand seine Berufung zunächst in der „Heilanstalt für mittellose Kranke“, die dem Jüdischen Krankenhaus von Memel angeschlossen war. Dort behandelte er unentgeltlich mittellose Kranke. Finanziert wurde das Engagement aus Spenden der in der Region Handel treibenden russisch-jüdischen Kaufleute.

Eines Tages stellt sich ihm Heinrich Schleppkau vor, der an einer schweren Augenentzündung litt. Und der geschulte Blick des Arztes vermutete sogleich einen möglichen Zusammenhang zu einer Lepraerkrankung. Er schickte den Kranken zu der Augenklinik in Königsberg und auch zum Verein für wissenschaftliche Heilkunde. Das Ganze verlief jedoch im Sand. Heinrich Schleppkau sollte, wie auch sein Bruder Karl, an der Lepra sterben. Im Angesicht eines schwerfälligen Medizinalsystems hatte Fürst das Drama nicht verhindern können, obwohl auch weitere Ärzte dazu geraten hatten, unentdeckte Fälle im Memeler Kreis aufzuspüren.

1885 verließ der engagierte Mediziner Fürst Memel und zog nach Berlin, wo bereits seine beiden Brüder Selmar und Adolf lebten. Seine ärztliche Tätigkeit wollte er dort im Rahmen der sozialen Fürsorge an dem großen Heer der Berliner Arbeiterschaft als „Gewerksarzt“ fortführen, was er aber erst nach zwei Jahren Arbeit in der Stadt durfte. Man fand ihn daher zunächst als „Dr. med. prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer“ im lokalen Adressbuch.

Unterwegs als ein guter Samariter

1887 wohnte er in der „Ackerstraße“ im Berliner Norden, einer Straße, die als Sitz des Verbrechens und des Elends bekannt war. 1888 konnte er endlich als „Gewerksarzt“ wirken. Diese Ärzte waren beim Gewerks-Kranken-Verein angestellt, einer Kassen- und Ärztegemeinschaft, die der Berliner Magistrat 1846 ins Leben gerufen hatte. Der ursprüngliche Gedanke war dabei die Ressourcenzusammenlegung zur Finanzierung einer flächendeckenden kassenärztlichen Versorgung. Die Krankenkasse gewährte weiter ein Krankengeld, die Gewerksärzte wurden aus Zahlungen der angeschlossenen Unterstützungskassen in die Vereinskasse bezahlt.

Eine freie Arztwahl hatten die Arbeiter nicht, was zu großen Spannungen innerhalb des sowieso oft kritisierten Systems führte. Da wurde zum Beispiel das „Simulantenthum unter den Arbeitern“ von der Tagespresse bemängelt. Diese Konflikte werden auch das Leben von Fürst erschwert haben. Dass er als Arzt äußerst angesehen war, ergab sich aus vielen Hinweisen. Fürst vertrat vor allem die Meinung, dass ein Hausarzt, der während des Studiums auch in allen „Specialfächern“ ausgebildet wurde, nicht zwingend „nur“ als ebensolcher arbeiten sollte. Das erläuterte er vor allem in seinem hochgelobten Aufsatz „Hausarzt und Ophthalmologie“, der ein Jahr vor seinem Tod in der „Deutschen Medizinal-Zeitung“ erschien, während er auch noch ständiger Mitarbeiter des von Prof. Julius Hirschberg herausgegebenen „Centralblatt für praktische Augenheilkunde“ war.

Seine eigene Krankheit ignorierte er

„Und wenn ihr euch nur selbst vertraut“, schrieb er darin in einem Aufsatz und zitierte dabei aus Goethes „Faust“, „Vertrau’n Euch auch die andern Seelen!“. „Jeder praktische Arzt thäte nur gut daran, sich die wenigen Seiten der Fürst’schen Arbeit gründlich einzuprägen“, lobte ein Mediziner den Fürstschen Ärzte-Aufsatz.

Ein Jahr später ignorierte der Mediziner Fürst jedoch beharrlich sein eigenes Leiden, ein schmerzhaftes Karzinom im Unterleib. Am 25. Mai 1898 starb er in seiner Wohnung am Lützowufer 4 und wurde vier Tage später auf dem jüdischen Friedhof Weißensee bestattet. Noch im Tod wirkte er weiter als Wohltäter. Belegt sind mehrere Legate, darunter 5000 Mark für das Asyl für Obdachlose in der Fröbelstraße. Der beliebte Kassenarzt, der sich dem Konkurrenzwesen unter der Berliner Ärzteschaft verweigert hatte, war tot.

„Ein Volksarzt im besten Sinne“ nannte ihn einmal eine medizinische Zeitschrift. Das wäre für ihn wohl das schönste Lob gewesen.

● Eine Ausstellung über Dr. Eduard Levinsteins „Maison de Santé“ (Zwischen Wellness und Wahnsinn) zeigt das Museum Schöneberg noch bis zum 30. November 2025.

AKTUELL

Bund der Vertriebenen wählt neue Verbandsspitze

Stephan Mayer (MdB) soll auf Bernd Fabritius folgen

Am Freitag, den 10. Oktober 2025, werden die Delegierten der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin ein neues Präsidium wählen. Der bisherige Präsident, Dr. Bernd Fabritius, wird nach fast elfjähriger Amtszeit nicht erneut antreten. Als Nachfolger steht der Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer zur Wahl.

Fabritius, der erstmals 7. November 2014 in das Amt gewählt wurde, hatte bereits zur Einberufung der Bundesversammlung angekündigt, dass er nicht noch einmal kandidieren werde. „Die fast elf Jahre an der Spitze des BdV waren mir eine große Ehre. Das fortwährende Vertrauen unserer Mitglieder und die vielen Anliegen, die wir gemeinsam voranbringen konnten, erfüllen mich mit Stolz – und der Abschied stimmt mich wehmütig. Nun ist es nötig, dass ich als Bundesbeauftragter die regierungsseitige Neuaufstellung unserer Themen mit vollem Einsatz voranbringe. Es gilt, dort ein tragfähiges Fundament für die zukünftige Arbeit zu legen“, so der Siebenbürger Sachse Fabritius.

Ein Vertrauensbeweis

Stephan Mayer MdB engagiert sich seit 2008 im BdV-Präsidium, seit 2016 als Vizepräsident. Aufgrund seiner familiären Wurzeln ist er überdies der Sudetendeutschen Landsmannschaft verbunden und gehört dem Präsidium des Sudetendeutschen Rates an. Mit der Leitung eines bundesweiten Dachverbandes hat der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär bereits zwischen 2010 und 2018 als Präsident der THW-Bundesvereinigung Erfahrung gesammelt.

Mayer betont: „Ich danke den Mitgliedsorganisationen des Bundes der Vertriebenen für den großen Vertrauensbeweis, der aus der Nominierung deutlich wird. Mit meiner Kandidatur, als Nachfolger von Bernd Fabritius das Amt des BdV-Präsidenten zu übernehmen, werfe ich meine politische ebenso wie meine Erfahrung im Verband voller Überzeugung in die Waagschale, um jetzigen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen. Die im Bund der Vertriebenen vertretenen Anliegen sind mir ein wahrer Herzensauftrag.“ *BdV*

AUFGESCHNAPPT

Die hässliche Fratze des Antisemitismus ist wieder da. Das schrieb die *PAZ* bereits am 8. August. Nun hat's auch Bundeskanzler Merz erkannt. Anlässlich des zweiten Jahrestages des Hamas-Massakers auf friedliche Israelis forderte der Kanzler vehement Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft: „Seit dem 7. Oktober 2023 erleben wir in Deutschland eine neue Welle des Antisemitismus. Er zeigt sich in altem und neuem Gewand – in den sozialen Medien, an den Universitäten, auf unseren Straßen; immer lauter, immer unverschämter und immer öfter auch in Form von Gewalt!"

Und der Kanzler hat mit diesen Worten absolut Recht. Nützt nur nichts, wenn man nicht auch die Schuldigen nennt. Denn der öffentliche Judenhass tönt vor allem aus der linken bis linksextremen sowie der Kufiya-freundlichen Ecke. Wenn hier lebende Ausländer mit arabischen Wurzeln judenfeindliche Parolen grölen und jüdische Mitbürger schikanieren, ohne dass sie die volle Härte des Gesetzes trifft, dann sind die Worte von Merz eben nur Worte – und zwar sehr, sehr leere. *J.E.*

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die neue Dimension des Judenhasses

Über den Volkssport „Israelkritik" – und warum das Wort vom Antisemitismus irreführend ist

VON REINHARD MOHR

In dieser Woche, in der sich das Hamas-Massaker an 1200 Juden vom 7. Oktober 2023 zum zweiten Mal jährte, hat sich wieder einmal gezeigt: Allein in Deutschland gibt es schätzungsweise gut 80 Millionen Nahostexperten, die, wenn es nach ihnen ginge, den schier endlosen, heillos tragischen Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern längst geregelt hätten. Die beliebteste Zauberformel heißt „Zwei-Staaten-Lösung". Sie klingt so plausibel wie die Fußballregel, nach der das Spielfeld in zwei genau gleich große Hälften aufgeteilt ist, der Schiedsrichter eine Trillerpfeife um den Hals trägt und nach 90 Minuten (plus Verlängerung oder Elfmeterschießen) Schluss ist.

Unter den Nahostexperten sind viele, die nebenberuflich oder hauptberuflich einer Tätigkeit nachgehen, die als „Israelkritik" notorisch geworden ist. Zu diesem Beruf braucht man, anders als bei Literatur- oder Theaterkritik, allerdings keinerlei Ausbildung. Viel Gefühl und eine starke Meinung genügen.

Israelkritik gibt es, seit Israel im Mai 1948 gegründet wurde. Sie hat alle Krisen und Kriege überstanden, alle verpassten Friedenschancen (etwa das Camp-David-Abkommen oder der Oslo-Friedensprozess), alle palästinensischen „Intifadas" samt hundertfachen Selbstmordanschlägen sowie alle Appelle an „beide Seiten", dem Frieden endlich eine Chance zu geben.

Die Israelkritik hat auch das mörderische Pogrom vor zwei Jahren unbeschadet überstanden – nach einem ganz kurzen Innehalten, begleitet von Relativierung, Beschönigung oder gar Leugnung des größten Massenmords an Juden seit dem Holocaust. Danach ging es schon wieder weiter, und nur wenige Zeitgenossen fragten sich, was zur gleichen Zeit eigentlich mit der Kubakritik, der Irankritik (1000 Hinrichtungen bislang in diesem Jahr), der Nordkorea- und Venezuelakritik passiert sei, vom exotischen Metier der Chinakritik zu schweigen. Nicht einmal das Lieblingsfach zahlreicher Erdbewohner – die Trumpkritik – ist derart sprichwörtlich zur normativen Selbstverständlichkeit geworden.

Inzwischen hat die Israelkritik in weiten Teilen Europas und der Welt eine neue Dimension erreicht. Der Krieg gegen die Hamas in Gaza, der zehntausende Opfer gefordert hat, darunter ungezählte Kämpfer der Hamas, und flächendeckende Zerstörungen hinterließ, hat die Lage gleichsam auf den Kopf gestellt. Israel ist nicht mehr das Opfer, sondern der Täter, dem Völkermord vorgeworfen wird. Dass die Hamas mit Milliarden Euro westlicher Entwicklungshilfe den gesamten Gaza-Streifen untertunnelt und zu einer einzigen Kampfzone gemacht hat, in der die Bevölkerung zur beliebig einsetzbaren Verfügungsmasse geworden ist, wird verschwiegen.

Rückkehr der Boykottaufrufe

Sogar etliche EU-Staaten fordern inzwischen einen weitgehenden Abbruch der Beziehungen zu Israel. Auch bei Sport- und Musikveranstaltungen soll die einzige Demokratie im Nahen Osten ausgeschlossen werden.

Selbst in Deutschland, wo Antisemitismus seit Mai 1945 offiziell „keinen Platz mehr hat", werden jüdische Einrichtungen angegriffen – von Synagogen und Kultureinrichtungen bis zu Gaststätten wie dem „Bajzel" in Berlin-Neukölln. Auf Plakaten wurde letzte Woche den drei Betreibern der kleinen Kneipe die „Unterstützung für den Kolonialstaat Israel" vorgeworfen. Explizite Drohungen an die namentlich Genannten folgten: „Wer sich während eines Völkermordes auf die Seite der Täter stellt, sollte sich nirgendwo sicher fühlen", heißt es. Und: „Wir wollen, dass diese drei für immer schweigen und als Warnung für alle Zionisten in Berlin und Neukölln gelten können." Eine klare Morddrohung in der Tradition von SA und SS. Unterdessen wurden drei Hamas-Sympathisanten beim Waffenaustausch festgenommen, die Anschläge in Berlin planten. So geht das Tag für Tag.

Selbst linke und liberale Juden, die mit der auch in Israel scharf kritisierten Regierung Netanjahu absolut nichts zu tun haben, werden kollektiv in Mithaftung genommen. Das Tragen der Kippa in Teilen Berlins, vor allem im arabisch dominierten Neu-Gaza rund um die Sonnenallee, kommt einem Selbstmordversuch gleich. Doch auch harmlosere Alltagsverrichtungen wie das Bestellen eines Taxis können zur Mutprobe werden. Deshalb steigt man häufiger mal eine Ecke von der eigenen Wohnung entfernt ein. Der Satz „Ich weiß, wo Du wohnst!" wurde ja schon dem Ex-Tagesschau-Sprecher und Israel-Freund Constantin Schreiber entgegengeschleudert.

Angesichts des neuen antijüdischen Furors nehmen sich die unzähligen Antisemitismusbeauftragten wie Überbleibsel einer vergangenen Zeit aus. Und während jede Synagoge und jede jüdisch-israelische Einrichtung mit Polizei und Polizei geschützt werden muss, sieht man vor den zahlreichen Moscheen in der Regel keinerlei Schutzvorkehrungen. Warum? Weil sie nicht nötig sind.

> Dass im Sudan gerade ein Massenmord von Muslimen an Muslimen stattfindet, ist kein Thema. Warum? Weil Israel damit nichts zu tun hat

Vor allem an den Universitäten haben sich Linksradikale und Islamisten verbündet. Sie eint der Hass auf Israel, Amerika und den Westen insgesamt. Er mündet in einen neuen, bedrohlich anschwellenden Antisemitismus, der im moralischen Gewand des Völkerrechts und der Menschenrechte daherkommt, die ihnen andernorts völlig egal sind. Dass im Sudan gerade ein Massenmord von Muslimen an Muslimen stattfindet, ist kein Thema. Warum? Weil Israel damit nichts zu tun hat.

Derweil ist das Palästinensertuch, die „Kufiya", zum neuen „radical chic" geworden. Schon die Terroristen der „Bewegung 2. Juni" und der „Rote Armee Fraktion" hatten sich 1969/70 das emblematische Tuch übergeworfen, als sie ihre Schießübungen in einem palästinensischen Ausbildungslager absolvierten. Jassir Arafat schaute damals vorbei.

Heute werden in der „Regenbogen-Community" sogar jene „Queers for Palestine" gefeiert, die in Gaza „keine halbe Stunde überleben" würden, wie die Literaturnobelpreisträgerin Herta Müller der „Welt am Sonntag" sagte. Schon auf einem Schiff der „Flotilla" nach Gaza mit der propalästinensischen Leichtmatrosin Greta Thunberg wurden die wenigen „queeren" – also schwulen, lesbischen oder sonstwie non-binären – Mitreisenden ausgesondert, weil sie „unislamisch" seien und Palästina beschmutzen würden.

Schon deshalb ist das Wort vom Judenhass deutlich angemessener als die mehr und mehr zur Phrase gewordene Rede vom „Antisemitismus" als jahrhundertealtes Ressentiment. Was wir jetzt erleben, ist eine Art Coming-out. Alles muss raus, was man in Sachen Israel schon immer loswerden wollte, auch im woken, queeren, links-rot-grün-feministischen Kulturbetrieb, wo man die Stimmen für Israel an einer Hand zählen kann. Die übergroße Mehrheit dort „leidet mit den Menschen in Gaza" und redet vom „Genozid", als gehe es um ein rhetorisches Accessoire für den Smalltalk am Büffet nach der Fernsehpreis-Gala.

Zuweilen drängt sich ein Gedanke auf: Was wohl bloß wäre, wenn es diesen kleinen, renitenten, aber militärisch so starken jüdischen Staat nicht gäbe. Kehrten dann endlich Ruhe und Frieden ein und die arabische Welt würde zum Paradies auf Erden? Wohl kaum.

Alle Beiträge von Reinhard Mohr finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

Aus Kostengründen wird die Abschaffung der Pflegestufe 1 diskutiert. Dem stellt Christian Schwager jene Milliarden gegenüber, die beispielsweise für Energiewendeprojekte in Afrika aufgewendet werden, und fragt sich in der „Berliner Zeitung" (28. September):

„Es sind die Relationen, die sprachlos machen und die Betroffenen fassungslos zurücklassen werden – in Zeiten, in denen gigantische Schulden aufgenommen werden. In denen anscheinend problemlos nachfolgende Generationen mit einer milliardenschweren Hypothek zurechtkommen sollen. In denen Mittel für diskussionswürdige Projekte bereitstehen, während an existenziell wichtigen Aufgaben gespart wird."

Auch Axel Bojanowski stört sich gewaltig an diesem Missverhältnis und stellt in der „Welt" (2. Oktober) fest:

„Als größtes Geberland der Welt gibt Deutschland pro Jahr rund 30 Milliarden Euro an Entwicklungshilfe aus – oft für moralische und symbolische Projekte. Zugleich erwägt die Bundesregierung, zwei Milliarden Euro zu sparen, indem sie die Pflegestufe 1 abschafft. Das passt nicht zusammen."

Grünen-Politiker Cem Özdemir ruft nach einem „republikanischen Jahr" als Dienst am Land für jeden Bürger und appelliert damit an den Patriotismus der Deutschen. Alexander Wallasch formuliert in seinem Blog (2. Oktober) eine deutliche Antwort darauf:

„Mit diesem Vorschlag liefert Özdemir ein überzeugendes Eingeständnis gescheiterter links-grüner Politik. Jahrzehntelang haben gerade die Grünen alles getan, um ein gesundes Nationalgefühl in diesem Land zu zerstören … Patriotismus war unter grüner Regie ein Makel, das Bekenntnis zur Nation ein Tabu. Und nun sollen ausgerechnet die Bürger, die man jahrelang umerzogen hat, plötzlich ‚dem Land dienen'? Die Heuchelei ist offensichtlich."

„Bild"-Chefin Marion Horn widmete sich in einem Leitartikel (5. Oktober) der Lage der Nation und traf schon mit der Überschrift ihres Beitrags den Nagel auf den Kopf:

„Der Klima-Sozialismus muss weg, wenn unsere Kinder in Deutschland eine Zukunft haben sollen." *Und weiter unten im Beitrag heißt es:* „Wir dürfen nicht länger wie Kinder die Augen verschließen nach dem Motto: Was ich nicht sehe, gibt's nicht. Wir müssen endlich ehrlich werden und mutig. Fehlentscheidungen in Energie, Migration, Technologie: korrigieren, nicht schönreden. Nur dann bleibt Deutschland ein Land, das Wohlstand und Sicherheit bieten kann."

WORT DER WOCHE

„Die Brandmauer macht jeden Kurswechsel unmöglich. Und das muss enden. Genau deswegen zerstört die Brandmauer die Demokratie, statt sie zu retten"

Stefan Kerth, 2023 aus der SPD ausgetretener, trotzdem wiedergewählter Landrat von Vorpommern-Rügen, in der Sendung „Schuler! Fragen, was ist" von „Nius.de" am 1. Oktober